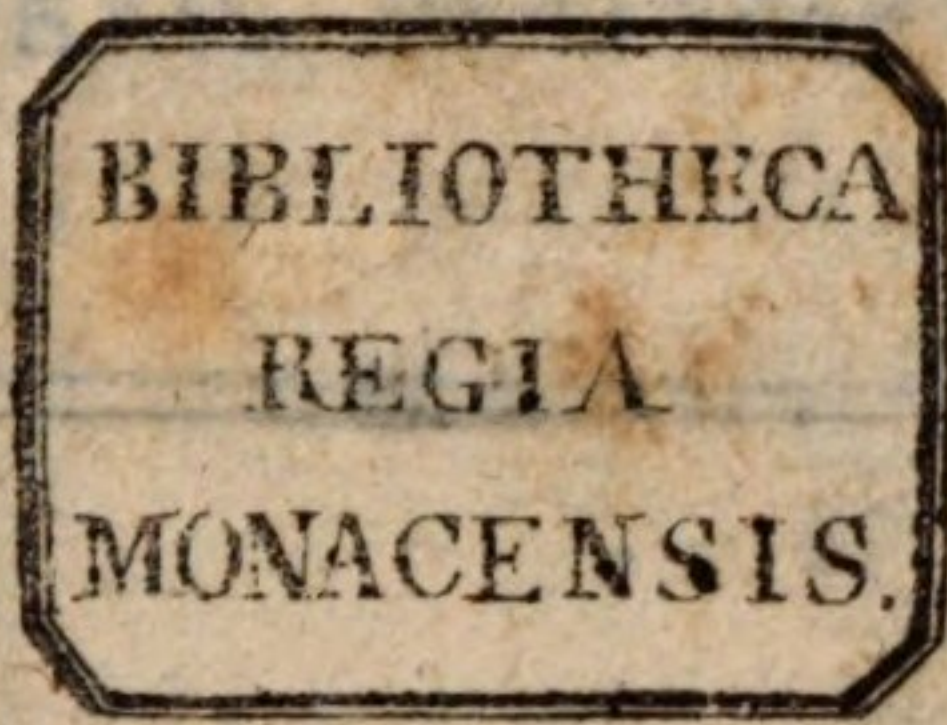


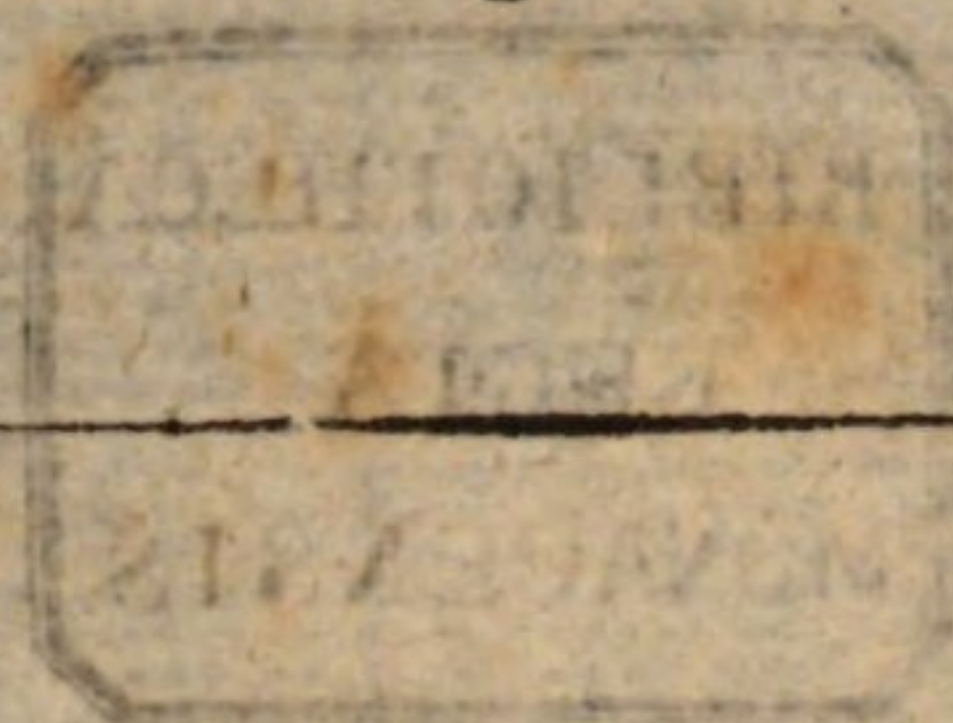
Fiche

Plg 141



R

Metaphysik
der
Organisation des Staates
im Allgemeinen



Von
Jos. Mich. Vinc. Burkardt.

505 Erlangen. 1806.
bei Johann Jakob Palm.

U r g e s e t z e

des

S t a a t e s

und seiner

nothwendigen Majestätsrechte

systematisch bearbeitet

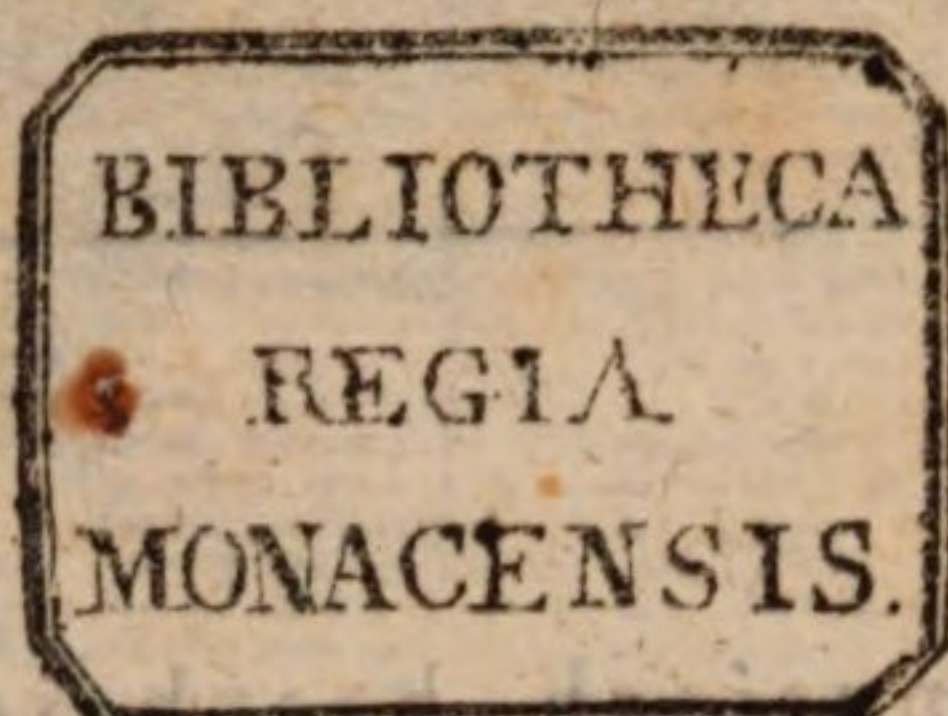
von

J o s. M i c h. V i n c. B u r k a r d t.

I. Theil. I. Heft.

Erlangen. 1806.

bei J o h a n n J a k o b P a l m.



I. Theil. I. Heft.

Vorrede

Der

Menschheit

und ihren

biederer Vätern

gewidmet.

Allein nur derjenige darf mit Gewißheit
sagen, daß dieses Buch Stücken in der That
Früchte tragen werde, welcher mit festem
Fortschritt, von den absolut gültigen Prin-
zipien der Philosophie ausgeht, und aus den-
selben solche Resultate für das Wesen des
Staates

Der

Menschheit

und ihren

bildenden Vätern

gewidmet

V o r r e d e.

Das Bedürfnis, welches bereits nicht nur von den Akademien unserer Zeit; sondern auch von den jetzigen Staatshäuptern gefühlet wird, die in einem Staatsvereine verbundene Menschheit nicht mehr bloß nach *geltend angenommenen* Maximen zu leiten; sondern vielmehr dem Staate selbst und allen seinen Verordnungen eine solche Form zu geben, daß sie *absolut* — und zu allen Zeiten und Orten — gültig sey: jenes große Bedürfnis zu befriedigen, öffnet allerdings jedem für sein Vaterland und für die Menschheit thätigen Gelehrten ein großes Feld der Gemeinnützigkeit.

Allein nur derjenige darf mit Gewissheit hoffen, daß dieses sein Streben in der That reiche Früchte tragen werde, welcher mit festem Fußstritte von den absolut-gültigen Prinzipien der Philosophie anhebt, und aus denselben solche Resultate für das Wesen des Staates

Staates ziehet, die er als ehrlicher Mann nach seiner besten Einsicht zu verbürgen vermag. — Kein durch das graue Alterthum dem Anscheine nach geheiligtes Vorurtheil, und überhaupt kein Seitenblick darf das Auge eines solchen Mannes von dem geraden Wege der Wahrheit abziehen. Denn dann würde ihm entweder wissenschaftliche Schwäche zur Last gelegt werden können, oder würde derselbe sogar die der Selbstsucht gebührende Verächtlichkeit verdienen! —

Da wo es auf die Nothdurft der Menschheit ankömmt, soll ein geübter Forschungsgeist mit Thatkraft nach Wahrheit streben; die entdeckte Wahrheit aber zwar auf eine sanfte und bescheidene Weise, jedoch aber durchaus unentstellt vortragen! —

Diefs ist die heilige Vorschrift, welche einem jeden Menschen, am meisten aber dem Schriftsteller obliegt, welcher dieses grofse Geschäft über sich genommen hat, und durch seine Ankündigung verspricht, das Publikum sowohl zur besseren Erkenntniß der objektiven Wahrheit zu verhelfen, als auch dahin seine Tendenz eingerichtet zu haben, daß diese objektive Wahrheit ebenmäfsig realisirt werden möge. —

Zum

Zum Heile unsers Zeitalters erkennen wir aus zureichenden Gründen : daß die Nachforschungen der objektiven Wahrheit stets allgemeiner werden. Jede Volksklasse entfernt sich immer weiter von den angestammten Vorurtheilen der finsternen Vorzeit, lernet allmählig mehr denken, und gewinnt auf diese Art unvermerkt in Hinsicht der Cultur aller ihrer Anlagen. —

Biedere und gebildete Geschäftsmänner verbreiten allmählig mehr Licht, und wirken mit vereinter Kraft sowohl auf den Verstand, als auf das Begehrungsvermögen des ihrer väterlichen Leitung anvertrauten Volkes. —

Erhabene, und des höchsten Postens im Staate würdige Regenten unterstützen das gemeinnützige Streben dieser biedereren Staatsdiener, und geben den vortrefflichen Unternehmungen derselben zum Heile der Menschheit durch ihre feierliche Sanktion den vollwichtigsten Nachdruck.

In Beziehung endlich auf diese zusammenhängende Reihe wohlthätig wirkender Kräfte im Staate arbeitet der spekulirende Gelehrte. — Durch ein reifes Prüfen seiner Resultate, durch den scientificischen Widerstreit der Gelehrten
unter

unter sich, wird die Stätigkeit seiner Prinzipien ausgemittelt und verbürgt. Hiernächst gehen dieselben, vermittelt den Gewalthabern des Staates, in den Staat selbst über, Sie werden endlich popularisiret, und zum Eigenthum des Volkes — der Laien — immer mehr geeignet, welche dieselben am Ende auffassen, und die unabsehbaren Früchte genießen, die aus einer solchen zweckmäßigen Bildung der ganzen Masse der Menschheit entspringen, sich auf Verstand und Herz zugleich beziehen, und auf diese Art das Ebenbild Gottes, — welches *originell* nur seiner *bloßen Anlage* nach im Menschen lieget, — in immer vollkommnerem und der Gottheit würdigerem Grade realisiren! —

Dieses ist der Prozeß, welcher einzig und allein dauerhaften Segen auf die Menschheit ausgießet; weil er selbst von dem Wege kömmt, welchen die ewige Wahrheit zum Heile der Menschheit vorzeichnet!

Den gedachten Weg gehet die Menschheit bei allen ihren Schicksalen schlechterdings nothwendig. Denn derselbe ist der kategorische Imperativ der *moralischen Weltordnung*, welche mit Allmacht ihre unergründlichen Absichten von Ewigkeit her realisirt hat! —

Man

Man sehe hierin die unwiderlegbaren Gründe, welche unsere Ueberzeugung bestärken müssen: daß das Gute gedeihen *müsse*; weil dasselbe die ausschließliche Absicht der moralischen Weltordnung selbst ist. — Und man zweifle nun auch nicht weiter, daß die Wahrheit gewiß realisiret werde; sobald sie nur *allgemein* erkannt ist! — —

Ist gleich der Einfluß der Wahrheit, solange sie bloß noch das Eigenthum einzelner Weisen ist, noch unbedeutend; verliert sie sich zwar dann noch in dem großen Chaos menschlicher Thorheit; wird dieselbe sogar von selbstsüchtigen Menschen verfolgt; — — so folgt hieraus doch sonst weiter nichts, als daß die ersteren Ereignisse zu Folge der Natur des Fortganges der Wahrheit nothwendig eintreten müssen, und daß das letztere Resultat durchaus erforderlich ist, um das menschliche Gemüth zu prüfen, den Sieg der Wahrheit desto entschiedener zu machen, und durch das glänzende Beispiel derselben noch mehrere Anhänger ihres heiligen Panieres zu erhalten. —

Unter der Menge findet sich hin und wieder ein an Kopf und Herz empfängliches Subjekt. Es vernimmt die erhabene Stimme, welche im Einklange mit dem in ihm *a priori* gelegten

legten Drange eine aus derselben Quelle hervorgehende Aufgabe zu erörtern strebt. Es fasset ihre Tendenz und verbreitet dieselbe ebemäfsig wieder für andere empfängliche Wesen; und so gehet diese Gemeinschaft unsichtbarer Kräfte von Stufe zu Stufe immer weiter, wird immer allgemeiner und scheucht in dem nämlichen Maafse die selbstsüchtigen Begünstiger der Finsternifs in ihre Höhlen der Nacht zurück, wo sie, unschädlich gemacht, gerade in demjenigen schauerlichen Labyrinthe sich bestrafet sehen müssen, durch welches sie ihren schändlichen Sieg zu erreichen beschlossen hatten.

In diesem Zeitpunkte ist die Wahrheit unter den Menschen gereifet. — Sie spricht ihr allmächtiges ” *Werde* „! — und alle Hindernisse schwinden, mögen sie aus der physischen Natur mächtig entsprossen seyn; oder mögen dieselben aus einer moralischen Ausartung mit kolossalischer Kraft gegen die Ausführung jenes göttlichen Wortes sich waffnen. —

Die allgemein erkannte Wahrheit besieget die sich empörende Natur, zertrümmert die mächtigsten Verbindungen böser Menschen und begründet am Ende auf den Trümmern ihrer Widersacher mit dem Abglanze der Gottheit
den

den ihr würdigen Tempel der Ewigkeit, dessen Motto jener vortreffliche Denkspruch unseres grossen Lehrers ist: "*Die Pforte der Hölle wird seine Grundfeste nicht zerstören!*" —

Diese Ansicht habe ich von dem Gange der Natur und von dem Schicksale der Menschheit! — Mit bedächtlichem Schritte wird diese zur Vollkommenheit hinreifen. Sie wird nie zu befürchten haben, durch den Drang der Umstände einen Schritt rückwärts machen zu müssen; *sobald sie des gemachten Schrittes nach ihrer gesammten Kultur vollständig würdig ist.* — Wenn sie sogar einen gemachten Vorschnitt wieder zurücke zu nehmen gezwungen seyn wird; so ist der vollwichtige Grund in derjenigen weisen Leitung der Vorsehung zu suchen, welche eine jede Lücke nicht nur in der physischen Natur, sondern auch in der moralischen als absolut zweckwidrig erkennt und daher erst hinlänglich auszufüllen befiehlt, ehe man weiter zu rücken sich entschliesset; da im entgegengesetzten Falle das Gebäude der physischen Natur sowohl, als jenes der moralischen, durchaus keine Stätigkeit haben könnte, welche Eigenschaft doch zu ihrem Bestehen erfordert wird.

Diese Ansicht ist es aber auch, welche mich so gewiss überzeuget, als ich lebe, daß
das

das Gute, welches denkende Köpfe unserer Zeit zur allgemeinen Realisirung darstellen, nicht nur allein keine verlohrene Arbeit sey; sondern daß dasselbe auch mit apodiktischer Gewissheit — jedoch nur allmählig — seine Wirklichkeit beschreiten! werde. — Der Zweifler verwerfe mir entweder meine moralische Anlage, als Mensch, deren absolute Resultate diese Sätze sind; oder er beuge sein Haupt mit Ehrfurcht vor einer Aussicht in denjenigen Zustand des Menschengeschlechtes, welcher der höchstmögliche Abdruck der Intelligenz ist. —

Die *Erfahrung* kann defswegen durchaus nichts gegen diese Sätze beweisen, weil es keinem Menschen möglich ist, *alle* Ereignisse auf unserer Erde zu überschauen, und weil es daher noch eine um so viel grössere Unmöglichkeit ist, die ganze Folgenreihe sammt den ihnen vorhergegangenen Ursachen zu übersehen. — Diesen Grund mögen diejenigen reichlich überlegen, welche sich überreden, wegen dem Uebermaasse ihrer gesammelten Erfahrungen keiner anderen Erkenntnisquelle mehr zu bedürfen, und gleichwohl zur Lösung der wichtigsten Probleme der Menschheit hinlängliche Einsicht zu haben! —

Durch

Durch dergleichen Reflexionen angespor-
net, machte ich es mir zum unveränderlichen
Berufe: die Gränze meiner wissenschaftlichen
Nachforschungen nicht auf das, was geltend
ist, zu beschränken; sondern vielmehr, soviel
in meinen Kräften stehet, auf die letzten
Gründe alles Gültigen empor zu dringen. Die
gute Aufnahme, welche mein voriges Werk:
" *Philosophie des Lebens für erwachsene Jünglinge* „
betitelt, bei dem Publikum fand, überzeugte
mich noch mehr, daß mein Streben nicht um-
sonst sey, und ich wagte es nun, das System
des Staates und der Gesetzgebung philosophisch
zu bearbeiten und den ewigen Urgesetzen des-
selben nachzuspühren; weil ich diese letzteren
gerade als den höchsten Schlussstein meines Be-
rufserkenntniskreises ansah, und somit als die-
jenigen absoluten Momente betrachtete, wel-
che für meinen gesammten besonderen Wir-
kungskreis Licht und Festigkeit verbreiten.

In Erwägung des vollwichtigen Einflusses
des Staates auf alle Theile des menschlichen
Begehrens erschien mir dieses Studium nicht
bloß als *Jurist*; sondern auch als *Mensch* über-
haupt von der größten Wichtigkeit. Das Stu-
dium der Staatengeschichte und der Gesetzge-
bungen überzeugte mich noch mehr von der
Wahr-

Wahrheit: daß der Staat die eigentliche Schule der Nationen sey, in welcher eine zweckmäßige Leitung, verbunden mit der erforderlichen Disciplin, jedes wünschenswürdige Gut für den Menschen zu realisiren vermöge, und für denselben den ganzen Umfang derjenigen Zwecke herbeizuschaffen im Stande sey, welche er sich je zu Folge seines formalen Begehrungsvermögens vorsetzen kann.

Ebenmäßig bemerkte ich anderer Seits deutlich genug, daß die vielfältigen Mängel welche den Gesetzgebungen und denjenigen Staatsgewalten anhängen, die der Gesetzgebung untergeordnet sind, daß diese vielfältigen Mängel die leidigen Ursachen sind, aus welchen die Menschheit noch so weit von ihrem hohen Standpunkte zurückgehalten wird, und so oft weder ihre physischen noch ihre moralischen Bedürfnisse befriediget siehet.

Die Reflexion auf die vortheilhaften Eigenschaften der Gesetzgebungen und ihrer subordinirten Gewalten im Gegensatze mit ihren Mängeln lehrte mich: daß Erstere nur daher auf ihre innere Güte Anspruch machen konnten; weil sie sich auf einem festen Standpunkte gründen, der eben so weit von der bloßen Willkühr

kühr (von dem Despotismus) als von einer sublimen Schwärmerey (welche nur mit solchen Sätzen um sich wirft, die eine sehr gelehrte Aussenseite haben, ohne eben auch auf das nämliche Merkmal in Hinsicht ihres *Inhalts* Anspruch machen zu können, —) entfernt sey. Die Mängel der Gesetzgebung und der subordinirten Gewalten aber reduzirten sich alle auf die eben erwähnten beiden Quellen — nämlich entweder auf ein willkührliches Regiment, oder auf jene sublime Schwärmerei, welche Prinzipien geltend machen will, deren Inhalt sie nicht einmal verstanden, noch viel weniger reiflich geprüft hat! — —

Der Despotismus zerstört nothwendig sich selbst und den Staat, in welchem derselbe verwebt ist. Denn dieses ist das unumgängliche Resultat desselben; sobald er sich zum Gesetze, das allgemein geltend seyn soll, erheben will. —

Die erwähnte sublime Schwärmerei findet tausend Schwierigkeiten *in der Anwendung*, und erscheint als eine unbrauchbare Mißgeburt der *Afterweisen*; weil sie sich über die ewigen Gesetze aller Realität empor zu heben, sich berechtigt glaubt, und deswegen auch nicht zur Realität gebracht werden kann; Ob sie gleich sehr rühmlich von sich selbst zu sprechen versteht: daß

daß *sie* einzig bis zum Ursitze aller Wahrheiten empor gedrungen sey, und — den Stein der Weisen gefunden habe! — —

Eine jede Philosopheme, wenn sie sich anderst für das in der That empfehlen soll, wozu sie sich ankündigt, muß von einem solchen Gehalte seyn, daß ihre Prinzipien eben so gut popularisirt, d. i. für den gesunden Menschenverstand anpassend gemacht werden können, als sie Gegenstände des Spekulationsgeistes der Gelehrten sind. — Denn sobald dieselben die Erkenntniß der *objektiven* Wahrheit zum Vorwurfe haben; so sind sie für einen jeden Menschen ein gleich wichtiges Bedürfnis, und *ihrem Stoffe nach* eben so gut das Eigenthum des gesunden Menschenverstandes als des spekulativen Gelehrten. Der gesunde Menschenverstand als *Vermögen* unterscheidet sich durchgängig in keinem einzigen Momente von dem Vermögen der Spekulation, worauf es doch hier eigentlich ankömmt. — Nur in den *Kraftäusserungen* sind beide von einander unterschieden; indem das letztere Vermögen in der strengsten systematischen Ordnung schlechthin bis zum letzten Standpunkt aller Wahrheit vordringet; indessen das erstere (wegen einem andern Berufe, und daherigem Mangel an Zeit und Gelegenheit) sich

sich schon genüget, auf solche Prinzipien gediehen zu seyn, welche anschauliche Gewissheit haben ; ob sie gleich nicht die *höchsten* sind. — Dabei ist der gesunde Menschenverstand öfter der treue Wächter der Spekulation, welcher den Gelehrten auf die Reihe von irrigen Hypothesen aufmerksam macht, die durch ein Versehen in der strengen Consequenz entstanden, und eben durch die nachher gezogenen Folgerungen desto schauerlicher gemacht wurden.

Dieser originelle Einklang des gesunden Menschverstandes mit dem Vermögen der gelehrten Spekulation knüpft sich zugleich an der gesammten Natur im physischen und moralischen Anbetrachte mit einem unauflöslichen Bande an. Denn die Natur ist selbst *Realität*, und entspricht somit denjenigen Gesetzen, welche jene Vermögen als ihre Urbedingnisse anerkennen.

Dieser hier gegebenen Ansicht unverbrüchliche Folge zu leisten, ist die unumgängliche Vorschrift der Spekulation, und nur unter der erwähnten Voraussetzung wird die Spekulation mit Grunde auf das Verdienst bescheidenen Anspruch machen können : dafs sie das
Reich

Reich der objektiven Wahrheit weiter geöffnet, dessen einzelne Gegenstände genauer unter einander verbunden, und dem Forschungsgeiste ein freieres Feld bereitet habe, um die dadurch erbeuteten Kenntnisse zum bleibenden Seegen der Menschheit wirken zu lassen! —

Sobald also eine Philosopheme für den gesunden Menschenverstand nicht mehr anpassend gemacht d. i. popularisiret werden kann, so bald hört sie auch auf, für die Anwendung *im Leben* geschickt zu seyn. Sie gehört dann in die Reihe der Phantome, in Hinsicht welcher es eben so sehr für die Zeit Schade ist, die auf das Anhören oder Lesen derselben verwendet wird, als das Papier nur zum reinen Verluste angerechnet werden muß, welches zu dem Niederschreiben derselben verwendet wird.

Mit stäter Rücksicht auf diese Wahrheit glaube ich, meiner Arbeit eine solche Tendenz gegeben zu haben, welche von demjenigen Standpunkte der praktischen Philosophie anhebt, der als die höchste — und eben deswegen die ganze Summe der Staatsverhältnisse umfassende — Aufgabe derselben für den Menschen angesehen werden muß, so fort durch das ihm zu Grunde liegende laute Bedürfnis der

der Menschheit unverkennbar gemacht, und auf diese Art schon der bloßen Reflexion klar genug sich darstellt. — Von diesem Standpunkte aus ist die absolute Nothwendigkeit des Staates, wie nicht minder dessen ewige Form abgeleitet.

Aus dieser unveränderlichen Staatsform ist die dreifache höchste Staatsgewalt sammt ihren allgemeinen Modifikationen entwickelt. Und hierauf beschränket sich der Inhalt des ersten Heftes.

Da die Gesetzgebung sofort die Seele des Staates ist; so sind die besonderen Zweige derselben in den folgenden vier Heften nach ihren besonderen Urbedingungen abgehandelt.

Das sechste und letzte Heft beschließt endlich das System der Urgesetze des Staates mit der wissenschaftlichen Darstellung des Staaten- und Weltbürgerrechtes.

Was endlich meine Absicht betrifft, mit welcher ich diese meine wissenschaftliche Arbeit dem gelehrten Publikum in die Hände gebe; so erkläre ich hiemit: daß dieselbe einzig in der bestmöglichen Wirklichmachung meines innigsten Wunsches bestehet, der dahin

hin gehet, auch das Meinige zur Befriedigung der heiligsten Bedürfnisse der Staaten und der Menschheit überhaupt beizutragen, die reine Wahrheit immer mehr zur Erkenntniss zu bringen, und somit auch desto eher die Realisirung derselben zu bewerkstelligen. —

Mein Gewissen sagt mir, daß ich als Mann von Ehre meine reine Ueberzeugung in diesem Werke vorgetragen, wie nicht minder, daß sich meine Ueberzeugung auf eine reifliche Prüfung des vorwüflichen Materiale gründe. —

Zwar weicht meine Ueberzeugung von jener einiger anderen Schriftsteller in mehreren Fällen ab. Allein eben so wenig werde ich den Vorwurf der Partheilichkeit *gegen* dieselben verdienen, als mir der kleinliche, logische Egoismus mit Rechte zur Last gelegt werden wird; im Falle ich hierüber eines besseren belehret werde. Mit derselben Bescheidenheit, mit welcher ich die Sätze dieser Gelehrten geprüft habe, werde ich auch zugleich die bessere Einsicht erkennen, und dankbar denjenigen würdigen, welcher mir dieselbe ertheilen wird.

Daß

Dafs es aber auch bei diesen biederem Gelehrten, deren eifriges Bestreben blofs auf die Entdeckung der Wahrheit gehet, ohne je einen Blick auf persönliche Verhältnisse zu werfen, sich selbstsüchtige Menschen eingeschlichen haben, welche, wie aus einem Hinterhalte, den Vorübergehenden, der sich seiner guten Sache bewußt ist, zu beschimpfen bemüht sind; dieses ist eine zu bekannte Sache, und verdienet gar keine Rüge mehr, da das Publikum schon solche verkrüppelte Menschen nach ihren neidvollen und schmäh-süchtigen Charakteren kennen, und da die Arbeit, welche doch einmal in den Händen des Publikums ist, immer am besten ihren Meister empfiehlt! —

Dabei kann ich auch mit desto gröfserer Gewifsheit erwarten, dafs dergleichen Ausfälle gegen mich und meine wissenschaftliche Arbeit um so weniger statthaft seyn werden; da meine Arbeit eine reife Prüfung von der Churfürstlichen Landesdirektion zu Würzburg erhielt, und mir den gnädigsten Beifall dieser höchsten Landesstelle durch das an mich ausgefertigte Rescript vom 22sten May d. J. auf eine ausgezeichnete Weise erwarb, wofür
ich

ich der Churfürstlichen Landesdirektion hie-
mit öffentlich danke, und zugleich das auf-
richtigste Versprechen hinzu füge: daß ich
stets dahin streben werde, den höchsten Bei-
fall derselben zu verdienen.

Würzburg, den 16ten September
1805.

Der Verfasser.

Inhaltsanzeige des I. Heftes.

Metaphisik der Organisation des Staates innerhalb seiner Gränzen.

Einleitung.

Empirische Veranlassung des Staates. §. 1—4.

Zusammenhang derselben mit der Absicht der Intelligenz. §. 5.

Folgerung aus diesem Zusammenhange. §. 6.

Beschaffenheit des ursprünglichen Staatsvereins. §. 7.

Quelle der Irrthümer der nachherigen Staaten. §. 8—11.

Erkenntnisquelle der allgemeinen Staatslehre. §. 12.

Begriff der allgemeinen Staatslehre. §. 13.

Erkenntnisart derselben. §. 14.

Objekt der Staatslehre. §. 15.

Zergliederung des gegebenen Begriffes. §. 16.

Folgerungen. §. 17.

Beweis derselben. §. 18—20.

Endzweck des Staates. §. 21.

I. Hauptstück.

Organisation des Staates im Allgemeinen.

I. Abschnitt.

Urgesetze eines jeden nur möglichen Staates.

Höchster Grundsatz der allgemeinen Staatslehre. §. 22.

Erste Eintheilung derselben (der Staat im Verhältnisse zu sich selbst, und zu andern Staaten). §. 23.

Nähere Beleuchtung des Einflusses des höchsten Grundsatzes auf den Staat in Hinsicht seines Verhältnisses zu sich selbst. §. 24—25.

Staatsgrund- und Bürgervertrag. §. 26.

Der Staat als das Bedürfnis der Intelligenz. §. 27.

Be-

Bestimmung der im höchsten Urrechte der Menschheit enthaltenen besonderen Urrechte. §. 28 — 37.

A) Das physische Leben. §. 28.

B) Das moralische Leben. §. 29.

Bestimmung der unter dem moralischen Leben enthaltenen besonderen Urrechte.

a) Die Freiheit zu denken. §. 30.

b) Die Freiheit des Willens. §. 31 — 32.

Bestimmung der unter der rechtlichen Freiheit enthaltenen besonderen Urrechte:

1) Das Recht zur freien Geburt. §. 33.

2) Das Recht zum Ehestande. §. 34.

3) Das Recht zur väterlichen Gewalt. §. 35.

4) Das Recht auf einen äusseren Wirkungskreis (das Recht Eigenthum zu haben, und sich andere rechtsfähige Wesen verbindlich machen zu können). §. 36.

5) Das Recht der totalen Gleichheit der Rechte §. 37.

Urgesetze eines jeden nur möglichen Staates in Ansehung dieser besonderen Urrechte: §. 38.

Allgemeingültigkeit dieser Urgesetze. §. 39.

Einfluss derselben auf den Staat. §. 40 — 42.

Allgemeine Formen der Bestimmung und Geltendmachung der Mittel zum Staatszwecke. §. 43.

Freies Stimmrecht der Bürger. §. 44 — 45.

Antinomie in Hinsicht des freien Stimmrechtes der Bürger. §. 46 — 47.

Auflösung derselben durch das Repräsentativsystem. §. 48.

Wahl des Volksausschlusses. §. 49 — 50.

Absicht des Volkes bei dieser Wahl. §. 51 — 52.

I. Hauptstück.

II. Abschnitt.

Von der gesetzgebenden Gewalt im Staate.

Entstehungsart, Begriff, und Criterion der gesetzgebenden Gewalt. §. 53.

Rechtlichkeit der Gesetze ihrer Form und ihrem Inhalte nach. §. 54 — 55.

Hilfsquellen einer guten Gesetzgebung. §. 56.

I. Haupt-

I. Hauptstück.

III. Abschnitt.

Von der Executivgewalt im Staate.

Nothwendigkeit die Gesetze allgemein geltend zu machen. §. 57.

Das Strafrecht als das Mittel dazu. §. 58 — 60.

Grund des Strafrechtes. §. 61 — 64.

Begriff der Exekutivgewalt. §. 65.

Fernere Bestimmung ihrer Eigenschaften. §. 66.

a) In Hinsicht ihrer Form. §. 67 — 69.

b) In Hinsicht ihres Materiale.

1) Endzweck der Strafen. §. 70.

2) Maasstab derselben, Widerlegung mehrerer Hypothesen, besonders aber des Wiedervergeltungsrechtes. §. 71. — 86.

3) Criterion der Zweckmäßigkeit der Strafen. §. 87 — 88.

4) Gewissheit derselben. §. 89.

I. Hauptstück.

IV. Abschnitt.

Von der richterlichen Gewalt im Staate.

Nothwendigkeit der richterlichen Gewalt, und ihre Bestimmung. §. 90.

Organisation derselben. §. 91.

Rechtlichkeit dieser Organisation. §. 92 — 95.

Nothwendige Vereinigung der richterlichen Gewalt mit der gesetzgebenden. §. 96 — 99.

I. Hauptstück.

V. Abschnitt.

Von dem Verhältnisse der drei Gewalten im Staate zu einander.

Gleichmäßige Verbindung der Exekutivgewalt mit der richterlichen. §. 100.

Organische Einheit der drei Gewalten im Staate. §. 101.

Von der Landeshoheit. §. 101. Anmerk.

Ober-

Oberrichterliche und unterrichterliche Gewalt. §. 102.

Recht des Gesetzgebers auf die Ernennung der Unterrichter. §. 103.

Verbindlichkeit derselben in Ansehung der Unterrichter. §. 104.

a) Bei der Auswahl der Unterrichter. §. 105.

Gründe dieser Verbindlichkeit. §. 106.

Requisite der Würdigkeit der Unterrichter. §. 107.

Mittel dieselbe in besonderen Fällen zu entdecken:

1) Im Anbetrachte der höchsten Landesstellen. §. 108.

2) Im Anbetrachte der unteren Staatsämter. §. 109 — 111.

b) Nach der Auswahl der Unterrichter. §. 112.

Besondere Zweckdienlichkeit der Unterrichter. §. 113 — 114.

Nothwendige Einheit aller Staatsämter. §. 115 — 116.

Organisation der Unterrichter nach der rechtlichen Klugheit. §. 117 — 122.

Verbindlichkeit des Staates gegen seine Beamten:

a) Ehrenvolle Auszeichnung. §. 123.

b) Befestigung des Zutrauens der Bürger. §. 124.

c) Eine angemessene Bestallung. §. 125.

Grund und Maasstab derselben. §. 126 — 128.

d) Dauer der Verleihung der Staatsämter. §. 129 — 130.

I. Hauptstück.

VI. Abschnitt.

Von der Garantie des absoluten Rechtsstandes im Staate.

Sicherstellung der rechtlichen Schranken der Staatsdiener. §. 131.

a) In Ansehung der unteren Staatsdiener. §. 132 — 133.

b) In Ansehung des Gesetzgebers. §. 134 — 138.

Antinomie in Hinsicht dieses Bedürfnisses. §. 139.

Auflösung derselben. §. 140 — 141.

Von der eigentlichen Bestimmung der Landstände. §. 141. Anmerk.

Garantie der rechtlichen Schranken des Gesetzgebers. §. 142 — 152.

Staatsreform und Rebellion. §. 153. 154.

Vorbeugungsmittel gegen letztern. §. 155. 156.

E i n l e i t u n g.

§. 1.

Empirische Veranlassung des Staates.

Bey einem aufmerksamen Blicke auf die Annalen der Menschheit findet der Beobachter dieselbe stets — von ihrem ersten Ursprunge an, bis auf die neuesten Zeiten — in einem Widerstreite. Ungezähmte Leidenschaften bewaffneten jedes Individuum gegen Andere seines Gleichen, und die Befriedigung derselben war das einzige Motto, wohin die menschlichen Kräfte zielten. Ein beständiger Zustand des Krieges war über das Menschengeschlecht verhängt, und es ließ sich nicht eher das Ende dieser leidvollen Befehdungen hoffen, als bis eben die Barbarey des Zeitalters ihre höchste Stufe erreicht, und das Menschengeschlecht (wie es gemeiniglich zu geschehen pfleget) durch die zahllosesten Leiden, welche aus dergleichen Gewaltthätigkeiten entstunden, endlich ermüdet, auf Mittel zu sinnen genöthiget war, wie diesen unabsehbaren Uebeln gesteuert werden könnte. —

§. 2.

Fortsetzung.

So wie in der Natur überhaupt kein Sprung vorgefunden wird; so hielt auch der Mensch dieses unabänderliche Prinzip der gesammten Natur sowohl bey der Kultur seines physischen, als seines intellektuellen Zustandes ein. Die Einrichtung des Universums sehen wir dabey dem Menschen unausgesetzt zu Hülfe kommen, und so wird öfters Etwas, das, dem ersten Anscheine nach, der Absicht der Weltordnung widerstrebt, das einzig mögliche Mittel zur Bewerkstelligung jenes grossen Zweckes! —

§. 3.

Fortsetzung.

Würde wohl die Kultur der ächt-religiösen Prinzipien zu einer solchen Reife gediehen seyn, wenn nicht allerley christliche Pharisäer zu desto besserer Erreichung ihrer selbstsüchtigen Absichten sich des heiligen Ansehens der Religion bedient, und in dieselbe die heterogensten Dogmen und Gebote einzuweben gewußt hätten, deren Annahme die Layen gefällig genug machten, mit ihrem ganzen Eigenthume sich der Unersättlichkeit einer solchen Heerde von verehrten Betrügern zu verschreiben; — und würde wohl die Majestät der Nation mit einem so entschiedenen Glanze ihrer absoluten Souveränität erscheinen, wenn nicht die hierarchischen Eingriffe der höchsten Vorsteher der Kirche, (welche, Statt, dem Geiste ihres grossen Mandanten gemäß, durch die

die Allmacht ihrer Lehren das Reich Gottes zu begründen, ehemals wie der Götze *Zeus* die Blitze des Bannes in ihrer schauerlichen Rechte führten) ihr das schwere Joch der Gewissenstyranny, (deren Endzweck denn doch jederzeit nichts weniger als geistig; sondern vielmehr bloß körperlich ist) bis zur höchsten Verwägenheit aufgelegt hätten? — — Die Begierde ist unersättlich, und steigert das Unrecht, und der höchste Grad der widerrechtlichen Gewalt erwecket die schlummernden Kräfte der Niedergedrückten, erregt ihre Reflexion, und ist am Ende die Veranlassung des, ihrer Natur nach, geradezu entgegengesetzten Zustandes der Dinge! — —

§. 4.

Fortsetzung.

Das immer wachsende Elend des Menschen im rohen Naturzustande, welches er sich selbst durch seine bloß thierische Handlungsweise bereitete, war somit die Veranlassung des nachherigen Staatsvertrages, in welchem ein allgemeiner Rechtszustand festgesetzt, einem Jeden sein unverletzlicher Wirkungskreis angewiesen, und jedem Störer der Ruhe der Widerstand der sämtlichen physischen Kräfte aller Verbündeten nachdrucksamst gedroht wurde.

§. 5.

Näherer Zusammenhang dieser Erscheinungen mit der Absicht der Intelligenz.

Da die Natur das *objektive Reale* ist, und dieses der durch die Intelligenz bestimmten Categorie der

Einheit nothwendig entsprechen muß; so folgt, daß der Gang der Natur den Zweck der Intelligenz schlechthin befördern müsse; daß sofort das *beabsichtigte* Zuwiderhandeln der verschlagensten Köpfe, verbunden mit den mächtigsten Vorurtheilen und den stärksten physischen Kräften, doch am Ende scheitern, und daß sogar jene Machinationen selbst die erspriesslichsten Mittel abgeben müssen: den höchsten Zweck der Natur wirklich zu machen. — *Der Gang der Natur ist der Gang der ewigen Wahrheit, und Alles, was dieser widerstrebt, ist schlechthin unausführbar, und in Thesi unmöglich!* *

* Anmerk. Gleichwie die Prozesse der *physischen* Natur bloß allein in einem kontinuierlichen Kampfe gedeihen, so ist dieses auch bei der *moralischen* der Fall. Sobald dieser Kampf aufhört, ist eine phlegmatische Ruhe die unmittelbare Folge, welche aller höheren Tendenz schlechthin widerstrebt. — Dabei mache ich den Forscher in dem großen Buche der Natur auf diese Eigenschaft ihrer Verhältnisse aufmerksam: daß der gedachte Widerstreit der Kräfte nicht nur geeignet ist, den Schwung zu einer höheren Region zu beginnen, sondern auch denselben zu *befestigen*. — Sollte also je einmal die Menschheit von einem höheren Standpunkt wieder zurück sinken; so ist dieses das offenbarste Zeichen, daß sie zufolge ihrer totalen Kultur noch unfähig war, diese Höhe mit *objektivem* d. i. der Absicht der Intelligenz angemessenem Vortheile zu behaupten und daß vielmehr jene
Höhe

Höhe derselben objectiv nachtheilig gewesen wäre, wenn sie länger in ihrem Besitze gewesen wäre. — Sie sinkt zurücke, um gewitziget, belehrt und gebessert durch mannichfältiges Ungemach den mächtigen Stofs von Neuem, und bei einer festeren Grundlage zu beginnen, und nun ist sie des Sieges *würdig*, welcher ihr auch nie wieder entrissen werden kann! — —

§. 6.

Folgerung aus dem Vorigen.

Hieraus ist daher ersichtlich, daß die Natur, geführt durch die Weisheit der reinen Intelligenz, nicht nur den Keim zu der Errichtung der Staaten entwickelte, sondern auch daß sie die Staaten, der Anforderung der Intelligenz gemäß, immer mehr dem absoluten Rechtszustande näher bringen, und aller Schwierigkeiten ungeachtet, durch die stäte Bekämpfung derselben desto kräftiger mit ihrer eigentlichen Bestimmung vereinigen wird. — Diese Ansicht, (welche keinesweges eine Geburt der Schwärmerey ist, sondern sich dem Forschungsgeiste aus der Analyse der hier einschlagenden Fundamental-Begriffe aufdringt) wird den biedern Freund des Rechtszustandes der Menschen mit desto wärmeren Eifer für dessen Realisirung beseelen, und jedem *Machiavell* aber das endliche Mislingen seines verbrecherischen Vorhabens, und mit demselben den Fluch der durch ihn eine Zeitlang betrogenen Nation zum Voraus ankündigen! —

Beschaffenheit des ursprünglichen Staats-Vereines.

Bei der ersten Entstehung der Staaten hatten die kontrahirenden Theile nur einen *negativen* Endzweck. — Sie wollten den Gewaltthätigkeiten vorbeugen, und ihre Ruhe sichern! — Die Gesamtgewalt aller physischen Kräfte schränkte sich somit nur auf diesen einzigen Punkt ein, und es gab noch keine Verbindung, welche über jene Negation hinweg schritt und das höher liegende Positive zu realisiren im Stande war.

Quelle der Irrthümer der nachherigen Staaten.

Selbst da, wo man diesen Mangel fühlte und zu ergänzen bestrebt war, fehlte der feste Punkt, von welchem aus die Prinzipien des Staates Stätigkeit und Einheit erhalten könnten. — Tausendfache Mißgriffe waren daher die leidigen Folgen von der Unsicherheit und Dürftigkeit der dem Staatsver-eine zu Grunde gelegten Prinzipien. — Bald nahm man die Staatsklugheit ohne alle weitere Berücksichtigung zur höchsten Leiterin an, und fand nachher, daß sich zwar der Staat an Flächeninhalte vergrößert, daß er sogar an der Zahl der Einwohner zugenommen hatte, und größere Summen abwarf; aber unabsehbares Elend traf einen großen Theil der Bürger, auf deren Kosten diese Erweiterung der Grenzen, diese Vermehrung der Einwohner und der Staatseinkünfte geschah, und doch hatte der Staat
durch

durch diesen Zuwachs allein noch nichts an Macht und innerer Sicherheit gewonnen! — Wenn das herrschsüchtige *Rom* Feuer und Schwert in die Länder seiner Nachbarn trug, wenn es durch heimliche Machinationen den Sturz *Carthago's* — den Fall der deutschen Freiheit vorbereitete, und zwar mit Wahrheit damals seinen Gesetzen die stolze Ueberschrift: *vrbi et orbi*, geben konnte; waren dadurch seine Bürger glücklicher, waren sie für ihre Personen und für ihr Eigenthum mehr gesichert, als dieses im Zustande der Barbarey beynahe der Fall war? — Die Regierung war unbekümmert und die Kultur ihres Staates, bekriegte und unterjochte unaufhörlich ihre Nachbarn, um die Grenzen des Reichs desto mehr zu sichern, und brachte auf diese Art ihre Feinde in ihren eigenen Busen. — Es war keine Staatskraft gedenkbar, welche die einzelnen Theile dieses kolossalischen Reiches überschauen, ordnen und im regelmässigen Gange erhalten konnte. Kein Wunder, daß dieses Reich bey dem Mangel aller Homogeneität und der Prinzipien zur wahren Erreichung der Sicherheit in sich selbst zurückhielt!

§. 9.

Fortsetzung.

Bald glaubte man, am verdienstlichsten um Gott und die Menschen zu handeln, wenn man sektische Statute und Dogmen (deren Herkunft sich dem unsicheren Dunkel des Alterthums, nicht selten sogar dem Fanatismus und der Arglist zuschreibt) als die

die Fundamentalgesetze des Staates aufstellte, wodurch der Staat seinen Bürgern das höchste Kleinod — *die Freiheit zu denken*, und mit derselben endlich beynahe das Vermögen raubte, über ihre eigene Bestimmung zu reflektiren. — Das *Dogma* mußte das letzte Ziel aller Meinungen seyn, und jedem, welcher über dasselbe hinausschritt, drohte das *Auto-da-fe*, weil man diese Ueberschreitung, mit dem größten Anthropomorphismus, als eine Lästerung der Rechte Gottes betrachtete! — —

§. 10.

Fortsetzung.

Wenn endlich Einige das *Prinzip der Glückseligkeit* der Bürger (welches an sich noch unter den vorhergehenden das gelindeste und beste ist) zum Fundamentalgesetze aufstellen; so wird der Gang der Staatsfunktionen hiedurch nothwendig höchst rapso-
disch, sich ungleichartig, und widersprechend. Dabey wird nicht selten diese Glückseligkeitslehre auf Unkosten des Rechtszustandes geltend gemacht! *
Da endlich die Regierung in einem solchen Falle kein festes System bey ihren Verfahren benützt; so sind gemeiniglich ihre Zügel schlaff. — Vorurtheile und Mißbräuche aller Art erhalten hieraus den ungezähmtesten Spielraum, und Alles geht nach einem leidigen Schlendrian, der weder für die moralische noch physische Kultur der Bürger einige Früchte trägt! —

* Anmerk. Dieses ist beynahe jedesmal der Fall, wenn der Beysatz: "*das fröhnet*," ein besserer

Empfehlungsgrund für eine Regierungsmaxime ist, als: *"das ist Recht, und zu Folge des Zeitgeistes nothwendig."* Allein wenn doch nur ein jeder Staatsmann einmal einsähe, oder vielmehr einsehen möchte, daß einzig in der strengen Einhaltung desjenigen Weges, welchen uns das *Absolute* vorschreibt, die sicherste Erreichung eines jeden Gutes, folglich auch desjenigen erzielt werden könne, wodurch sich die Menschen glücklich finden können. — Man sehe über den Begriff der Glückseligkeit meine *Philosophie des Lebens für erwachsene Jünglinge*, um sie zu guten, brauchbaren, und glücklichen *Weltbürgern* zu bilden.

§- 11.

Fortsetzung.

In diesem Labirynthe irrten bisher die Staaten und ihre Machthaber, bis es endlich dem Kritizismus gelang, die ersten Elemente eines Staates, *wie derselbe seyn soll*, mit dem Karakter der strengen Nothwendigkeit und Allgemeingültigkeit darzustellen, aus deren Analyse der gesammte Umkreis einer vollkommenen Staatseinrichtung sich ableiten läßt. *

* **Anmerk.** Zwar haben schon im grauesten Alterthume sich denkende Köpfe gefunden, welche ihre — mitunter auch sehr vortreffliche — Gedanken der Nachwelt aufbewahrten. Dennoch aber fehlte es durchgängig an der erforderlichen absoluten Grundfeste und an der strengen

gen Einheit ihrer Darstellungen. — Das Phantom der blossen Staatsklugheit und des Sektizismus, ja sogar nicht selten ein hoher Grad von schwärmerischer Gefühleley leitete diese Männer auf Abwege, gerade da, wo sie den Stein der Weisen gefunden zu haben glaubten; wie sich derjenige leicht zu überzeugen vermag, welcher nur wenig in der älteren Literatur dieser Wissenschaft bewandert ist. —

§. 12.

Erkenntnisquelle der allgemeinen Staatslehre.

Wir können uns somit schlechterdings nicht auf den Begriff eines Staates *in der Erfahrung* einlassen; wenn wir nicht eben hiedurch gefährdet seyn wollen, uns unseren vorgesteckten Zweck zu entziehen. Denn keineswegs in der Erfahrung, sondern einzig und allein in der *Apriorität* findet sich das *vollendete Ganze* vor, da jene bloß die werden- den Keime einer immer steigenden Vervollkommen- nung, nie aber der erreichten Vollkommenheit selbst enthält. — Die Erkenntnisquelle der Fundamen- talgesetze des Staates, *wie er seyn soll*, ist daher die *reine Intelligenz*. — Denn nur diese enthält die un- bedingte Form aller Wahrheit, und somit den Stoff eines vollkommenen Ganzen. —

§. 13.

Begriff der allgemeinen Staatslehre.

In wiefern die Prinzipien des Staates schlechter- dings die reine Intelligenz zur Quelle haben, ma-
chen

chen dieselben ein vollendetes Ganze aus, dessen wissenschaftliche Darstellung den Begriff der *allgemeinen Staatslehre* bestimmt.

§. 14.

Erkenntnißart derselben.

Die reine Intelligenz ist die unbedingte, systematische Einheit. Die Erkenntnißart der Staatslehre muß, der Beschaffenheit ihrer Erkenntnißquelle gemäß, eben so den Charakter der unbedingten Einheit an sich tragen. Ihre Prinzipien sind daher *strenge systematisch*, und *a priori*, d. i. *allgemein* und *nothwendig*.

§. 15.

Der Staat als das Objekt der Staatslehre.

Der Staat ist das Objekt der Staatslehre. Denn derselbe soll durch die Staatslehre wirklich gemacht werden. — Der Begriff des Staates ist also schlechthin kein anderer, als *eines Vereines von Intelligenzen in der Sinnenwelt zu einem gemeinschaftlichen Zweck*.

§. 16.

Zergliederung dieses Begriffes.

Da der Staat ein Verein von Intelligenzen in der Sinnenwelt ist, um durch denselben einen gemeinschaftlichen Zweck wirklich zu machen; so kömmt es, um das Fundamentalgesetz des Staates auszumitteln, auf die genaue Berücksichtigung der
in

in diesem — unläugbar richtigen — Begriffe gegebenen Merkmale an, und es ergiebt sich bey dem ersten Ueberblicke ein dreyfacher Gesichtspunkt des Staates, nämlich derselbe ist:

- a) Ein Verein von Intelligenzen, d. i. Personen,
- b) in der Sinnenwelt, und
- c) zu einem gemeinschaftlichen Zweck.

§. 17.

Folgerungen.

In wiefern also der Staat ein Verein von Intelligenzen ist, in sofern ist derselbe dem höchsten Prinzip der Intelligenz unterworfen. In wiefern der Staat als ein Verein in der Sinnenwelt betrachtet werden muß, in sofern können sich seine Gesetze nur auf die in der Erfahrung anschaubare Handlungsweise unmittelbar erstrecken. In wiefern ihm endlich ein gemeinschaftlicher Zweck vorgesteckt ist; in sofern ist dieser Zweck für alle Glieder des Staates von gleichmäßiger Gültigkeit.

§. 18.

Beweis dieser Folgerungen.

Der Staat ist als ein Verein von Intelligenzen dem höchsten Prinzip der Intelligenz unterworfen. Denn eben dieser Verein schließt ein Handeln in sich, und ist sofort dem höchsten Gesetze des Handelns, der Form nach, untergeordnet. Die Intelligenz ist absolute Einheit, und duldet somit schlecht-

hin

hin keine Ausnahme in ihrem Systeme, welche letztere, als die Gegensätze der absoluten Einheit, die Einheit selbst von Grunde aus zerstören würden. — Wäre bey dem Staatsvereine der höchste Zweck der Intelligenz nicht auch der höchste Zweck des Staates; so wäre dieser von jenem höchsten Zwecke verschieden, und eben daher wäre er durch die absolute Unzulässigkeit des Indifferentismus mit der reinen Intelligenz im Widerspruche. —

§. 19.

Fortsetzung.

Diesem zu Folge muß der höchste Staatszweck mit dem höchsten Zwecke der Intelligenz im Einklange stehen, er muß ein solcher Zweck seyn, welcher nach dem gedachten Gesetze alles Wollens seine Gültigkeit erhält.

§. 20.

Fortsetzung.

Der Zweck des Staates ist, als solcher, nicht Zweck eines Einzelnen; sondern der Zweck aller Staatsbürger, er steht somit unter der Form der *Gemeinschaft* *.

* Anmerk. Die Kategorie der *Gemeinschaft* hat für die Prinzipien des Staates das Eigene, daß sich dieselbe bloß auf die äusserlich erkennbare Wechselwirkung erstrecken, keineswegs aber auf den subjektiven, für jeden Menschen besonders geeigneten inneren Wirkungskreis *direkte*

rechte ausgedehnt werden können; in wiefern aber dem Staate denn doch eine Berücksichtigung jener subjektiven Sphäre zustehet, wird unten an seinem Orte ausführlich gezeigt werden.

§. 21.

*Besondere Bestimmung des höchsten Endzweckes
des Staates.*

Vermöge der absoluten Einheit der Intelligenz in allen ihren formalen Prinzipien für alle nur mögliche Realität ist somit die *totale Vervollkommnung des Menschen* zugleich der letzte Zweck des Staates. — Die Anforderung, mit welcher die Intelligenz die totale Vervollkommnung einem jeden Menschen aufgiebt, ist ein kategorischer Imperativ, der nur mit der Ablegung der menschlichen Natur zum Schweigen gebracht werden kann. Die Wirklichmachung dieses Imperativs muß daher auch, der absoluten Einheit der Intelligenz zu Folge, uns eben so moralisch, als physisch möglich seyn, d. h. wir müssen eine *Befugniss* dazu haben, und in wiefern diese Befugniss von der Unbedingtheit jenes Imperativs, als ihres Ableitungsgrundes, eine gleiche Nothwendigkeit an sich trägt; so ist das ihr zu Grunde liegende Recht auf die totale Vervollkommnung ein *ewiges, unwandelbares und absolutes Recht*. — Dieses unwandelbare, absolute und mit dem Wesen der menschlichen Natur so innig verknüpfte Recht heißt das *höchste Urrecht* der Menschheit, und ist nicht nur die Quelle aller übrigen Urrechte, sondern auch
sogar

sogar aller Derivativrechte, da alle diese letzteren ihrer *Gattung nach* (in abstracto) unter die Summe der Urrechte gehören. Die bestmögliche Sicherstellung und die Befestigung dieses Rechtes gegen jede Anfälle, die vollkommenste Möglichmachung, dasselbe wirken zu lassen, ist sofort durch den Gesamtwillen aller zum gemeinschaftlichen Bunde vereinigten Individuen nothwendig begründet, welche, diesen ihren Gesamtwillen durch ihre vereinigten Kräfte zu unterstützen, sich anheischig machen.

I. H a u p t s ü c k.

Von der Organisation des Staates im Allgemeinen.

I. A b s c h n i t t.

U r g e s e t z e eines jeden nur möglichen S t a a t e s.

§. 22.

Höchster Grundsatz der allgemeinen Staatslehre.

Hieraus ergibt sich daher das höchste Prinzip der Staatslehre:

*Der Staat ist ein Verein von Personen, welche ihre sämtlichen Kräfte zur bestmöglichen Sicherstellung des höchsten Urrechtes der Personalität, im Betreff der totalen Vervollkommnung aller Anlagen des Menschen, verbinden. **

* Anmerk. Ich ersuche den aufmerksamen Leser, bei der Darstellung dieses höchsten Grundsatzes der Staatslehre sein Urtheil so lange zu verschieben, bis derselbe die logischen Eigenschaften eines höchsten Grundsatzes mit der Anwendung auf die vorliegende Wissenschaft gehörig erwogen hat.

Keinesweges verdient derselbe mit Grunde den Vorwurf: daß er mehr in das Reich der *Ethick* als für den absoluten *Rechtsstand* passe. — Denn
erstens,

erstens, ist der (§. 21.) deduzirte höchste Endzweck des Staates die schlechthin nothwendige Folge der (höheren) Prinzipien der praktischen Philosophie, und somit gehet auch das formelle Prinzip, welches jenen höchsten Zweck mit dem Staate verbindet, wegen seiner absoluten Identität, mit einer gleichen Appodixis aus jenen höheren Prinzipien hervor, und mit dieser ewigen Appodixis verbindet derselbe eine gleichmäßige Klarheit, indem sein Inhalt der bloßen Reflexion offen dalieget.

Zweitens, erscheint der Staat *als eine moralische Person, und er muß bey dieser charakteristischen Eigenschaft schlechterdings der nämlichen Gesetzgebung unterworfen seyn, welche einem jeden moralischen Individuum, im Anbetrachte seines Verhältnisses zu sich selbst, zukömmt.* — Hieraus ergiebt sich

drittens, worauf sich das Recht des Staates in Hinsicht der Kultur der Jugend und der Bürger, wie nicht minder worauf sich die Befugniss desselben gründe, sich die Oberaufsicht über die *in der Erfahrung erkennbar gewordenen* — denn doch aber keines Anderen Rechte beeinträchtigenden — Sitten gründe. — Kein Staatsmann wird wohl der Meinung seyn (wenn er anders nicht selbst ein unsittlicher Mensch ist), daß man böse Beispiele, — ob sie gleich den Rechtsstand eines jeden Einzelnen unbeschädiget lassen, — nicht steuern, sondern vielmehr geschehen lassen dürfe. Wenn aber dem Staate

in solchen Fällen eine befugte Selbstthätigkeit beigelegt werden muß, deren Tendenz dahin gehet, daß solchen unsittlichen Beispielen gesteuert werde; so muß jene befugte Selbstthätigkeit auf ein Prinzip unmittelbar beruhen, das bey der genauesten Homogeneität mit dem ganzen Systeme sich endlich auf das ihm zu Grunde liegende höchste Prinzip fusset, und mit dem Charakter der strengen Nothwendigkeit aus demselben hervorgehet. —

Viertens, ist *die Sicherstellung des Rechtsstandes nach Rechtsprinzipien* (abgesehen von der hier einfließenden Tautologie; — denn wenn die Sicherstellung des Rechtsstandes der Zweck seyn soll, so muß der Rechtsstand nicht *durch die Sicherstellung selbst* zerstöhret werden dürfen; — die Sicherstellung des Rechtsstandes enthält folglich für sich schon *die rechtmäßige Form* der ihr zu Grunde liegenden Handlungsweise analytisch in sich —) zu dunkel und unbestimmt ausgedrückt, und umfasset eben so wenig die ganze Sphäre des Staatszweckes; da auf diese Art die *ethische Kultur* der Bürger — die Kirche, als die sittliche Schule — höchstens vermittelt der Staatsklugheit (der Politik), in das System des Staates gebracht werden könnte, wodurch unvermeidlich der ethische Zweck (der doch *schlechthin* der *höchste Zweck* der Menschheit ist) zu einem solchen Zweck erniedriget würde, welcher dem Zwecke der Rechtslehre subordiniret wäre. Denn er wäre dann nur in soferne
in

in dem Staate zu dulden, in wieferne er vermittelst der Staatsklugheit die Realisirung der Voraussetzung hoffen liesse; dafs diejenigen, welche aus innerem Triebe, d. i. zu Folge ihrer Autonomie, das thun, was sie thun *sollen*, gewifs auch nur das thun werden, was sie nach Rechtsprinzipien thun *dürfen*. — (Auf diese gewaltsame und der Wesenheit des Staates zuwiderlaufende Spaltung baute man bisher — dem Anscheine nach aus religiösen Bewegungsgründen — das Prinzip: dafs es gewisse, obgleich in der äusseren Anschauung erkennbare Handlungen gebe, welche doch aus der Sphäre der Autonomie des Staates entfernt lägen, und einzig in ein *transzendentes* — — Reich gehörten, welches demungeachtet ziemlich *sichtbar innerhalb* den Grenzen des Staates sich diesem aufdrang). Eben so wenig sind zu Folge jenes Grundsatzes noch manche andere Zweige der Polizeygesetzgebung zu rechtfertigen, obgleich ihr dringendes Bedürfnifs für die strenge Einheit des ganzen Staatsgebäudes so sonnenklar vor Augen liegt; wie dieses noch an Ort und Stelle, in der Metaphysik der Polizeygesetzgebung ausser allem Zweifel gesetzt werden wird.

Wie ungleich weniger endlich das Prinzip des Hrn. *Sonnenfels* geeigenschaftet sey, auf die erhabene Würde des *höchsten* Prinzips der Staatslehre *vollständigen* Anspruch machen zu können; und wie abscheulich der Grundsatz manches *Machiavels* erscheine, welcher nur blinde

Folgsamkeit und gefüllte Schatzkammern er-
zwecket, fällt schon bey der ersten Ansicht in
die Augen! —

§. 23.

Erste Eintheilung der Staatslehre.

Der Staat bildet durch diesen Verein ein mora-
lisches Ganze, welches aus einem doppelten Gesichts-
punkte betrachtet werden muß. Man nimmt näm-
lich den Staat entweder im Verhältnisse zu sich selbst,
oder zu anderen Staaten. — Im ersten Falle folgen
alle seine Rechte und Verbindlichkeiten gegen sich
selbst oder gegen jeden einzelnen Bürger desselben
aus dem gegebenen Grundsatz; im zweyten Falle
muß der Staat als moralische Person betrachtet wer-
den. Die ihm in dieser Hinsicht zustehenden un-
abänderlichen Normen müssen daher in denjenigen
Prinzipien aufgesucht werden, welche die Intelli-
genz jeder Person im Zustande der strengsten Un-
abhängigkeit gegen die andere Person, als die Be-
zeichnung ihrer Befugnisse vorschreibt. — Ich
handle nun von dem Verhältnisse des Staates zu sich
selbst, und verweise die Lehre von dem zweyteren
Gesichtspunkte an seinen bestimmten Ort, wo die
rechtlichen Prinzipien des Staatsrechtes (wie es seyn
soll) noch ihre Erörterung finden werden.

§. 24.

Nähere Beleuchtung des höchsten Grundsatzes.

Dem höchsten Grundsatz der Staatslehre zu
Folge hat der Staat seiner ihm vorgezeichneten Be-
stim-

stimmung noch keinesweges Genüge geleistet, wenn derselbe durch seine physische Gesamtkraft das Vollbringen eines Angriffes auf das höchste Unrecht zu verhindern sucht, die totale Vervollkommnung aber, oder das Materiale jenes Urrechtes gänzlich einem jeden einzelnen Bürger zur Ausführung anheimstellet; sondern der Staat ist auch verbunden, das Streben seiner Bürger nach Vollkommenheit zu wecken, zu beleben, und mit aller ihm zukommender Thatkraft zu unterstützen. —

§. 25.

Beweise.

Würde der Staat diese letzte Erforderniß seiner Bestimmung ausser Acht lassen; so würde derselbe unvermeidlich die totale Vervollkommnung seinen einzelnen Bürgern erschweren, ja sogar beynahe unmöglich machen. Denn nur durch die Vereinigung aller Kräfte zu einem und denselben Zweck, wird dieser Zweck am leichtesten und am zuverlässigsten erreicht, und die *bestmögliche* (§. 22.) Sicherstellung des höchsten Urrechtes legt dem Staate nicht minder die Verbindlichkeit auf, daß derselbe *Alles*, was in seinen Kräften steht, leisten müsse, *um die Sicherstellung des höchsten Urrechtes immer fester und unerschütterlicher zu begründen.* Dieses kann der Staat aber nur dann hoffen, wenn er rastlos und mit der werththätigsten Anstrengung das Resultat des höchsten Urrechtes, d. i. das Streben der Bürger nach Vollkommenheit selbst unterstützt. — Denn die Vollkommenheit ist das Urbild der Intelligenz, die Voll-

Vollkommenheit begreift daher auch die Quelle des absoluten Rechtsstandes in sich, der durch die Sicherstellung des höchsten Urrechtes der Menschheit, und in ihm das Bestehen aller übrigen Rechte begründet werden soll. Je vollkommener und gebildeter daher die einzelnen Bürger eines Staates sind, desto unerschütterlicher ist die Sicherheit des höchsten Urrechtes. — Endlich kann sich der Staat blofs die *bestmögliche Sicherstellung* der totalen Vervollkommnung der einzelnen Bürger zum absoluten Zweck machen, weil die Vervollkommnung selbst von dem Zwange in der Wechselwirkung (§. 17.) grösstentheils unabhängig ist. Dabey thut der Staat als *moralische Person* (§. 22. Anmerk.) auch seiner Bestimmung ein Genüge, wenn derselbe die Tendenz der einzelnen Bürger zur Vervollkommnung nicht hindern läfst, und dieselbe noch durch solche Anstalten unterstützt, welche dem einzelnen Bürger eine hinlängliche Gelegenheit darbieten, jene zum Behufe ihrer guten Entschlüsse zu benützen. —

§. 26.

Staats- Grund- und Bürgervertrag.

Das Versprechen der vollständigsten Erfüllung dieser durch den höchsten Grundsatz der Staatslehre aufgelegten Verbindlichkeiten des Staates gegen jedes einzelne Staatsmitglied, und eines jeden einzelnen Mitglie des gegen den ganzen Staat, welche Verbindlichkeiten durch einen gemeinschaftlichen Vertrag beschlossen wurden, macht den *Staats- Grund-*
und

und *Bürgervertrag* aus, und jeder Theilhaber dieses Vertrages ist *Staatsbürger* *.

Anmerk. Hieraus erhellet, daß es in einem Staate, wie derselbe seyn soll, schlechterdings keinen besondern Stand geben könne, welcher nur Rechte zum Genusse der aus dem Staatsgrundvertrage entspringenden Vortheile sich zu eignen könne, ohne auch einen gleichen Theil von Verbindlichkeiten auf sich nehmen zu müssen. Der Zustand, welcher aus dem entgegengesetzten Verhältnisse hervorgehen würde, wäre offenbar nur als eine rechtswidrige Usurpation gedenkbar, vermöge welcher die despotische Willkühr zu Folge einem ergrauten Mißbrauche oder der unbefugten Uebermacht sich auf Kosten der übrigen Bürger fröhnen läßt, und diese somit schlechthin als bloße Mittel ihrer Selbstsucht behandelt. — Ein jedes Individuum also, welches innerhalb den Gränzen eines Staates seinen bleibenden Wohnort aufschlagen will, muß sich schlechterdings entweder zu dem Bürgervertrag des Staates verstehen, und bey dem Genusse seiner Vortheile auch einen mit den übrigen Bürgern ebenmäßigen Antheil von den Staatslasten und den bürgerlichen Verbindlichkeiten übernehmen, oder über die Gränze des Staates wandern, und auf sein gewähltes Domizil verzichten. —

Der Staat, als Bedürfnis der Intelligenz.

Der Zustand des Staates ist somit ein absolutes Bedürfnis der Intelligenz, welches sie zugleich mit der moralischen Anlage *ewig* in die menschliche Natur verwebte. Der Entstehungsgrund desselben ist daher nicht sowohl ein Werk des Zufalles (durch die Barbarey der Vorzeit veranlaßt), sondern vielmehr die Eigenschaft der moralischen Anlage im Menschen, welche den Forschungsgeist anspornet, auf Mittel für ihre genaueste Befriedigung zu denken. —

*Bestimmung der im höchsten Urrechte enthaltenen besonderen Urrechte.**A. Das physische Leben.*

Das höchste Urrecht der Menschheit, die totale Vervollkommnung aller ihrer Anlagen, auf dessen Sicherstellung einzig der Staat hingeht, enthält erstens das Recht auf das *physische Leben* in sich; da dieses die Bedingung ist, welche die Möglichkeit aller Kraftäusserung des Menschen ausmacht. Das *physische Leben*, als Kraftäusserung betrachtet, begreift diejenigen Functionen des animalischen Theiles des Menschen in sich, welche die Erhaltung desselben bezwecken. Mit dem Aufhören dieser Functionen ist der Tod unausbleiblich verbunden, und der Organismus des Menschen tritt aus der Reihe seiner besonderen Naturgesetze in jene der übrigen ein.

ein. Durch diese Aenderung hört daher der Mensch auf, für diese Sinnenwelt zu seyn, und alle Ausbildung seiner Anlagen ist ihm unter der nämlichen Beziehung unmöglich *.

* Anmerk. Unter dem höchsten Urrechte auf das physische Leben ist gleichfalls die Unverletzlichkeit aller Organe des menschlichen Körpers begriffen. Denn diese sind die Bedingungen der Fortdauer des Lebens sowohl, als der Intention desselben. Und aus dem nämlichen Grunde ist das Recht zum frohen Lebensgenusse, als dem vorzüglichsten Restaurationsmittel der Kräfte, ein nothwendiges Resultat des obigen Urrechtes.

§. 29.

B. Das moralische Leben.

Das zweyte hieher gehörige Urrecht ist das *moralische Leben*. Dieses besteht aber in der freyen Kraftäusserung der Intelligenz, und diese ist nichts anderes als die Function des gesammten Erkenntnisvermögens und des Willens. —

§. 30.

Bestimmung der unter dem moralischen Leben enthaltenen Urrechte.

a) *Die Freyheit zu denken.*

Die Freyheit zu denken und zu glauben ist daher, als die Folge der Functionen des Erkenntnisvermögens, ein Urrecht. — Gab die Natur jedem Men-

Menschen die Fähigkeit zu denken, und legte sie mit dieser Fähigkeit den Stoff zu denjenigen Prinzipien in ihm, welche die Form alles Realen und somit die absoluten Probersteine aller Wahrheit ausmachen; so muß sie, um der Consequenz Willen, wollen, daß derselbe diese natürlichen Anlagen auch gebrauche, jene höchste Formen der Wahrheit entwickele, und als die Begründung *seiner eigenen Ueberzeugung* nütze. Die Wegnahme dieses Rechtes greift die Menschheit bey ihrem heiligsten Gute an; indem sie derselben ihre Autonomie raubt, und zu einer bloßen Sache, gleich einem Spielballe, — der Willkühr eines Anderen unterwirft! — * Hieher gehört auch noch *die Ausbildung des Geschmacks an allem Schönen und Erhabenen*, wozu dem Menschen durch die von der Natur in ihm gelegte Fähigkeit, für das Schöne und Erhabene empfänglich zu seyn, eine unveräußerliche Befugniß zukömmt.

* Anmerk. Man könnte den Einwurf machen, daß das *Denken* und *Glauben* gar nicht in die Sphäre des *Rechtes* gehörig sey; da dasselbe bloß in dem Kopfe desjenigen Individuum, dem es eigen ist, vorfindlich, und, für sich betrachtet, kein Erfahrungsgegenstand sey. Allein, ohne mich hier auf die Verbindlichkeit des Staates besonders einzulassen, vermöge welcher ihm zusteht, seinen Bürgern Gelegenheit zu verschaffen, ihr Denken und Glauben selbst zu berichtigen, welches durch die gedachte Freyheit von Allem *non plus ultra* möglich gemacht werden

den kann; bemerke ich, daß das Denken und Glauben eine homogene Handlungsweise zur Folge hat, wodurch es sich äussert, und daß es nicht minder den Machthabern des Staates einfallen könnte, je ein Individuum darum zu befragen, wo somit der ehrliche Mann die reine Wahrheit entdecken müßte.

Auf welche Art jedoch die Freyheit zu denken am zweckmässigsten einzig realisirt werden könne, um eines Theiles dieses Urrecht der Bürger nicht zu verletzen, sondern vielmehr anderen Theiles die Kraftäusserungen desselben gehörig zu leiten, vor allem *Ausarten* zu bewahren, und dem absoluten Berufe der Menschheit und des Staates auf das vollkommenste anpassend zu machen; diese wichtige Aufgabe wird im 3ten Hefte des ersten Theiles ihre ausführliche Erörterung finden.

§. 31.

b) *Die Freyheit des Willens.*

Die Freyheit des Willens wird entweder betrachtet in wieferne derselbe bloß für das handelnde Subjekt erkennbar wird, — in seiner *ethischen* Bedeutung — oder in wieferne er in der Wechselwirkung mit anderen Personen erscheint, — im *rechtlichen* Anbetrachte. — Erstere kann zwar nicht unmittelbar durch den Staat verletzt werden, wohl aber mittelbar, wenn derselbe mit jesuitischer Bosheit das System des Obskurantismus einschlägt, das
mora-

moralische Gefühl der Bürger durch verbreitete Verfolgungssucht betäubt und abstumpft, und wenn derselbe durch eine tyrannische Regierung, durch Gewaltsamkeiten und Erpressungen aller Art selbst die Ursache von Meutereyen und Unruhen wird, durch welche gemeiniglich die Leidenschaften der Bürger entflammt, und zu einer zügellosen Gewalt gereizt werden. — *

Anmerk. Die Annalen der französischen Revolution, vorzüglich unter dem Schreckenssysteme der grausamen *Bergparthey*, die Sizilianische Vesper und noch manche Ereignisse, an welche der Menschenfreund mit schaudervollem Gefühle denkt, dienen als die blutigen Belege dieser Sätze! —

§. 32.

Fortsetzung.

Die *Freyheit des Willens*, in wiefern dieselbe in der Wechselwirkung erkennbar wird, besteht in dem Rechte, Alles thun zu dürfen, was dem Sozialgesetze weder unmittelbar noch mittelbar widerspricht.

§. 33.

Bestimmung der unter der rechtlichen Freyheit enthaltenen Urrechte.

1) *Das Recht der freyen Geburt.*

Hieher gehört daher vor Allem das *Recht der freyen Geburt*. — Leibeigenschaft und Sklaverey sind

sind die Sprößlinge der Barbarey, und müssen von einem Staate nicht nur allein nicht ausgeübt, sondern sogar nicht einmal geduldet werden, wenn auch aus demselben noch so viele politische Vortheile entstehen würden. — Die Stimme der Menschheit ruft laut genug: *ich bin Mensch, wie du, warum willst du mich mehr oder weniger als Sache gebrauchen!* — Die Jahrbücher der ost- und westindischen Kolonien beweisen, wie schrecklich sie in der Verzweiflung diesen Angriff auf ihre Rechte ahndet! —

§. 34.

2) *Das Recht zum Ehestande.*

Die *eheliche Verbindung* ist durch die Ethik geboten, da die entgegengesetzte Maxime sich nicht zu einem allgemeinen Gesetze erheben läßt. * Jeder, welcher das zur Ehe erforderliche physische und moralische Vermögen hat, eine Familie zu ernähren, und Kinder zu erziehen vermag, ist somit zum ehelichen Bunde ethisch verbunden. Denn es ist schlechterdings kein Grund gedenkbar, einen Weltbürger von dieser Pflicht zu befreien, wenn ihm alle diese drey Erfordernisse zukommen. — Das aber, was wir thun *sollen*, müssen wir auch thun *dürfen*. Denn jeder Imperativ sowohl, als jede Befugniß hat die Intelligenz zur Quelle, deren ewiges Gesetz die absolute Einheit ist. — Hieraus folgt daher, daß einem jeden ein unveräußerliches Recht zustehe, im Falle derselbe obige, in ethischer Hinsicht sowohl als auch im rechtlichen Anbetrachte un-

um-

umgänglich nöthige, Requisite zu beweisen vermag, in eheliche Verbindung zu treten. — Die Natur hat schon dieses Recht anschaulich durch die Geschlechter dargestellt, und der Geschlechtstrieb ist zugleich eine laute Stimme genug, mit welchem sie das Recht auf dessen Gesetzmässige Befriedigung ankündigt! — * *

* Anmerk. Die Hagestolzen und Calibateur suchen sich durch das Sophisma zu rechtfertigen: als sey der Zweck der Ehe nicht *unbedingt*, sondern bloß *bedingungsweise* von der Pflicht geboten; in wie fern sie also einen *höheren* Zweck, als jener sey, zu realisiren, sich anheischig gemacht hätten, welcher sich nicht zugleich mit der Ehe vertrage; so wäre ihre Maxime der Ehelosigkeit der Ethick nicht zuwider. Ohne mich auf die *Wahrheit* ihrer Ueberzeugung in dieser Hinsicht einzulassen, (die allerdings manchen Mann von dieser Classe um so achtungswürdiger machen muß, je wichtiger insoferne sein Opfer ist —); so sey es mir doch erlaubt, zu fragen, worinn denn jederzeit die *absolute* Disharmonie zwischen der *Ehe* und jenem fraglichen *höheren* Zweck bestehe, und ob sich dieselbe Disharmonie, wenn sie sich nur auf politische oder ähnliche Verhältnisse gründet, nicht beseitigen läßt, wozu dann gewiß eine Verbindlichkeit da wäre? — Verhältnisse, und Berufspflichten, welche die erforderlichen Requisite zur Ehe entweder ganz oder größtentheils unmög-

möglich machen, können *allein* die Ehelosigkeit moralisch entschuldigen. —

* * Anmerk. Hieraus ist ersichtlich, daß dieses Recht durch den Nichtgebrauch eben so wenig verlohren, als demselben gültig entsagt werden könne; wie nicht minder, daß der Staat kein Recht habe, *dem Reuigen* Hindernisse in den Weg zu legen. —

Endlich wird durch das *unveräußerliche* Recht zum Ehestande (zunächst der Eigenschaft des Staates: daß derselbe *ein ewiges* (§. 27.) Bedürfnis der Intelligenz ist) die physische Bedingung seiner *ewigen* Fortdauer, und zugleich der Grund, aus welchem die reichhaltigsten Resultate hervorgehen, nach denen sich die Staatsorgfalt richten muß, um bey der Reflexion auf die *gegenwärtigen* Staatsglieder die *nachkommenden* (und umgekehrt) nicht zu vergessen. —

§. 35.

3) Das Recht der älterlichen Gewalt.

Das Recht der älterlichen Gewalt in Beziehung auf die Kinder, und das Recht dieser im Anbetrachte der Ernährung und Erziehung gegen ihre Aeltern folgt gleichfalls als Urrecht aus der ethischen und rechtlichen Beschaffenheit der Ehe. *

* Anmerk. Wenn man dem Gange der Natur nachforscht; so findet man, daß bei einem schon etwas kultivirterem Gefühle der Menschen,

schen, der Trieb zur Erhaltung der Gattung einen eben so mächtigen Einfluss bey dem Zeugungsgeschäfte äussert, als derselbe durch die originelle Liebe zu dem Gezeugten sichtbar wird. — Schon der rohe Naturmensch empfindet einen vorzüglichen Grad von Anhänglichkeit an seine Kinder, und sorget mit der ihm eigenen Zärtlichkeit für ihr Leben und für ihr Wohlseyn. Dieses unsichtbare Band, welches durch die weise Anordnung der Natur so enge zwischen Aeltern und Kindern geknüpft ist, entspricht vollkommen der erhabenen Absicht der Natur; indem ohne dasselbe weder die physische, noch die moralische Erziehung gedeihen könnte. — Würde dasselbe je einmal gänzlich erlöschen können; so würde zugleich die Besorgnis nicht ungegründet seyn, daß die physische und moralische Fortdauer des Menschengeschlechtes seinem unvermeidlichen Untergange nahe gebracht werden könnte. Diese schaudervolle Aussicht aber widerspricht geradezu dem Wesen der Intelligenz. Denn da dieselbe auch *objektiv*, und zwar *eine endlose Zeit hindurch* realisirt seyn will; so muß ihr auch die ununterbrochene Fortdauer desjenigen Geschlechtes ein dringendes Bedürfnis seyn, dessen Existenz sie sich durchaus nicht entschlagen kann; weil in der Voraussetzung des fortwährenden Daseyns jenes Geschlechtes die Bedingung schlechthin enthalten ist, unter welcher sie einzig jenen absoluten Zweck realisirt sehen kann.

kann. Wenn nun aus dem bereits Gesagten deutlich vor Augen liegt, daß der Zweck des ehelichen Vereines ein so überaus heiliger und schlechterdings unveräusserlicher Zweck ist; so kann es durchaus keinem weiteren Zweifel mehr unterliegen, daß die Befugniss, jenen Zweck zu realisiren, ein ebenmässiges unveräusserliches Recht, d. i. ein *Urrecht* begründe, dessen Wirksamkeit vor der Zeugung nur schlummert, mit dem Akte derselben sogleich erwacht, und bis zur Selbstständigkeit der Kinder fortwähret, worauf sie wieder in ihren vorigen Zustand zurückgehet; keinesweges aber, weil nun dem fraglichen Subjekte dieses unveräusserliche Recht genommen worden ist; sondern vielmehr, weil demselben kein weiteres Materiale zustehet, an welchem jenes unveräusserliche Recht seine Wirksamkeit äussern kann. —

Da endlich die einem jeden Rechte nothwendig entsprechende Verbindlichkeit von jenem ihre Modifikation erhält; so ist gleichfalls das Urrecht auf die physische und moralische Erziehung in Ansehung der Kinder gegen ihre Aeltern ausser allem Zweifel. —

§. 36.

4) Das Recht auf einen äusseren Wirkungskreis.

Das Recht auf Eigenthum in abstracto, wie nicht minder das Recht, sich Andere verbindlich machen zu können, etwas zu leisten, oder etwas zu dulden. —

Diese beiden Rechte begründen die Möglichkeit des äussern Wirkungskreises, welcher jedem Menschen, vermöge dem Sozialgesetze zusteht. Die Intelligenz bleibt sich hier eben so, wie in jedem andern Stücke gleich. Sie will, dass jeder Mensch ihre Prinzipien in der Sinnenwelt gültig mache. Dieses begreift aber ein freies Handeln in sich, welches ohne ein Materiale, woran dieses freie Handeln Statt finden kann, undenkbar ist. — Dieses *Materiale* macht unsern *Wirkungskreis* aus, worauf wir ein ausschliessliches Recht haben. *

* Anmerk. Man erwäge daher, wie sehr der Sklavenstand und das krasse Mönchsthum (wenn es anders letzterem mit der Behauptung des Prinzips der gänzlichen Eigenthumslosigkeit in der That Ernst gewesen wäre —) die Rechte der Personalität angreifen, und wie weit dergleichen Stände das Ansehen des Staates herabsetzen, wenn derselbe sie nicht nur duldet, sondern auch sogar gegen die reuigen Individuen Gewalt verhängt! —

§. 37.

5) *Das Recht der Gleichheit der Rechte.*

Endlich gehört die *Gleichheit der Rechte* von derselben Art eines jeden Staatsbürgers auch noch unter die Urrechte, welche ein Staat vorzüglich berücksichtigen und sicher stellen muss, wenn derselbe auf die Würde eines rechtlichen Vereines mit Grund Anspruch machen will. Wenn das Leben, die Ehre
und

und das Eigenthum des Dürftigen und Niederen eben so sehr gesichert und heilig ist, als das Leben, die Ehre und das Eigenthum des Reichen und Angesehenen. Wenn jeder Bürger ohne Ausnahme sowohl die Fundamentalgesetze des Staates, als seine besonderen Statute mit Ehrfurcht einhalten, und eine gleiche, mit seinem Frevel im Verhältniß stehende Ahndung sicher und unfehlbar zu gewärtigen hat; und wenn endlich die aus dem Staatsfonde zufließenden Belohnungen stets dem Würdigsten zugemessen werden; so beweist der Staat, daß er dieses Unrecht respektiret. — *

* Anmerk. Aus diesem Unrechte ergeben sich sehr wichtige Resultate für die Justiz-Mittheilung, welche in der Metaphysik der Criminal-Gesetzgebung, der Polizey und des bürgerlichen Rechtes besondere absolut-nothwendige Gesetze zur unbedingten Folge haben.

§. 38.

Urgesetze eines jeden nur möglichen Staates.

Die Urgesetze eines durchaus rechtlichen Staates sind daher, dem höchsten Grundsatz der Staatslehre gemäß, folgende:

1. *Das physische Leben, die Gesundheit und die hiezu geeigneten Organe und Theile des Körpers eines jeden Staatsbürgers dürfen von Niemanden verletzt werden, und in wiefern dem höchsten Grundsatz zu Folge der Wirkungskreis des Staates sich nicht nur*

auf die Negation beschränkt (dass nämlich nichts Widerrechtliches geschehe), sondern auch vielmehr die Vervollkommnung aller Anlagen des Menschen, auch den Behuf hiezu in sich schliesst (§. 25.); so ist nebst diesem negativen Gesetze noch die Sorge für die Erhaltung des Lebens, der Gesundheit u. s. w. der Bürger dem Staate ein unumgängliches Urgesetz. —

2. Soll die Freiheit zu denken und zu glauben, wie nicht minder jedes Mittel, die Wahrheit zu erforschen, nicht nur unangetastet bleiben; sondern auch durch die gemeinsamen Kräfte des Staates ihre zweckdienliche Unterstützung erhalten (§. 25.). Der Staat sichert und unterstützt die Wissenschaften und die bildenden Künste in ihrem ununterbrochenen Fortgange. —

3. Soll der Staat weder unmittelbar (durch eigene Veranlassung) noch mittelbar (durch schädliche Nachsicht fremder Unmoralität) das sittliche Gefühl der Bürger schwächen, sondern durch fortgesetzte Beispiele einer edlen und erhabenen Handlungsweise, durch strenge Aufsicht auf die Sitten der Bürger, und durch einen zweckmässigen Religionsunterricht dasselbe immer mehr auszubilden und zu stärken bemüht seyn. —

4. Ist jeder von Natur freigebohren. Leibeigenschaft und Sklaverei werden in seinem Gebiete durchaus nicht geduldet. Er wendet keiner Klasse seiner Bürger auf Unkosten und zum Drucke der Uebrigen ausschliessende Freiheiten und Vortheile zu. —

5. Je-

5. Jeder Bürger und jede Bürgerin, welchen die nöthigen physischen und moralischen Erfordernisse zum Ehestande zukommen, d. h. ein jeder Bürger, welcher die nöthige Zeugungsfähigkeit, und jede Bürgerin, welche das Vermögen zu empfangen besitzt, sofort sich in solchen Glücksumständen befinden, dass man von ihnen erwarten kann, dass sie nicht nur sich selbst, sondern auch ihre nachfolgenden Kinder ernähren können, und endlich, dass ihre bisher gezeigte Aufführung von einem sittlich guten Charakter urtheilen, und sich daher eine gute Erziehung der Kinder von ihnen hoffen lässt, sollen ungehindert den ehelichen Verein eingehen können; ja sogar mit Berücksichtigung ihrer Würdigkeit von dem Staate bestmöglichst unterstützt werden (§. 25.), und in wiefern die freie Wahl des Gatten ein nothwendiger Behuf zur desto bessern Erfüllung dieser Erfordernisse der Ehe ist, soll diese Auswahl frei und ungedrungen seyn. *

* Anmerk. In dem Urrechte zur freien Auswahl des Gatten ist der nächste Grund zu suchen, warum die Nothzucht eine so wichtige Verletzung eines Urrechtes enthält. —

6. Den Aeltern steht die älterliche Gewalt auf ihre Kinder bis zu deren Selbstständigkeit zu, und diese können von jenen eben so lange die physische und moralische Erziehung fordern. —

7. Jeder Bürger soll sein Vermögen, Eigenthum zu erwerben und zu besitzen, ungestört ausüben dürfen.

fen. Die Erwerbung des Eigenthums ist gültig, wenn sie dem Rechtsgesetze entspricht. Der Staat sichert zugleich die rechtlichen Ausübungen jeder Personalbefugnisse. —

8. Dem Staate sind die Rechte eines jeden Bürgers gleich wichtig. Er duldet keine Rechtsverletzung, von Wem und gegen Wen es auch immer sey. Endlich ertheilt er auch Ehrenstellen, Titel, Würden und Belohnungen nur dem Würdigsten und Verdienstvollsten, da alle Bürger, an und für sich betrachtet, gleiche Rechte haben. —

§. 39.

Allgemeingültigkeit dieser Gesetze.

Diese Urgesetze entsprechen den ihnen zu Grunde liegenden Urrechten, und diese letzteren sind der unmittelbare Inhalt des höchsten Urrechtes der Menschheit. Jene Urgesetze sind somit die notwendige Grundlage eines jeden Staates in Hinsicht seines Verhältnisses zu sich selbst, wenn derselbe anders auf die erhabene Eigenschaft eines durch die Intelligenz beabsichtigten Rechtsstandes Anspruch machen will.

§. 40.

Einfluss dieser Urgesetze auf den Staat.

Diese Urgesetze bestimmen den ganzen Wirkungskreis des Staates. Denn sie vollenden den Umfang des, durch den obersten Grundsatz der Staats-

Staatslehre aufgestellten, Staatszweckes, welcher der Natur des Rechtes gemäß nur ein einziger (§. 18.) seyn kann.

§. 41.

Fortsetzung.

Der Staat erscheint auf diese Art gegen jeden einzelnen Bürger als die *personifizierte Gerechtigkeit*. — Alle Rechte, welche derselbe vermöge des Bürgervertrages (§. 26.) ausüben darf, enthalten zugleich eine *rechtliche Nöthigung*, daß sie derselbe ausüben *muß*. — Denn jene Rechte stehen dem Staate einzig nur in soferne zu, in wiefern sie die nothwendigen oder zweckdienlichen Mittel zu der Erreichung des Staatszweckes sind. Die Unterlassung ihrer pünktlichen Ausübung würde somit der, dem Staate aufgegebenen *bestmöglichen* (§. 25.) Wirklichmachung des Staatszweckes widersprechen. — *

* Anmerk. Handlungen der bloßen *Gnade* und *Güte* sind daher in dem Gebiete des Staates fremd. Denn das Wort *Gnade* bezeichnet eine solche Handlung, welche entweder in dem *befugten* Nichtgebrauche eines zustehenden Rechtes besteht, das man doch den Umständen nach im erforderlichen Falle mit Gewalt geltend machen könnte, oder welche einem Andern ein Recht überträgt, ohne daß jedoch jener Andere die Uebertragung dieses Rechtes rechtlich zu fordern im Stande gewesen wäre. — Eine gleiche

che Bewandniss hat es mit dem Worte *Güte*. Beide Benennungen sind in ihrer *Wesenheit* gar nicht von einander unterschieden; sondern bloß in ihren ausserwesentlichen Merkmalen, welche ihren Entstehungsgrund durch die Convenienz erhalten haben, vermöge welcher durch die verschiedene Auswahl dieser Benennungen bloß der Unterschied der *bürgerlichen Würde* des Wohlthäters ausgedrückt wird. —

Selbst denjenigen Handlungen, welche, ihrer Sichtbarkeit in der Wechselwirkung ungeachtet, ausser dem Staatsvereine in *rechtlicher Hinsicht* zu den *bloß willkührlichen* gehören (weil sie keinesweges durch das Sozialgesetz, wohl aber durch die Prinzipien der Ethik ihre kategorische Bestimmung erhalten) wird durch den Staatsverein eine solche Modifikation beigelegt, daß der Staat auch *diese* gegen seine einzelnen Bürger, und die einzelnen Bürger gegen den Staat zu beobachten *rechtlich verbunden* werden; indem die Hinzukunft des Staats-Grund- und Bürgervertrages (§. 26.) auf dergleichen Handlungsweisen (welche ohne demselben einzig unter die Kategorie der *Pflichten* gehörten) den Charakter einer *vollständigen Verbindlichkeit* und somit auch eines *Zwangsrechtes* überträgt. — Der praktische Einfluß dieser Sätze wird in den nachfolgenden Heften, in welchen die Metaphysik für die verschiedenen Zweige der Gesetzgebung ins Besondere aufgestellt werden wird, zu Genüge erhellen, und die Rich-
tig-

tigkeit dieser gegebenen Ansicht, welche auf die bereits erörterten Prinzipien dieses Systemes beruhet, wird dann durch die besondere Ausführung der einzelnen hieher einschlagenden Materien erst vollständig in das Klare gesetzt.

§. 42.

Fortsetzung.

Wenn der Staat mit unabgewandtem Blicke das durch die Intelligenz beabsichtigte Reich des Rechtes immer mehr zu realisiren strebt; so wird derselbe hiedurch nothwendig nicht nur die Ursache der in der Sinnenwelt geltend gemachten Gerechtigkeit, er wird vielmehr auch die Veranlassung und der erste Urheber der steigenden Sittlichkeit im Volke, er wird die Schule der Wissenschaften und der bildenden Künste, er wird die Quelle, welche Wahrheit und Licht verbreitet, und den mit diesen Vortheilen verbundenen Wohlstand aller Bürger erzeugt und unerschütterlich begründet. — Diese Idee auf den Staat angewandt, erscheint derselbe in dem Glanze einer Gottheit, welche die Fülle alles Guten mit Allvaterhand über die Menschen ausschüttet, sie *weise, gerecht und gut* zu seyn lehret, um, zunächst des hiezu antreibenden *absoluten* Zweckes, dieselben im höchsten und vollständigsten Maase *glücklich* zu machen. — Der Staat, sage ich, wird *auf dem bloßen Wege der Gerechtigkeit*, am zuverlässigsten, der alles beglückenden Sonne ähnlich, Segen und Heil über alle seine Glieder ausspenden! — Er wird

wird in seinen Gränzen der allgemeine Gegenstand der innigsten Verehrung und Liebe, und bei seinen Nachbarn das groſse und würdige Ziel ihrer Nach-eiferung werden! — *

* Anmerk. Dieſs iſt die groſſe Beſtimmung des Staates, welche derſelbe durch ſein Verhältniß zu jedem ſeiner Staatsverwandten erfüllen ſoll! — Regenten, welche, als ſolche, die Repräſentanten des Staates ſind, haben dieſe erhabene Verbindlichkeit auf ſich; eine Verbindlichkeit, ſage ich, welche die unmittelbare Anforderung des in jedem Menſchen, durch die Intelligenz, wohnenden Ebenbildes Gottes iſt! — Die gewiſſenhafte Erfüllung derſelben wird nicht nur auf ihre Nation, ſondern auch auf die geſammte Menſchheit unüberſehbare Vortheile bringen, und mit dem Genuſſe der gröſten Fülle wahrer Seligkeit, die ihr Bewußtſeyn des erfüllten Regentenberufes gewährt, werden ſie mit Wahrheit die Worte des gröſten Mannes des Menſchengeschlechtes ſagen können: „*Mein Geist bleibt bei euch, und die Ewigkeit wird ſeine Spuren nicht vertilgen!*“ —

*

*

*

§. 43.

Allgemeine Formen der Beſtimmung und Geltend-machung der Mittel zum Staatszwecke.

Mit der Bildung des Bürgervertrages heben nothwendig zwei Geſetze an, deren Inhalt zur Wirklich-ma-

machung des Staatszweckes schlechthin erforderlich ist, und die somit durch die Urrechte der Menschheit bedingt, nach dem Rechte der Gleichheit aller Bürger (§. 37.) ihre besondere Modifikation erhalten. — Diese sind:

A. *Der Staat ist ein Verein zur Freiheit durch Freiheit. — Alle Bürger desselben haben somit ein Recht zur freien Bestimmung der Mittel zum Staatszwecke, wie ihnen dessen freie Wahl ungezweifelt zukömmt.*

B. *Alle Bürger sind rechtlich verbunden, sowohl ihre physischen als ihre moralischen Kräfte, in soferne es zur Wirklichmachung des Staatszweckes nothwendig und erspriesslich ist, beizutragen; auch ihr gesamntes Eigenthum steht dem Staate nach obiger Ansicht zur zweckdienlichen Verfügung zu.*

§. 44.

Freies Stimmrecht der Bürger.

In Gemälsheit des ersten Gesetzes wird es keinem Zweifel unterliegen, daß jedem Bürger ein freies Stimmrecht zu denjenigen Mitteln zustehe, welche zur Erreichung des Staatszweckes nöthig und erspriesslich sind. — Die der Personalität eigene und unveräusserliche Autonomie, welche in dem Urrechte der freien Denk- und Handlungsweise nach eigener Ueberzeugung (§. 30.) liegt, enthält den Grund dieser Erforderniß und das Recht der Gleichheit (§. 37.) aller Bürger, mit welchem sie in diesem

sem Bunde getreten sind, läßt schlechterdings keine Ausnahme zu, welche ein arroganter Vorgriff Eines oder Mehrerer seyn würde, die nach ihrem Gutdünken, oder gar nach ihrer Willkühr, allen übrigen Verbündeten die gedachten Mittel zur Erreichung des gemeinschaftlichen Zweckes in einer allgemein verbindlichen Norm vorzeichnen wollten. —

§. 45.

Fortsetzung.

Es muß überhaupt in einem jeden Falle, wo es nicht auf ein *a priori* bestimmtes Unrecht ankömmt, ein in der Empirie vorrätbiges Faktum vorausgehen, das den Grund zu einer Verbindlichkeit enthält, welche Statt haben soll. Dieses nämlich gilt von dem der Verbindlichkeit gegenüberstehenden Begriffe des Rechtes. — Diesen fraglichen Rechtsgrund im Anbetrachte eines Vorzuges bei diesem wichtigen Geschäfte können aber eben so wenig Einzelne aufweisen, als die Uebrigen im entgegengesetzten Falle zur blinden Annahme und Duldung der anmaßlichen Vorgriffe jener verbunden seyn können. — Denn ein jeder tritt durch den Akt des Staatsvereines nur mit *denselben* Rechten der Personalität in den Staat, und die Intelligenz, welche ihre Würde in jeder Person mit gleicher Stärke erkennt und respektirt wissen will, läßt hier schlechterdings keine Ausnahme zu.

§. 46.

*Antinomie in Hinsicht des freien Stimmrechtes
der Bürger.*

Allein, da eben der große Haufe mit Vorurtheilen aller Art behaftet, durch eine niedrige Erziehung und Abgezogenheit von dem Berufe der Erforschung der Wahrheit sich nicht nur des nöthigen Scharfsinnes nicht zu erfreuen hat, welcher doch bei der Beurtheilung, ob die zu wählenden Mittel wirklich die ächten und zweckmässigsten seyen, unumgänglich nöthig ist, da dem Volke sogar die helle und gründliche Erkenntniß der höchsten Prinzipien des Staates mangelt, (welcher Mangel auch eben so wenig je gehörig gehoben werden kann, als es sich von demselben das systematische Denken in Bezug auf alle hier einschlagende Felder der Philosophie je mit Fug erwarten läßt). Ja da endlich Leidenschaften aller Art (die in dem nämlichen Grade ungezügelter bei ihm eintreffen, als es auf einer niedrigeren Stufe der Kultur steht) öfters seine Handlungsweise lenken; so kann die Intelligenz schlechterdings nicht wollen, daß dieses große Geschäft geradezu den beschränkten Einsichten und der gemeiniglich durch Vorurtheile und Privatabsichten bestochenen Willkühr der Menge überlassen seyn soll. Es würde wahrlich eine nicht zu vereinigende Aufgabe seyn, die Erreichung eines Zweckes als praktisch nothwendig aufzustellen, und zugleich die Wahl der Mittel zu derselben solchen Geschäftsträgern anzuvertrauen, von denen sich nicht nur die

Er-

Erfüllung ihres Berufes gar nicht erwarten, sondern vielmehr mit allem Grunde die gewisse Zerstörung des vorgesteckten Zweckes befürchten läßt! —

§. 47.

Fortsetzung.

Dieses wäre somit eine scheinbare Antinomie; da die Intelligenz einer Seits jedem ohne Ausnahme ein gegründetes Recht zur Bestimmung der Mittel zum Zwecke ertheilt, und ihm auf der andern Seite dasselbe wieder entzieht. —

§. 48.

Auflösung dieser Antinomie. Repräsentatives System.

Allein diese Antinomie verschwindet, wenn man erwägt, daß die Intelligenz zwar an sich ohne Ausnahme einem jeden Bürger, jedoch nur unter der Voraussetzung der *physischen und moralischen Fähigkeit* desselben, ihre Absichten in das Werk zu setzen, zustehet, wie nicht minder, wenn man noch den ferneren Ausweg erwägt, den die Intelligenz getroffen wissen will, und in das *repräsentative System* setzt. —

§. 49.

Wahl des Volksausschusses.

Diesem gemäß hat ein jeder Bürger, und zwar ohne Ausnahme, das Recht bei der Wahl des Staatsausschusses oder der Repräsentanten seine freie Stimme

me geben zu dürfen. * Der Beruf dieses Ausschusses aber ist kein geringerer, als die Stelle aller Bürger bei den Angelegenheiten des Staates zu vertreten. — Der erwähnte Ausschuss ist auf diese Art der *Geschäftsträger der ganzen Nation*, welche mit dem höchsten Grade des Vertrauens auf dessen Weisheit und pflichtschuldige Erfüllung des übertragenen Berufes, die Realisirung des allgemeinen Staatszweckes durch die bestmöglichen Mittel gewärtiget.

* Anmerk. Da, wo nicht *Einhelligkeit* der Meinungen vorfindlich ist, muß die *Stimmenmehrheit* (als die Approximation zur Einhelligkeit) entscheiden. Denn wenn, ungeachtet der verschiedenen Meinung, der kleinere Theil dem Staatsvereine einverleibt bleiben will; so kann der ihm eigene Wille deswegen nicht den Ausschlag über den Willen des grösseren Theiles haben, weil in dem Rechtszustande eine Person so viel, als die andere, gilt, und somit durch die Differenz, welche in Hinsicht der, einer jeden Parthei zugefallenen Anzahl der Personen zum Vorscheine kommt, jene Gleichheit aufgehoben, und (da doch ein *definitives Resultat* nöthig ist) der *grösseren Parthei* das rechtliche Uebergewicht ertheilt wird. — Hierin liegt der Grund des Sieges der Stimmenmehrheit; keinesweges aber, wie *Stephani* in seinen *Grundlinien der Rechtswissenschaft* §. 557. meint, in dem *Rechte des Stärkeren*. — Denn das bloße Recht des Stärkeren, in wiefern es nemlich nicht auf einem besonderen Rechtsgrunde

grunde beruhet, ist durchaus kein Recht, sondern vielmehr eine widerrechtliche Gewalt, welche eben so nothwendig, als der daselbst erwähnte Kriegszustand Aller gegen Alle aus den Gränzen des Rechtsgebiethes verbannt ist. —

Diejenigen, welche nach der Errichtung dieses Staatsausschusses in den Staat treten, willigen stillschweigend durch den eingegangenen Bürgervertrag in den schon vollstreckten Beschluss der Nation.

§. 50.

Fortsetzung.

Die Einhaltung der von dem Ausschusse anerkannten Mittel kann eben so wenig der Willkühr des Volkes anheim stehen, als deren Sanction von demselben abhängt. Denn hiedurch würde bei diesem die ihm doch schlechthin mangelnde bessere Einsicht und ein unbestochenerer Wille vorausgesetzt, als den eben gedachten *Weisesten* und *Besten* aus ihm zukommen würde, welche es doch mit der Anerkennung dieser ihrer Vorzüge um seine eigene Unbehüllichkeit und Schwäche (§. 46.) unschädlich zu machen, besonders delegirte. —

§. 51.

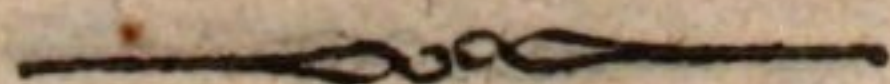
Absicht des Volks bei dieser Wahl.

Das Volk muß vielmehr mit *dem Willen*, und mit *der ausdrücklichen Absicht* die Personen jenes Ausschusses wählen: *Von ihnen nicht nur die Eröffnung*

nung

nung der ersprießlichsten Mittel zum Staatszwecke zu vernehmen, sondern auch eben gedachte gehörig bekannt gemachte Mittel als verbindliche Normen für seine Handlungsweise zu respektiren. *

* Anmerk. Aus der gegebenen Ansicht kann ich unmöglich mit *Stephani* übereinstimmen, wenn derselbe a. a. O. §. 547. u. f. sich schlechterdings für die *strenge Demokratie* erklärt. — Denn abgesehen, daß sie bei einem großen Staate in keiner Hinsicht möglich ist; erscheint sie als die Mutter des Faktionsgeistes, als der Tummelplatz ränkevoller und arglistiger Menschen, welche ihren Scharfsinn und ihre Beredsamkeit zur Bethörung des stets im Zustande der Unmündigkeit sich befindenden Volkes zur Befriedigung ihrer selbstsüchtigen Absichten, ohne Rücksicht auf die öffentlichen Folgen, benutzen. — Die Demokratien der Vorzeit haben uns dieses ja so unverkennlich bewiesen; und braucht man wohl mehr noch, um die Wahrheit des Satzes einzusehen, daß jede absolute Demokratie nichts tauge, als nur auf die uns so nahe gelegene Epoche der französischen Revolution Rücksicht zu nehmen; liefert *Segur* der ältere — ehemaliger französischer Gesandter — in seinem vortrefflichen Werke „Geschichte der vorzüglichsten Begebenheiten unter der Regierung *Friedrich Wilhelms* des II. Königs von Preussen und politisches Gemälde von Europa von 1786 bis zu Ende des Jahres 1795“ betitelt, nicht die auffallendsten Belege



zu dieser Wahrheit? — — Die unveräußerliche Autonomie des Volkes ist keinesweges der Grund, aus welchem die Nothwendigkeit der strengen Demokratie gefolgert werden könnte. — Das Volk erscheint bei den Beschlüssen seiner erwählten Repräsentanten stets noch mit eigener Autonomie. Denn von seinem freien Entschlusse gieng die Wahl seiner Geschäftsträger aus, geleitet durch seine feste Ueberzeugung von den hervorstechenden Eigenschaften jener Männer; und bloß durch diese freie Wahl erhalten erst die Geschäftsträger das Recht, das Ruder des Staates nach ihrer besten Ueberzeugung, wie es die Absicht und die Voraussetzung des Volkes war, zu führen, und die für sich unbehülliche Menge zu leiten.

Eben so wenig kann ich der von dem gedachten Verfasser §. 164. aufgestellten Behauptung unbedingt beipflichten: daß Keiner einem Andern bestimmen dürfe, was derselbe *als Recht* annehmen müsse. — Eine Sache der *bloßen Willkühr* einem Andern als rechtliche Verbindlichkeit aufdringen, bleibt allerdings rechtswidrig. Einem aber die Befolgung des *objektiven Rechtes* vorschreiben, das *von Jedermann als solches* erkannt und befolgt werden würde, wenn es nicht an Einsicht und gutem Willen bei Manchen gebräche, hiezu giebt es ohne allem Zweifel eine rechtliche Befugniss, welcher sich der Andere unterwerfen muß, und im entgegengesetzten Falle findet gegen diesen ein gerechter

ter

ter Zwang Statt. — — Warum soll wohl nicht bei dem Staatsvereine ein Gleiches rechtlich seyn, da das Volk den Zweck des Staates bei dem Bürgervertrage einhellig zu befördern versprach, und in wiefern derselbe ein praktisch nothwendiger Zweck ist, die Erreichung desselben unbedingt wollen muß, und aus eben diesem Grunde gehalten ist, zur Unterstützung seiner Schwäche, sich von Andern, welche auf einer ungleich höheren Stufe der Vollkommenheit stehen, die erspriesslichsten Mittel zu jenem Zweck vorschreiben zu lassen. Das durch die Unwissenheit des Volkes nicht gehörig gesicherte Reich des Rechtes erfordert zur Verhütung aller Unrechtlichkeit diese Leitung des großen Haufens schlechterdings nothwendig, und die Natur kam hiebei der guten Sache vortrefflich zu Hülfe; indem sie nur den Männern von festen Grundsätzen und von ausgebreiteten Kenntnissen den Trieb, Andere, welchen diese großen Vorzüge mangeln, zu leiten, diesen aber sanfte Folgsamkeit beilegte. —

§. 52.

Fortsetzung.

Durch die Wahl dieses Ausschusses überträgt die Nation ihren nunmehrigen Repräsentanten die ihr zuständigen Rechte, jedoch nicht, als wenn sie dieselben veräußern wollte, welches ihr unmöglich ist, * sondern nur in soferne sie in und durch ihre

Repräsentanten desto vollkommener ihren gemeinschaftlichen höchsten Zweck zu erreichen gedenkt. — Daher haben die Repräsentanten die Verbindlichkeit auf sich, nur solche Mittel als allgemein verbindliche Normen für die Handlungsweise der Bürger vorzuschreiben, welche gewiß von jedem Bürger als solche aufgestellt und sankzioniret würden, wenn bei demselben der nöthige Grad von Erkenntniss und unbestochenem Willen vorausgesetzt werden könnte. **

* Anmerk. Die *Veräußerung* dieser Rechte würde den obigen Urrechten geradezu widersprechen, und den Zustand der Sklaverei herbeiführen, welche beiden Resultate aber rechtlich durchaus unmöglich sind.

** Anmerk. Um daher die Erkenntniskraft sowohl als den Willen der Bürger über die Nothwendigkeit und Nützlichkeit eines Gesetzes aufzuklären, und zur Befolgung desselben *aus eigenem Antriebe* zu stimmen, darf der Gesetzgeber keine *blinde* Folgsamkeit von den Bürgern verlangen; sondern er muß vielmehr seinen Gesetzen in der Regel die Bestimmungsgründe beifügen, um auf diese Art die Autonomie der Bürger wirksamer zu machen, und nur in solchen Fällen findet von diesem Resultate der Autonomie eine Ausnahme Statt, wo die Beisetzung jener Gründe, den bestehenden Umständen gemäß, der Staatsklugheit offenbar zuwider wäre, und vielmehr als *eine zweckwidrige Schwatzhaf-*
tig-

tigkeit betrachtet werden müfste. — Dieses träge aber nur dann ein, wenn jene Gesetze entweder gegen eine grofse innere oder gegen eine äussere feindselige Macht gerichtet wären. — —

I. Hauptstück.

II. Abschnitt.

Von der gesetzgebenden Gewalt im Staate.

§. 53.

Entstehungsart, Begriff und Criterium der gesetzgebenden Gewalt.

Durch den Akt der Wahl der Repräsentanten der Nation überträgt dieselbe somit jenen die gesetzgebende Gewalt, welche in dem Rechte besteht, allgemein verbindliche Normen, deren Befolgung zur Wirklichmachung des Staatszweckes nöthig und erspriesslich sind, für die Handlungsweise der Bürger festzusetzen. — Daher ist das *höchste Criterium* aller Gesetzgebung im Staate dieses:

Alles dasjenige, was ein Mittel zur Erreichung des höchsten Staatszweckes abgiebt, ist Gesetz; Alles dasjenige aber, welches weder den Staatszweck beeinträchtigt, noch demselben erspriesslich ist, liegt ausserhalb der Gränze der Gesetzgebung. —

§. 54.

Rechtlichkeit der Gesetze ihrer Form und ihrem Inhalte nach.

Die Gesetze der Repräsentanten der Nation sind daher a) der *Form* nach rechtmässig, indem sie mittelbar durch die Autonomie der Nation entsprossen betrachtet werden müssen. Und b) ihrem *Inhalte* nach, wenn dieselben dem obigen Criterium (§. 53.) gemäfs durch die obwaltenden Umstände rechtlich nothwendig sind.

Fortsetzung.

Die Rechtmässigkeit der *Form* sowohl als jene des *Inhaltes* stehen in nothwendiger Verbindung, und zwar so, dafs, wenn das eine von diesen beiden Requisiten mangelt, das andere durchaus gleichfalls den Charakter der Rechtmässigkeit verliert. — Denn gesetzt: die Repräsentanten der Nation erliessen ein Gesetz, das dem höchsten Criterium aller rechtmässigen Gesetzgebung seinem Inhalte nach nicht entspräche; so würden sie in dem nämlichen Augenblicke als Despoten erscheinen, und würden sofort ihres rechtlichen Verhältnisses als *delegirte Gesetzgeber* zur Nation verlustig. Das erwähnte Gesetz wäre somit auch der *Form* nach unrechtmässig. — Eben so, wenn ein Gesetz zwar dem *Gehalte* nach mit dem obigen Criterium übereinstimmt, allein in Hinsicht seiner *Form* mangelhaft ist, d. h. wenn es von Solchen gegeben ist, welche nicht rechtmässige Be-

Besitzer der gesetzgebenden Gewalt sind, weil ihnen die freiwillige Delegation von Seite der Nation mangelt; so greift das von dergleichen *Usurpateurs* erlassene Gesetz die unveräußerliche Autonomie der Nation an, und das ganze Gesetz sowohl als dessen Inhalt ins Besondere ist unrechtmässig, weil letzterer unter diesen Umständen durchaus nicht ohne Widerspruch als ein Mittel zur Aufrechterhaltung des Staatszweckes betrachtet werden kann; indem er die Freiheit der Nation zu Boden wirft. — Alles Vernünfteln, um dergleichen unrechtmässigen Gesetzen von einer oder der andern Seite einen Anstrich des Rechtes zu geben, ist daher eine vergebliche Mühe, und noch vorzüglich in diesem Anbetrachte höchst gefährlich, da es das Gewissen der Repräsentanten einschläfern, und dieselben bereden könnte, *dass ihre blofse Willkühr Gesetz sey!* —

§. 56.

Hülfsquellen einer guten Gesetzgebung.

Damit die Repräsentanten der Nation ihren Beruf so vollkommen erfüllen, wie es die Nation von ihnen verlangen kann und muß; so ist ihnen vor Allem das fortgesetzte Studium von Welt- und Menschenkenntniß nöthig. Denn zuerst muß man den Gegenstand durch und durch kennen, dessen Leitung einem zusteht. — Die Geschichte der Menschheit und unablässliche Selbstbeobachtung sind, wie ich schon einmal gezeigt habe, die besten Hülfsquellen bei diesem Studium. * Zweitens ist die

die gründliche Kenntniß der Geschichte der Staaten und der verschiedenen Gesetzgebungen erforderlich. Diese muß für den Gesetzgeber ein reichhaltiger Schatz seyn, welcher ihm die vortrefflichste Ausbeute für die gesetzgeberische Klugheit darreicht, ein Schatz, der die mannichfaltigsten Fälle in der Erfahrung enthält, was für Verfügungen mit gutem Erfolge getroffen worden, um dieselben unter ähnlichen Umständen zu benützen, und welche Verfügungen die Ursachen des Elendes der Staaten waren, ** um diese nicht nur zu meiden, sondern auch um durch ihre auf diesem Wege erhöhte Klugheit die zuträglichsten Gegenmittel zum Heile ihres Volkes einzuschlagen. — Drittens ist zur Ausfüllung dieses großen Wirkungskreises die Kenntniß der Staatsökonomie und der Mathematik erforderlich. Viertens muß das spezielle Objekt des Wirkungskreises des Gesetzgebers — sein eigener Staat — nach allen seinen Vortheilen und Gebrechen, nach allen seinen Hülfquellen und Mängeln dem Gesetzgeber nicht nur vorzüglich bekannt, sondern dieses muß auch der beständige Gegenstand seines forschenden Beobachtungsgeistes seyn. — Diesen Wissenschaften zusammengenommen dient endlich die schlechterdings nicht zu vermissende gründliche theoretisch-praktische Philosophie zur unerschütterlichen Grundlage und zum höchsten Probierteine für die ächte Güte aller Unternehmungen! *** Unter diesen Voraussetzungen erfüllen die Repräsentanten des Staates die Erwartungen ihrer Nation, und begründen die Realisirung der Aufgabe der Intelligenz mit untadelhafter Stetigkeit. —

* Anmerk. In meiner Philosophie des Lebens für erwachsene Jünglinge sind die Quellen der Menschenkenntniß an jedem besonderen Orte ausführlich erörtert.

** Anmerk. Große und für das Heil der Menschheit sehr verdiente Fürsten und Staatsmänner irrten zuweilen zum Schaden ihrer Nation; obgleich ihr beinahe unverbesserlich guter Wille und ihre heiligsten Wünsche sie zu der eifrigsten Reflexion auf die Zweckdienlichkeit ihrer Maasregeln anspornte. Da also eines Theiles selbst der weiseste Fürst und Staatsmann den menschlichen Irrungen ausgesetzt bleibt, und da andern Theiles diese Irrungen solcher Männer durch den großen Einfluß ihres Postens auf den Staat leicht sehr verderbliche Folgen veranlassen können; darum ist das Studium der Geschichte der Staaten und ihrer verschiedenen Gesetzgebungen von einer so überaus großen Wichtigkeit für den Gesetzgeber, um durch den Schaden der Vorzeit mit desto mehr Klugheit und Scharfsinn allen vorgefaßten Anschlägen vorzubeugen, und mit desto größerer Zuversicht die besten und zweckmässigsten Maasregeln wählen zu können. —

*** Anmerk. Der Gesetzgeber soll ein *theoretischer Philosoph* seyn, weil, ohne sich bis zur Urquelle aller philosophischen Resultate hinauf zu schwingen, die nöthige Festigkeit aller übrigen Grundsätze unmöglich ist. — Er soll ein *prak-*

praktischer Philosoph seyn, weil er nur als solcher die *reinen* Grundsätze des Handelns nach allen ihren Ansichten inne haben kann, und weil in dieser Eigenschaft auch die Erforderniß eines *sittlich guten Mannes* oder eines *Weisen* im ganzen Umfange dieses Wortes liegt.

* * *

I. Hauptstück.

III. Abschnitt.

Von der Executivgewalt im Staate.

§. 57.

Nothwendigkeit, die Gesetze allgemein geltend zu machen.

Die Gesetze der Repräsentanten der Nation sind daher allgemein verbindliche Normen. Sie können somit durchaus nicht einer *willkührlichen* Befolgung der einzelnen Bürger unterliegen. Denn es würde dann nicht nur eine widerrechtliche Ungleichheit unter den Staatsgliedern entstehen, sondern auch der Zweck der Gesetzgebung würde in sein Nichts zurückfallen, und die Gesetze selbst wären für den Selbstsüchtigen ein lächerliches Kinderspiel, mit dem man scherzen dürfte, und für den rechtlichen Mann der Gegenstand frommer Wünsche, welche nie allgemein, wie es nothwendig seyn muß, eingeführt werden würden. —

§. 58.

Das Mittel hiezu.

Diesem, durch die Leidenschaften der Menschen besorglichen, Uebel beugt die Intelligenz bei dem Entwurfe einer allgemeinen Staatsverfassung vor; indem sie dem Staate ein *Zwangsrecht* zur Ausführung seiner rechtlichen Zwecke gegen jeden Störer ertheilt.

§. 59.

Das Strafrecht.

Das *Zwangsrecht* des Staates äussert sich unter dem besondern Charakter des *Strafrechtes*; indem dasselbe vor aller wirklich statthabenden Störung ein Uebel drohet, das der eingetretenen Störung unausbleiblich folgen wird. —

§. 60.

Fortsetzung.

Diesem zu Folge wird es keinem weitem Zweifel unterliegen, dass das Strafrecht dem Staate zur Autorisirung seiner Gesetze und somit zur Erreichung seines Zweckes unumgänglich nothwendig sey, wie auch, dass dasselbe als die zweckmässigste Weise in dieser Hinsicht diene. — Allein noch ist die Frage zu erörtern übrig, „worauf sich dasselbe gründe?“ — um eines Theils gar keine Besorgniss übrig zu lassen, dass ein zwar untadelhafter Zweck nicht durch ein unzulässiges Mittel realisirt werde, andern Theils, um hier schon das Fundament über die

die an Ort und Stelle noch zu erörternden besondern Strafgesetze zu begründen. —

§. 61.

Grund des Strafrechtes.

Durch den Staatsverein entsteht ein moralisches Ganze. Dieses moralische Ganze besteht nur in soferne, als dessen Bedingungen, d. i. dessen Gesetze geltend sind. Aus dem nämlichen Grunde ist nur derjenige ein Bürger des Staates, welcher seine Gesetze unverbrüchlich hält; wie im Gegentheile derjenige in dem nämlichen Anbetrachte aufhört, Bürger zu seyn, in welchem Grade er durch sein gesetzwidriges Betragen die Wesenheit des Staates angreift und verletzt. — Der Staat ist aber gleich einer jeden Person, wenn er sich gegen jeden Auswärtigen nach dem Sozialgesetze trägt, frei, und nur sich selbst verantwortlich von seiner Handlungsweise innerhalb seiner Gränze. Hieraus erwächst sodann die Befugniss für denselben, nicht nur jeden wirklichen Angriff, welcher diese seine Freiheit stöht, sogleich werkthätig abzuwehren; sondern er hat auch das Recht, bei drohender Gefahr sich zur Gegengewalt vorzusehen, und die Schrecknisse seiner veranlafsten Nothwehr anzukündigen, um die drohende Gefahr schon vor der Hand zu zernichten, ehe dieselbe die Wirklichkeit beschreiten möchte. — *

* Anmerk. Der Staat erscheint in Beziehung auf den Uebertreter seiner Gesetze in dem nämlichen Grade im aussergesellschaftlichen Verhält-

hältnisse, in welchem dieser dem Staat selbst durch seine Uebertretung gefährlich wurde.

§. 62.

Fortsetzung.

Die Sinnlichkeit der Bürger, die durch dieselbe rege gewordenen Begierden und Leidenschaften, welche jedem Menschen mehr oder weniger ankleben, und denselben zur Widerrechtlichkeit antreiben, sind nun die Gründe, warum der Staat auch zugleich in jedem Bürger seinen Feind zwar nicht voraussetzen darf, *aber doch als möglich befürchten muß.* — Der Staat muß daher stets auf seiner Hut seyn, und jeden Bürger fest überzeugen, daß er (einem furchtbaren Kriegsheere gleich, welches durch seine unbezweifelbare Wachsamkeit und durch seine drohenden Batterien den Feinden schon die Lust zu einem heimlichen Ueberfalle benimmt,) auf jeden Angriff bereit, jede unbefugte Gewalt mit einer proportionirten Gegengewalt abtreiben werde.

§. 63.

Fortsetzung.

Die durch den Staat auf die Uebertretung seiner Gesetze gesetzten und vorläufig angedrohten Schrecknisse sollen somit, als ein Gegengewicht gegen den sinnlichen Anreiz, die Uebertretung seiner Gesetze zum voraus verhüten. Die Strafen sollen psychologisch wirken, indem sie das durch eine gesetzwidrige Handlung zu erzielende Gefühl der Lust dahin

dahin herabstimmen, daß der in Versuchung gerathene Mensch mit Gewißheit vorhersehen kann, er würde seinen so sehr gewünschten Zweck nicht nur nicht erreichen, sondern sogar ein seiner Uebertretung des Gesetzes angemessenes Uebel sich unvermeidlich zuziehen, und auf diese Art sollen sie die Triebfeder zur Unrechtlichkeit zernichten, und eben dadurch den Staat sichern.

§. 64.

Fortsetzung.

Hieraus ist daher ersichtlich, daß der *unmittelbare* Grund des Strafrechtes in dem Rechte zur *Vorsicht*, d. i. in dem Rechte, der bloß *drohenden Gefahr* vorzubeugen, liege, daß aber der *mittelbare* und *höchste* Grund des Strafrechtes einzig und allein nur in dem Rechte zur *Nothwehr*, das dem Staate als einer moralischen Person * unläugbar zukömmt, aufgesucht werden müsse. ** Denn es würde in der That lächerlich seyn, sich bei der *drohenden Gefahr* zur Gegenwehre vorsehen zu wollen, wenn die Gegenwehre selbst bei *eingetretener Gefahr* unerlaubt, und rechtlich unmöglich wäre. ***

* *Anmerk.* Der *Bürgervertrag* (§. 26.) ist daher zwar die *Veranlassung*, aber keinesweges der *Grund* des Strafrechtes des Staates. Denn durch den Bürgervertrag entsteht der Staat als ein moralisches Ganze, hiedurch wird erst ein Angriff auf denselben, und hiemit auch seiner Seits der Zustand der *Nothwehr* gedenkbar. — Diese

An-

Ansicht verbreitet über das rechtliche Strafsystem des Staates das hellste Licht, und den nöthigen Aufschluß gerade in solchen Fällen, was für den Staat das wichtigste Bedürfnis ist, eine deutliche Erkenntnis seiner befugten Gewalt zu haben. —

**** Anmerk.** *Strafen* sind das Analogon von dem Uebel, wozu die Intelligenz gegen jeden ungerechten Eingriff im aussergesellschaftlichen Zustande dem angegriffenen Theile die Befugnis ertheilet, und welches der Selbsterhaltungstrieb des Bedrohten dem Bedroher zuverlässig zum voraus gewärtigen läßt. — Da dieses der Bedroher selbst vorhersieht, sucht er durch Waffen seine Ueberlegenheit entschieden zu machen, welches letztere aber gegen die Gesamtmacht des Staates (wo diese mittelbar oder unmittelbar der angegriffene Theil ist) durchaus unmöglich wird.

***** Anmerk.** Hieraus ist gleichfalls ersichtlich, daß der Staat keine andern Strafübel für die Uebertretungen seiner Gesetze androhen dürfe, um die Uebertretungen zum voraus (§. 61. u. folg.) zu verhüten, welche er nicht gegen die wirklichen Uebertreter zu Folge des höchsten Grundes seiner Strafgewalt *in der That* zu verhängen, die rechtliche Befugnis habe. —

Begriff der Exekutivgewalt.

Das auf diese Weise, als ein rechtmäßiges Mittel zu einem rechtmäßigen Zweck, gerechtfertigte Strafrecht ist nun die Potenz, durch welche der Staat seinen Gesetzen Nachdruck verschaffet. — Der Staat ist somit befugt, seine Gesetze mit Gewalt geltend zu machen, und diese Gewalt ist die *Exekutivgewalt* des Staates. — *

* *Anmerk.* Die Exekutivgewalt vollendet die Sphäre aller rechtlichen Gewalt des Staates innerhalb seiner Gränze; denn sie vollendet den Zweck der Gesetzgebung. —

Fernere Bestimmung ihrer Eigenschaften.

In Hinsicht der *Exekutivgewalt* kommt es auf die Beantwortung dieser beiden Fragen an. a) Wie muß die Exekutivgewalt im Staate der *Form* nach organisirt seyn? und b) welches ist der Maasstab, nach welchem sie ihre Stärke der Intention nach bei vorkommenden Fällen zu Folge der gegebenen *Materiale* äussern dürfe? —

a) In Hinsicht ihrer Form.

Zur Berichtigung der ersten Frage: Wie nämlich die Exekutivgewalt im Staate der *Form* nach organisirt seyn müsse? hat man sogleich auf den

Ende

Endzweck Rücksicht zu nehmen, welchen der Staat durch sie realisirt haben will. Es ist verlohrene Mühe, wenn man vor dieser Reflexion seine ganze Aufmerksamkeit ängstlich dahin wendet, auf welche Art deren *Mißbrauch* am zuverlässigsten unmöglich gemacht werden könne, ohne zuvor erst über den eigentlichen *Gebrauch* derselben mit sich einig zu seyn. — Das Resultat der ersten Weise ist dann nothwendig kein anderes, als das entweder der eigentliche Gesichtspunkt entrückt, die wahre Bestimmung, wo nicht ganz, doch größtentheils unmöglich gemacht wird, oder das man am Ende gezwungen ist, sich in einem Zirkel zu drehen, und nach langem Ausschweifen doch endlich zu dem Punkt zurückzukehren, dem man vormals weit näher war. —

§. 68.

Fortsetzung.

Da der Endzweck der Exekutivgewalt kein anderer ist, als die Geltendmachung der Gesetze des Staates; so muß die Exekutivgewalt nothwendig in den Händen der Gesetzgebenden sich befinden. Denn der Begriff des Gesetzes erfordert es, daß es von dem Momente seiner Entstehung an *unbedingt* gelte; folglich nicht erst durch die Willkühr eines Andern (dasselbe geltend zu machen, oder nicht) *bedingt* sey. — Die gesetzgebende Gewalt enthält die Eigenschaft eines *Rechtes* in sich, welches dem Gesetzgeber zusteht. — Der Begriff eines *Rechtes* aber er-

E

theilt

theilt demjenigen, dem es zusteht, das *Zwangsrecht* gegen jeden Stöhrer. Die Begriffe eines *Rechtes* und des berechtigten *Zwanges* sind stets unzertrennlich in einer und eben derselben Person verbunden. — So wie daher die Hinwegnahme der Befugniss zum Zwange gegen die Stöhrer eines Rechtes unvermeidlich das zuständige Recht selbst aufheben würde; eben so würde die gesetzgebende Gewalt aufhören, das zu seyn, was sie dem Bedürfniss der Intelligenz gemäfs seyn soll, wenn die Exekutivgewalt nicht mehr unmittelbar mit ihr verbunden wäre. — Eben so würde die Trennung der Exekutivgewalt von der Person des Gesetzgebers aus einer übelverstandenen Vorsicht gegen den Mißbrauch derselben eben in dieser Hinsicht mit dem höchsten Vertrauen, welches die Nation schon bei der Uebertragung der gesetzgebenden Gewalt gegen die Person des Gesetzgebers eben durch den Akt seiner Wahl feierlichst erklärte, nicht nur nicht zu vereinigen seyn; sondern auch die Inhaber der Exekutivgewalt würden durch die Absicht ihres Berufes die Befugniss, ja sogar die Verbindlichkeit haben, die *Revisoren* der gesetzgebenden Gewalt zu seyn, ehe sie derselben ihre Unterstützung mittheilen dürften; sie würden somit die gesetzgebende Gewalt blofs in die Schranken des Gesetz *entwerfenden* Korpus zurücksetzen, und andern Theils die *gesetzgebende* Gewalt im eigentlichen Sinne *für sich* vindiziren. — Hieraus würde also eben so eine Collision mit der Absicht der Nation bei ihrer Wahl des gesetzgebenden Korpus unvermeidlich entstehen, die doch am Ende gerade

rade das bewirken müßte, was eben vermieden werden sollte; da beide Gewalten nun doch vereinigt wären. *

* Anmerk. Man sehe hierüber, was *Fichte* in seiner Grundlage des Naturrechtes Th. 1. S. 194 eben so schön als bündig von der genuinen Einheit der richterlichen Gewalt mit der Exekutivgewalt sagt, welches vollständig hieher bezogen werden kann. Da heisst es: „Mufs die ausübende Gewalt ohne Widerrede den Ausspruch der richterlichen ausführen; so ist die unumschränkte Gewalt in der Hand des Richters selbst, und die zwei Gewalten sind nur scheinbar in der Person getrennt, von denen aber die des Vollziehers gar keinen Willen, sondern nur durch einen fremden Willen geleitete physische Kraft hat. — Hat aber die ausübende Gewalt das Recht des Einspruches; so ist sie selbst richterliche Gewalt, und sogar in der letzten Instanz, und die beiden Gewalten sind abermal nicht getrennet.“ —

§. 69.

Fortsetzung.

Damit also die Organisation der Exekutivgewalt ihren Endzweck bestmöglichst erreiche; so müssen die Repräsentanten der Nation, denen die gesetzgebende Gewalt zukömmt, auch jene in ihren Händen haben. Sie erscheinen daher unter einer doppelten — von einander abhängenden — Eigenschaft

im Staate, d. h. sie sind nur in soferne die Exekutoren des Gesetzes, in wiefern ihnen dieses als Gesetzgeber zukömmt. Das Gesetz ist also die Bedingung, und die Norm, in wiefern durch die Exekutivgewalt dessen Ausführung Statt haben soll. —

§. 70.

b) *In Hinsicht ihres Materiale. — Endzweck der Strafen.* *

In Hinsicht der zweiten hier aufgeworfenen Frage: welches nämlich der Maasstab sey, nach welchem die Exekutivgewalt ihre Stärke der Intention nach bei vorkommenden Fällen zu Folge des gegebenen Materiale äussern dürfe? erhellet die Auflösung derselben aus dem Endzwecke der Strafen. — Der Endzweck der Strafe ist die Sicherstellung der Urrechte der Bürger. — ** Durch die Androhung der Strafe soll der Versuchung zur Widerrechtlichkeit vermittelt des in ihr enthaltenen abschreckenden Uebels gesteuert werden (§. 63.); und durch die Exekution derselben nach vollbrachtem Vergehen soll der Missethäter für die Zukunft unschädlich gemacht, und den Bürgern ein Beispiel gegeben werden: *dass es mit der Androhung in der That Ernst sey*; um auf diese Art ihren psychologischen Einfluss auf die Gemüther der Uebrigen desto mehr zu verstärken. — Die erstere Ansicht beruht auf dem Rechte zur *Vorsicht* (§. 64.), letztere aber auf dem Rechte zur *Nothwehr* (§. 64.) —

* Anmerk. Siehe §. 66.

** An-

**** Anmerk.** Hierin liegt durchaus der *höchste* Zweck der Strafe, und man kann keinen höheren, oder doch wenigstens gleich hohen Zweck derselben vorlegen, ohne sich in Widersprüche zu verwickeln. — *Die Besserung des Missethätters* z. B. kann nur als Nebenzweck betrachtet werden. Denn die Besserung des Missethätters ist mehr der Willkühr des Letzteren anheimgestellt, als in der Gewalt des Staates. — Wäre also diese der höchste Zweck des Staates; so stünde es in der Macht des Missethätters, durch ein solches Betragen, das gar keine Besserung hoffen ließe, die Strafe selbst zwecklos zu machen, und sich auf diese Art (da die Anwendung eines zwecklosen Mittels vernünftiger Weise sich nicht gedenken läßt) der Strafe selbst zu überheben. —

Einem Missethäter ein härteres Uebel auflegen, als eigentlich im Allgemeinen nöthig ist, und durch die Gesetze auf seine That gesetzt war, oder wie man dieses nach dem gemeinen Sprachgebrauche ausdrückt: *an Einem ein Beispiel statuiren wollen*, heist, diesen Unglücklichen als ein *bloßes Mittel* gebrauchen, welche Verfahrungsart selbst gegen Verbrecher unerlaubt ist; da in ihnen denn doch noch die Menschheit respektirt werden muß. — Eine solche Gewalt würde die Gränze der Nothwehre überschreiten, und eben deßwegen eine widerrechtliche Gewalt seyn. —

Lächer-

Lächerlich ist endlich eine Strafe, welche zur *Versöhnung der Gottheit* aufgelegt wird. Dafs man in der finstern Vorzeit einen solchen Zweck in die Strafen legte, beweisen die Inquisitionsgerichte durch ihr Verfahren gegen Gotteslästerer, Ketzer, Hexen, Zauberer und Sodomiten, deren grausames Schicksal eben so sehr von dem barbarischen Gefühle ihrer Richter zeugt, als es ein auffallender Beweis ist, welche dicke Finsterniß ihren Erkenntnißskreis umhüllte. — Solche traurige Ueberlieferungen müssen gewifs jeden Biedermann anspornen, zur Befestigung der Kultur und zur immer bessern Herbeischaffung des ideelen goldenen Zeitalters mit einer ihm würdigen Thatkraft das Seinige beizutragen!

§. 71.

Maasstab der Strafen.

Das erste Resultat aus diesem höchsten Zwecke der Strafe ist daher dieses, dafs der Staat unter den Strafmitteln ein *solches* und mit einer *solchen intensiven Stärke* auswählen, und als *Androhung dem Gesetze beifügen* müsse, welches nach der Natur der Sache und dem herrschenden Zeitgeiste gerade hinlänglich ist, die Befolgung des Gesetzes zu sichern.

§. 72.

Fortsetzung.

Denn die Uebertretung des Gesetzes entsteht durch den größern Anreiz, welcher aus der Hoffnung,

nung, durch jene gesetzwidrige Handlung ein irdisches Gut zu erlangen, hervorgeht. Der Uebertreter dachte sich vor seiner That die Vortheile, welche er auf diese Art erreichen würde, er versinnlicht sich jene Vortheile, und fühlt durch seine rege gewordene Phantasie schon zum voraus die Lust, welche ihm die Ausführung seines Vorhabens bereiten würde. Die Vorstellung des Gesetzes hingegen, welches ihn versichert, daß er den ruhigen Genuß jenes Gefühles der Lust durch die Dazwischenkunft der durch das Gesetz begründeten Gewalt nicht erwarten könne, erzeugt schon eine Kälte gegen jenen Vortheil in seinem Gemüthe; weil die höchste Gewissheit oder doch wenigstens die höchste Wahrscheinlichkeit für dessen Unerreichbarkeit streitet; er schwankt noch in Unentschlossenheit, und gegen diese sichert sich das Gesetz durch die Androhung jenes zuverlässig auf die gesetzwidrige Handlung folgenden *Uebels*. — Der Versuchte, welcher durch die Eitelkeit seiner Wünsche zur Unentschlossenheit gebracht wurde; ob er deren Ausführung wagen sollte, oder nicht, tritt nun, zurückgeschreckt von der Maxime, das Gesetz zu brechen, zu jener über, dasselbe, wenigstens *nothgedrungen*, zu halten. —

§. 73.

Beweis der Gültigkeit jenes Maasstabes der Strafen.

Obiges Prinzip ist die allgemeine Norm, auf welcher sich der Maasstab der in jedem Falle rechtlichen

lichen

lichen Grösse der Strafe gründet, und welche durchaus nicht in einem Strafgesetze vermist werden darf. Denn zu Folge der Absicht des Gesetzes darf nur in soferne Strafe eintreten, in wiefern dieselbe zu der Geltendmachung des Gesetzes, oder, welches dasselbe ist, in wiefern sie zur Sicherstellung des Rechtsstandes im Staate unumgänglich nöthig ist (§. 70). Und in Gemäfsheit des Rechtes der Nothwehre (worin, wie ich schon gezeigt habe, einzig der letzte Grund des Strafrechtes liegt) ist kein anderes Prinzip, worauf sich der Maasstab für die Strafgewalt stützen könne, möglich, als das obige, *dafs nur die möglich kleinsten Uebel, welche nach der Natur der Sache und nach dem Zeitgeiste zur Geltendmachung eines jeden besondern Gesetzes zureichen, angedroht und gegen die Uebertreter wirklich verhängt werden dürfen.* —

§. 74.

Fortsetzung.

Die weitere Rechtfertigung dieses Prinzips, als des höchsten Bestimmungsgrundes der Strafgewalt, erhellet, nebst der eben gezeigten Zweckmäfsigkeit, noch daraus: dafs jedes Gesetz, welches ein gröfseres Leid dem Versuchten androhen würde, als den bestehenden Umständen nach nöthig ist, denselben von der wirklichen Uebertretung abzuhalten, in so weit es diese Gränze überschreitet, nicht nur die wahre Absicht der Strafe hinter sich zurückkläfst, sondern auch für sich nicht mehr das *moderamen in-*
cul-

culpatae tutelae anführen könnte, und somit selbst mit der Eigenschaft der *ungerechten* Gewalt gebrandmarkt wäre. — Denn nach Rechtsprinzipien ist das *Recht der Nothwehr allein* der Grund einer *rechtlichen Gewalt*. — *

* Anmerk. Würde es eine andere Gewalt geben, welche zwar von der Nothwehr verschieden, allein denn doch rechtlich wäre; so müßte diese andere Gewalt nicht das Suppositum der Nothwehr: *einen widerrechtlichen Angriff eines Andern von sich und seinem Wirkungskreise abzuwehren*; zur Bedingniß ihrer Rechtlichkeit und zur wirklichen Veranlassung haben, denn sonst wäre sie mit der Nothwehr einerlei. Jene Gewalt könnte sofort keine andere, als eine willkührliche seyn, und würde daher schlechthin als eine widerrechtliche Gewalt betrachtet werden müssen. Da ausser dem Suppositum der Nothwehr und einem bloß willkührlichen Eingriff in den Rechtsstand Anderer, der Eigenschaft des Rechtes gemäß, kein weiterer Indifferenzpunkt obwaltet. —

§. 75.

Fortsetzung.

Ferner kann diesem aufgestellten Grundsatz keinesweges der Vorwurf gemacht werden, als sey derselbe zu unbestimmt, und öffne somit der Willkühr des Gesetzgebers Thür und Angel. — Denn der herrschende Zeitgeist ist *faktisch*; derselbe kann
zwar

zwar nicht mathematisch ausgemessen und berechnet werden; allein er dringt sich deutlich genug schon dem gesunden Menschenverstande auf; und denkenden Männern wird der Unterschied zwischen dem Zeitgeiste nicht unbekannt seyn, welcher zwischen der Epoche, wo Kaiser *Karls* peinliches Gesetzbuch seine Existenz erhielt, und zwischen dem heutigen Zeitalter Statt findet. — Der herrschende Grad von Ehrgefühl der Bürger, der Zustand der allgemeinen Bildung, Vorurtheile, Gewohnheiten und endlich das Klima, in wiefern dieses auf die Denk- und Handlungsweise Einfluss hat, sind die Gegenstände, welche hier in Erwägung gezogen werden müssen. —

§. 76.

Fortsetzung.

Derjenige, welcher mit forschendem Auge stets das Menschengeschlecht im Allgemeinen sowohl, als einzelne Völker beobachtete, wird sich gewiss keinen Augenblick bedenken, diese meine Meinung zu unterschreiben. Die Intelligenz hat aus diesem Grunde auch dieses Feld der Staatswissenschaft *in concreto* unbestimmt gelassen, und nur allein das eben gedachte Gesetz als *allgemeine Norm jeder Gesetzgebung* festgesetzt. —

§. 77.

Nähere Beleuchtung des obigen Maasstabes.

Der aufgestellte Grundsatz für die Beurtheilung der Grösse der Strafe enthät mehrere Modifikationen
unter

unter sich, durch deren Berücksichtigung die Lehre von derselben auf der haltbarsten Grundfeste aufgeführt, und in das hellste Licht gesetzt werden kann. Denn da nach dem gegebenen Grundsatz, eine solche Strafe zuerkannt werden muß, welche eben zureicht, der gesetzwidrigen Handlungsweise vorzubeugen; so folgt, daß in solchen Fällen, wo den heiligsten Rechten der Menschheit und der Gesellschaft Gefahr droht, eine weit grössere Strafe nöthig sey, als bei Vergehen, die nur geringere Unordnungen veranlassen, und bloß weniger wichtige Verbindlichkeiten verletzen. — Den Grund hievon, der die Nothwendigkeit dieser Verfügung ausser allem Zweifel setzt, findet man eben auf demjenigen Wege, auf welchem das Strafübel seine Wirkungen als ein erspriessliches Gegengift gegen die zu besorgende Uebelthat aussern soll, nämlich auf dem Wege der *Psychologie*.

§. 78.

Fortsetzung.

Diese lehrt uns, daß ein ungleich grösserer Grad vom schädlichen Leichtsinne und von Unbedachtsamkeit oder von Bosheit erforderlich sey, um Widerrechtlichkeiten der ersteren Art (§. 77.), als nöthig seyn würde, um Widerrechtlichkeiten von der zweiten Art zu begehen. — Die Natur legte, um desto lauter und um mit desto grösserem Nachdrucke die Unverletzlichkeit der Urrechte einem jeden anzukündigen, einen mächtigen Schauer in das

das menschliche Herz, der geweckt durch den Trieb der Sympathie (vermöge welcher man die Lage des Mißgehandelten sich recht versinnlicht, und sich an seine Stelle denkt) mit schrecklicher Stärke denjenigen ergreift, bei dem nur der Gedanke erwacht, daß er, mit gänzlicher Hintansetzung der Personalität eines Andern, diesen als *eine bloße Sache* behandeln wolle. —

§. 79.

Fortsetzung.

Die Ursprünglichkeit dieses Schaudervollen Gefühles wird erstens durch die habituelle Beschaffenheit des Menschen bewiesen, vermöge welcher das Selbstgefühl jedes Leid (durch die Deutlichkeit der Vorstellung davon, und durch das Bewustseyn seiner gleichmäßigen Unverletzlichkeit) erhöht, und auf diese Art die Phantasie zur größeren Thätigkeit weckt, welche die Abscheulichkeit einer solchen Unthat versinnlicht, und mit Erbeben dem gleichfalls unveräusserlichen Gefühle der Sympathie vorhält. — Zweitens beweist dieses mannigfaltig die Erfahrung, indem wir bei den rohesten Völkern (wo nicht schon durch grausame Erziehung und Lebensart das Theilnehmende Gefühl abgestumpft, und durch allerlei Vorurtheile übertäuscht ist), einen mächtigen Abscheu gegen eine solche Handlung wahrnehmen. — Wir entdecken dieses sogar aus den Criminalakten der größten Verbrecher, die, wenn sie auch wegen der Milde der Regierung kein Todes-

Todesurtheil zu fürchten haben, doch mehr als vor dem Tode selbst erschüttert werden, wenn ihnen solche Fragen zur Beantwortung vorgelegt werden, welche den nächsten Bezug auf ihre schreckliche That haben. Und endlich wird die Ursprünglichkeit dieses Schauders durch den gemeinen Menschensinn (*sensorium commune*) hinlänglich beleget.

§. 80.

Fortsetzung.

Aber, so mächtig diese ursprüngliche, schützende Kraft von Anbeginn und mit der Geburt in den Menschen gelegt ist, eine so fürchterliche Stärke und ein so großes Uebergewicht muß der Hang zur Widerrechtlichkeit und der Zustand der Fahrlässigkeit erreicht haben, um jenes Urgefühl des Menschen zu besiegen, und dem Entschlusse für eine solche Handlung den Ausschlag geben, welche auf die unmittelbare Zerstörung eines Urrechtes hingehet. — Einem Menschen, der die Menschlichkeit so tief in sich sinken liefs, können unmöglich die übrigen Rechte heilig seyn, zu deren Verletzung an sich weniger Ueberwindung der natürlich guten Anlage im Menschen erfordert wird; da er die heiligsten Rechte mit Füßen tritt, und kalt das Röcheln der gemordeten Unschuld anzuhören vermag! —

§. 81.

Fortsetzung.

Dabei ist gleichfalls der Satz ausser Zweifel, daß eine Missethat die Geneigtheit zum Bösen nicht
nur

nur bei ihr gleichartigen Handlungen, sondern in jeder Hinsicht bestärke. * Daher wird man sich nicht lange bedenken, der Behauptung beizupflichten: daß derjenige, der im Stande ist, die Menschheit bei ihren *Urrechten* anzugreifen, auch in dem nämlichen Grade aufgelegt sey, alle *Derivativrechte* derselben zu verletzen. —

* Anmerk. Man sehe meine Philosophie des Lebens Seite 102. — „Jede lasterhafte Willensbestimmung wirkt auf den Menschen nach *allen seinen Seiten*; indem sie die bestimmende Kraft der Sittlichkeit schwächt und die Macht der Sinnlichkeit durch eine bereitwillige Hingebung stärket.“ —

§. 82.

Fortsetzung.

In solchem Falle ist somit die Gefahr, in welcher der Staat schwebt, ausgemacht am größten; da die *feindseligste* Gemüthsverfassung eines solchen Menschen *Alles* befürchten läßt. — Aus diesem Grunde sind Strafen von der *schwersten* Art erforderlich, um einer solchen verworfenen Seele, welche man nothwendig zur Vollführung eines so großen Vergehens zum Voraus setzen muß, gehörig das Gegengewicht zu halten, und der großen Gefahr, in welcher der Staat sich hiebei befindet, vor der Hand Abbruch zu thun.

§. 83.

Folgerung.

Hieraus ist daher ersichtlich, daß bei genauer Erwägung des Unterschiedes unter den Rechtsverletzungen *die Gröfse der Gefahr, * in welchem der Staat durch dieselben versetzt wird, die Gröfse der Strafe bestimmen müsse, welche nach der Natur der Sache und dem Zeitgeiste hinlänglich ist, jene Rechtsverletzungen zu verhüten. — ***

* Anmerk. Die Gröfse der Gefahr, in welcher der Staat durch widerrechtliche Handlungen versetzt wird, beruht, erstens, vorzüglich auf der Schwere der Missethat, wie ich eben gezeigt habe. Zweitens, auf dem Grad der dabei Statt findenden Geistesthätigkeit. Drittens, auf der leichteren oder schwereren Entdeckung derselben, und endlich, viertens, auf der öfteren Wiederholung einer Missethat. — Man lese über diese Punkte das vortreffliche Werk: *Systematische Entwicklung der Grundbegriffe und Grundwahrheiten des peinlichen Rechtes*, des rühmlich bekannten Gelehrten *Gallus Aloys Kleinschrod. II. Theil. §. 17. u. folg.*

** Anmerk. Es ist irrig, wenn man glaubt, durch die ebenmäßige Aufstellung dieses Prinzips würden zwei verschiedene Grundsätze über den Maasstab der Strafen angenommen; da erst kürzlich (§. 73.) ein anderes Prinzip für diese Materie festgesetzt worden ist. — Wenn man
die

die Tendenz des erstern Grundsatzes erwäget, so wird man finden, daß derselbe höher liegt als dieser letztere. Jener bestimmt zu Folge des Zeitgeistes die *rechtlich statthaften Extreme* der Strafgewalt; dieser aber die jenen in der Mitte liegenden Strafübel. —

§. 34.

Vom Wiedervergeltungsrechte.

Will man die Maxime des *Wiedervergeltungsrechtes* oder des *strengen Gleichgewichtes* zwischen dem *Strafübel* und dem *Verbrechen* * als Maasstab der Strafe aufstellen; so setzt man sich unfehlbar der Nothwendigkeit aus, die mannichfaltigsten Ausnahmen zu gestatten, welche jener Hypothese den Charakter der Allgemeinheit rauben, und hiemit zu Genüge ihre Ungleichartigkeit mit der *Apriorität* beweisen, welches Merkmal doch in dieser Materie, wo es nicht auf das, was *gilt*, sondern einzig auf das *ankömmt*, was *gültig ist*, durchaus nicht vermisst werden darf. — Will man jener Hypothese getreu, durch und durch dieselbe geltend machen; so begeht man die schrecklichsten Inkonsequenzen, welche die Intelligenz als die Wirkungen einer grausamen — ja einer teuflischen Seele verdammt! — *

* Anmerk. Das strenge Gleichgewicht des Strafübels mit dem Verbrechen in *objektivem* Anbetrachte, d. i. in wieferne man unter dem Verbrechen *blofs* die Beschaffenheit des *Resultates* (abgesehen von der besondern Eigenschaft der

vor-

vorhergegangenen Ursache erwäget) begründet genau das nämliche System, welches aus dem Wiedervergeltungsrechte hervorgehet, wie man leicht einsehen kann. — Diese Hypothese des so geeigneten Gleichgewichtes der Strafe mit dem Verbrechen unterliegt somit auch genau denjenigen Mängeln, welche dem Wiedervergeltungsrechte mit Grund vorgeworfen werden können, und nun sogleich ihre kürzliche Erörterung finden sollen. — Wird aber das fragliche Verbrechen nach seiner *subjektiven* Beziehung, d. i. im Anbetrachte des dabei schlechthin vorauszusetzenden (§. 80.) Gemüthszustandes des Handelnden betrachtet; so ist das Gleichgewicht des Strafübels mit dem Verbrechen gerade dasjenige — nur nicht so deutlich ausgedrückte — Prinzip, welches bereits (§. 83.) aufgestellt worden ist. —

**** Anmerk.** Dieser Fall tritt nach seiner vollen Abscheulichkeit ein, wenn man zu Folge des *Mosaischen* Wiedervergeltungsrechtes die Maximen: *Aug um Aug, Glied um Glied* u. s. w. in den Strafkodex aufnehmen will. Allein ein so geeignetes Strafrecht war nur bei den rachsüchtigen Juden nothwendig, wo ihr Gesetzgeber gleichwohl eine solche Barbarei gestatten mußte, um sie nur von der noch weit grausameren Selbststrache abzuhalten. Zu unserem Zeitalter behauptet das moralische Gefühl mit hinlänglichem Nachdrucke seinen Einfluß auf das Strafsystem des Staates, und ist selbst schon bei den

niederen und weniger gebildeten Ständen der treue Vorbote der sich entwickelnden deutlichen Erkenntniss der absoluten Unzulässigkeit einer solchen Barbarei! —

§. 85.

Fortsetzung.

Allein nebstdem, daß das Wiedervergeltungsrecht in mehreren Fällen durchaus unanwendbar ist, wie z. B. bei der Sodomie, Ehebruch, Blutschande, Rebellion u. dgl. m. der Fall eintritt; so würde dasselbe unter manchen Umständen und zu manchen Zeiten nicht zureichen, diejenige Absicht zu erreichen, welche es durchzusetzen bestimmt ist. Denn, wie läßt es sich gewärtigen, daß ein Staat der allgemeinen Sicherheit des Eigenthums entgegen sehen kann, dessen Gesetz dem Diebe oder Räuber nicht nur die gestohlene Summe, sondern auch noch obendrein eine gleiche Quantität Geldes abzunehmen befehlen würde; da ganze Heere von Räubern (wie in *Persien* und mehreren anderen barbarischen Landstrichen noch wirklich der Fall ist) den Staat beunruhigen? — Drückende Armuth ist in der Regel der erste Grund und die Veranlassung dieser Vergehen. Wie läßt sich daher erwarten, daß in solchen Fällen dem Diebe und Räuber, nebst dem Geraubten, noch eine gleiche Quantität am Werthe aus seinem Eigenthume als Strafe abgenommen werden könnte, und (worauf ich hier vorzüglich zu merken wünsche) ist der Staat, wenn der vorige Fall

Fall

Fall auch stets nicht einträfe, durch diese Strafe des Diebstahls und des Raubes gegen solche Räuberrotten gesichert, werden diese nicht vielmehr es wagen, die ihnen abgenommene Strafe (welche sie noch dürftiger — folglich zu ihrem rechtswidrigen Hange noch geneigter machet) — durch wiederholte Verbrechen wieder zu erhalten, und sich zehnfach zu entschädigen? Dieses Wagestück würde ihnen um so leichter fallen; da sie, trotzend auf ihre Anzahl und Ueberlegenheit, ihres Sieges über die Angegriffenen gewiß seyn könnten, und im *möglichen*, aber doch *nicht zuverlässigen* Entdeckungsfalle keine weitere Strafe zu befürchten hätten, welche sie sich durch ihr abscheuliches Handwerk, als eine unversiegbare Quelle, nicht wieder ersetzen könnten! —

§. 86.

Fortsetzung.

Erwägt man letztlich die zahllosen Fälle, in denen ein so geeignetes Strafsystem der *Staatsklugheit*, und somit auch dem eigentlichen Staatszwecke geradezu und unvermeidlich vor den Kopf stößt; so wird man zu Genüge dessen Unbrauchbarkeit einsehen, und auf einem festeren, allgemeineren und gleichwohl weit bestimmteren Boden Auskunft suchen.

§. 87.

Criterion der Zweckmäßigkeit der Strafen.

Verbrechen sind Krankheiten des Staats. Der Gesetzgeber muß daher, um dieselbe zu heben,

solche Strafen seinen Gesetzen beifügen, *welche jederzeit das Antitheton mehr von der eigentlichen Ursache und von der Veranlassung des zu bestrafenden Verbrechens, als von dem Verbrechen selbst sind.* * — Dieß ist das zweite Prinzip, welches der gesetzgebenden Gewalt zur Vorschrift dienet, das sie bei den Aeusserungen der Exekutivgewalt berücksichtigen muß. — Das Gegentheil von dem Verbrechen verfügen, würde in den meisten Fällen nichts anders heißen, als die Veranlassung, die Neigung und den Entschluß zum Verbrechen bei dem Gerügten verstärken. ! ** —

* Anmerk. So ist bei dem Diebe der eigentliche Entstehungsgrund seiner gesetzwidrigen Handlung der Hang zum gemächlichen und müßigen Leben. — Er sucht durch den Diebstahl sich zu bereichern, um sorgenlos, und ohne anhaltende Anstrengung ein genussreicheres Leben zu haben. — Wäre es wohl nicht das Zweckmäßigste, wenn dieser Neigung durch die Androhung schwerer Arbeiten, bei dürftigem Unterhalte, vorgebeugt würde? — Wenn ein reicher Geitzhals stiehlt, bei dem der Geitz die herrschende Neigung seyn würde, da wäre freilich der doppelte Ersatz das beste Gegenmittel, die zügellosen Wirkungen seines Geitzes zu unterdrücken. — Damit es aber in diesem und in jedem Falle, wo Geldstrafen mit Erfolg angewandt werden können, nicht das Ansehen habe, als hätte die höchste Gewalt, oder der Richter ein Interesse bei der angesetzten

ten

ten Strafe; so wäre es besonders räthlich, wenn die gefallenen Geldstrafen ganz zu dem Fond von milden Stiftungen verwendet würde, von denen noch in der Lehre von der Polizei die Rede seyn wird.

**** Anmerk.** Hieraus ist daher ersichtlich, daß das Prinzip des Wiedervergeltungsrechtes (und gleich diesem das Prinzip des strengen Gleichgewichts des Strafübels mit dem Verbrechen im *objectiven* Anbetrachte (§. 84.) —) der Regel nach eben so der rechtlichen Klugheit widerspricht, als dasselbe in den meisten Fällen mit dem strengsten Rechte, mit der Ethik und mit der Staatsklugheit durchaus nicht in Einklang gebracht werden kann.

§. 88.

Fortsetzung.

Aus diesen Gründen ist es sehr zuträglich, bei solchen Gesetzen, deren Uebertretung in der Regel ausschließlich nicht aus *einer einzigen* Neigung entspringt, (in welchem Falle durch *ein zweckmäßiges* Gegenmittel schon zu Genüge vorgesorgt wäre); sondern vielmehr *mehrere* Gemüthszustände zur Quelle haben kann, unmittelbar im Gesetze *mehrere* (jedoch *unter sich gleiche*) Strafen beizufügen, aus welchen stets die *passendste* für den jedesmal gegenwärtigen Fall ausgehoben werden könnte. — *

* An-

* Anmerk. Bei einer solchen Eigenschaft der Gesetze ist schon dadurch der Willkühr des Richters gesteuert, daß die coordinirten Strafen *einander bestmöglichst gleich sind*; und dieses kann noch mehr dadurch geschehen, wenn demselben eben durch das Gesetz aufgegeben wird, sein vorzügliches Augenmerk auf den gedachten *Entstehungsgrund* der gesetzwidrigen Handlung zu richten, denselben so wahrscheinlich und gewiß als möglich zu machen, und darnach eine von den gesetzlichen Strafen zu wählen. —

§. 39.

Gewifsheit der Strafe.

Die *Gewifsheit* der Strafe, welche das Gesetz der Uebertretung desselben vorschreibt, ist der letzte Punkt, welcher durch ein zweckmäßiges Strafsystem wirklich gemacht werden soll. Die Hoffnung unentdeckt zu bleiben, ist die mächtigste Ursache, daß sich widerrechtliche Menschen über das zu besorgende Uebel hinwegsetzen. Wenn aber der Versuchte zuverlässig überzeugt ist, daß der Staat *alles nur Mögliche* unternimmt, um sein Vergehen zu entdecken und seiner Person habhaft zu werden; wenn derselbe *durchaus nicht* erwarten kann, daß ihm je Vergebung seiner Uebelthat, als nur *nach ausgestandener Strafe*, zu Theil werden wird, dann ist nicht mehr zu befürchten, daß der durch die Uebelthat zu erreichende Vortheil den Einfluss der Vorstellung einer unausbleiblich leidvollen Zukunft bei

bei gänzlich fehlgeschlagener Hoffnung des Vortheils besiegen werde. — Zur Verhütung von Handlungen, die aus bloßer Rachsucht geschehen, dienet die Vorstellung der Gewissheit der darauf folgenden Strafe eben so gut; indem der Rachsüchtige dann voraussetzen muß, daß seine Leidenschaft am Ende seinen eigenen Nacken unvermeidlich und zwar auf eine solche Art treffen werde, welche zu Folge des für die Zweckmäßigkeit der Strafen gegebenen Regulatives (§. 87.) seine empfindlichste Seite angreift, und ihn somit vor der Hand überzeuget, daß gerade der von ihm Beleidigte nachher unausbleiblich gewiß die Stelle des Gerächten durch die Dazwischenkunft des Staates mit einem weit größern Nachdrucke, als je seiner eigenen Rachsucht möglich seyn wird, einnehmen werde.

I. Hauptstück.

IV. Abschnitt.

Von der richterlichen Gewalt im Staate.

§. 90.

Nothwendigkeit der richterlichen Gewalt und ihre Bestimmung.

Die Exekutivgewalt ist aber, für sich allein betrachtet, ganz unthätig, und kann keinesweges diejenigen Wirkungen zur Erreichung des Staatszweckes hervorbringen, welche man von ihr erwartet, obgleich sie stets die Ausführung des Gesetzes vor Augen hat. Denn das Gesetz ist eine allgemeine Norm, und zu beurtheilen: daß diese allgemeine Norm in einem oder dem andern individuellen Falle erfüllt, oder nicht erfüllt sey, liegt ausserhalb der Sphäre der Exekutivgewalt. — Da es doch erforderlich ist, daß diese Unbestimmtheit gehoben, und dadurch der Exekutivgewalt angewiesen werde, *in welchem einzelnen Falle und in wie weit* das Gesetz nicht befolgt worden sey, um ihre Schrecknisse nicht an einem Schuldlosen zu missbrauchen, und den Schuldigen nur, in soweit derselbe das Gesetz hintansetzte, die gesetzliche Strafe fühlen zu lassen; so ist eine dritte Gewalt zur Authorisirung der Gesetze und zur Erreichung des Staatszweckes nöthig, deren

Beruf

Beruf darin liegt: die vorrätigen Gesetze genau und pünktlich auf vorkommende Fälle anzuwenden, um daraus das Resultat für die Wirkungen der Exekutivgewalt zu ziehen. — Diese Gewalt wird die *richterliche Gewalt* genannt. *

* *Anmerk.* Die Gesetzgebende, die Richterliche und die Exekutivgewalt stehen daher in einem solchen Verhältnisse zu einander, welches in der Logik durch die Gesetze des Schliessens Statt findet. — Die Erstere vertritt stets den *Obersatz* (*major*) die zweite nimmt beständig die Stelle des *Untersatzes* (*minor*) ein, und die dritte Gewalt macht den *Schlufssatz* (*conclusio*) aus. —

§. 91.

Organisation derselben.

Soll die *richterliche Gewalt* ihren grossen Beruf auf die vollkommenste Weise erfüllen; so ist vor Allem auf ihre *rechtliche* und *zweckdienliche* Einrichtung Rücksicht zu nehmen. — Die *Rechtlichkeit* der Einrichtung der richterlichen Gewalt ertheilt derselben die *moralische Befugnis*, den oben angegebenen Beruf auszuüben, und die *Zweckdienlichkeit* derselben ist das Resultat der Staatsklugheit, welche es der richterlichen Gewalt nothwendig macht, ihre Verbindlichkeiten durch unermüdeten Diensteifer sowohl, als durch unwandelbare Einhaltung ihrer Schranken, wie es derselben obliegt, zu erfüllen.

§. 92.

Rechtlichkeit dieser Organisation.

In Hinsicht der *Rechtlichkeit* der Einrichtung der richterlichen Gewalt, ist vor Allem die Frage zu lösen: Welches ist die *rechtliche Entstehungsart* derselben? —

§. 93.

Fortsetzung.

Alle Gewalten, welche der Staat zur Erreichung des Staatszweckes ausübt, haben den allgemeinen Willen der Bürger zur Quelle. Denn ohne diesen ist die Unverletzlichkeit der Autonomie derselben mit der Existenz je einer Gewalt unvereinbar. Die *richterliche* Gewalt muß somit gleichfalls aus demselben hervorgehen, wenn sie *rechtlich* seyn soll. — Dafs dieses aber wirklich der Fall sey, setzt der Bürgervertrag ausser Zweifel, vermöge welchem die Bürger eine gesetzgebende und Exekutivgewalt als nothwendig zur Erreichung des Staatszweckes erachtet, und dieselben in dieser Absicht in der That organisirt haben. Da es sich vernünftiger Weise nicht vereinigen läßt, dafs die Bürger die Wirksamkeit jener beiden Gewalten zu gleicher Zeit gewollt, und doch nicht gewollt hätten, welches offenbar der Fall seyn würde, wie ich schon gezeigt habe, indem die *richterliche* Gewalt die unumgängliche Bedingniß ist, ohne welche die Exekutivgewalt weder den Gegenstand, noch das individuelle Verhältniß ihrer rechtlichen Wirksamkeit kennen (§. 90.), wodurch

durch somit auch die gesetzgebende Gewalt allen ihren beabsichtigten Einfluß auf die Handlungsweise der Bürger verliert, und einem zwar glänzenden, aber unnützlichen Metalle gleicht, dessen zweckdienlicher Gebrauch nie realisirt werden könnte. —

§. 94.

Fortsetzung.

Diesem zu Folge kann hierüber keine weitere Frage mehr obwalten, welches nämlich die erste Quelle der richterlichen Gewalt sey, und ob sie auch wirklich durch den Staatsverein aus derselben geflossen sey? — Es kömmt nun vielmehr nur noch darauf an, gehörig auszuweisen, mit welchen *Personen* dieselbe ursprünglich durch den Willen der Bürger verbunden sey? —

§. 95.

Fortsetzung.

Um der Einförmigkeit des Systems willen muß man durchaus annehmen, daß die richterliche Gewalt so eingerichtet werden muß, daß durch sie der schon realisirte Zweck aller Bürger — die gesetzgebende und Exekutivgewalt auf die vollkommenste Weise seine Wirksamkeit erhalten möchte. Denn die Intelligenz fordert bei dem Staatsvereine die höchste Uebereinstimmung aller seiner einzelnen Theile zu der Absicht, welche sie durch denselben wirklich gemacht wissen will, und die dem Willen
aller

aller Bürger bei der Errichtung des Staates unlängbar zu Grunde liegt.

§. 96.

Nothwendige Vereinigung der richterlichen Gewalt mit der gesetzgebenden.

Hieraus ist daher ersichtlich, daß die *richterliche* Gewalt mit der *gesetzgebenden* ursprünglich vereinigt seyn müsse; weil es nicht gedacht werden kann: daß die gesetzgebende Gewalt *unbedingt* ihren Einfluß in dem Staate äussern, aber doch von der Willkühr und dem Gutdünken eines von ihr verschiedenen Staatsgliedes abhängen solle, ob die durch die gesetzgebende Gewalt entworfenen Gesetze der Subsumtion der richterlichen Gewalt würdig seyen, und folglich durch Zwangsmittel in Erfüllung gebracht zu werden verdienen? —

§. 97.

Fortsetzung.

Die gesetzgebende Gewalt vereinigt daher mit der Exekutivgewalt auch nothwendig die richterliche in sich, und ist, ohne sich zu widersprechen, und den Zweck des Staates, somit auch jenen der Intelligenz aus dem Auge zu setzen, von ihr unzertrennbar. — Eben daher muß dieses auch der Wille aller Bürger seyn, da sie mit der Bestimmung jener ihre ungehinderte Wirksamkeit beabsichtigten.

§. 98.

§. 98.

Fortsetzung.

Diejenigen Personen aber, welche die richterliche Gewalt mit der gesetzgebenden in sich verbinden, erscheinen bei dieser Funktion nicht unter der Eigenschaft der *Gesetzgeber*, sondern vielmehr nur als *Richter*. — Ihre gefällten Urtheile haben daher nicht *für sich schon* gesetzliches Ansehen; sondern nur, in wiefern sie als richtige Schlüsse aus der Subsumtion des beurtheilten Falles unter das einschlagende Gesetz betrachtet werden müssen. Denn hierin besteht das Wesen der richterlichen Gewalt (§. 90.).

§. 99.

Fortsetzung.

Da der Zweck der richterlichen Gewalt darin besteht, zu beurtheilen: ob eine Handlung den Gesetzen gemäß, oder ihnen zuwider sey (§. 90.); so muß das fragliche Gesetz, welches derselben als Obersatz dienen soll, schon *vor* der Handlung sein Daseyn gehabt haben. — Ein Urtheil also, welches sich auf ein Gesetz gründet, das erst nach der fraglichen Handlung gegeben wurde, oder gar durch dieselbe veranlaßt wurde, ist dem Endzwecke der richterlichen Gewalt entgegen, und muß als ein rechtswidriger Machtspruch in das Reich des Despotismus verwiesen werden. *

* Anmerk. Die Furcht, daß bei der so geeigneten Organisation der richterlichen Gewalt jedes
Ur-

Urtheil derselben für sich schon ein Gesetz werden, und sich folglich die richterliche Gewalt ganz in die gesetzgebende Gewalt verlihren müsse, ist aus dem bereits Gesagten eben so sehr widerlegt, als die Zirkelbewegung bei der Trennung dieser Gewalten am Ende unvermeidlich ist! — —

§. 100.

Gleichmässige Verbindung der Exekutivgewalt mit der richterlichen Gewalt.

Da den rechtmässigen Urtheilen der richterlichen Gewalt eine gleiche rechtliche Nothwendigkeit ihrer Vollstreckung zukömmt, als den Gesetzen selbst eigen ist; so muß aus dem nämlichen Grunde die Exekutivgewalt mit der richterlichen verbunden seyn, aus welchen wir oben die Verbindung derselben mit der gesetzgebenden Gewalt gerechtfertiget haben. *

* Anmerk. Aus den nämlichen Prämissen, aus welchen oben bei der Gesetzgebung (§. 52. Anmerk.) die Beisetzung der Gründe erfordert wurde, müssen daher die Entscheidungsgründe auch den *richterlichen* Urtheilen beigefüget werden. Zu Folge des Rechtes der Autonomie eines jeden Bürgers wird diese Beisetzung die absolute Erforderniß des strengen Rechtes, und in Ansehung der Voraussetzung, daß hiedurch der Partheilichkeit der Richter mit gröfserem Nachdrucke gesteuert (indem sich dieselbe auf diese Art

Art bei der ersten Ansicht entlarvet), wie nicht minder, daß der höheren Instanz die Revision äusserst erleichtert und beschleuniget wird, muß die gedachte Eigenschaft der richterlichen Urtheile als das Resultat der rechtlichen Klugheit betrachtet werden. —

* * *

I. Hauptstück.

V. Abschnitt.

Von dem Verhältnisse der drei Gewalten
im Staate zu einander.

§. 101.

Organische Einheit der drei Gewalten im Staate.

Diese drei Gewalten, die gesetzgebende, die richterliche und die Exekutivgewalt machen somit ein organisches Ganze aus; da sie sich wechselseitig unterstützen und somit ihre eigene Erhaltung bewirken. — Die gesetzgebende Gewalt stellt die zur Erreichung des Staatszweckes nöthigen Mittel als allgemein zu befolgende Normen auf, welche entweder in einem Verbote, — eine gewisse Handlung, die dem Staatszwecke mittelbar oder unmittelbar widerspricht, zu unterlassen; — oder in einem Gebote besteht, das dahin abzweckt, eine dem Zwecke des Staates auf je eine vorzügliche Weise zuträglich-

liche

liche Handlung zu setzen. — Die richterliche Gewalt benützt diese Normen bei einzelnen Fällen, indem sie letztere nach logischen Prinzipien unter obige Normen subsumirt, um das Verhältniß auszumitteln, welches entweder das Verhältniß der Gleichartigkeit zwischen Beiden, oder jenes der Ungleichartigkeit ist. Bei dem ersteren bleibt die Exekutivgewalt ihrer Bestimmung gemäß ganz unthätig, bei dem letzteren aber bestimmt der Grad der Ungleichartigkeit der gesetzten Handlung mit dem Gesetze den Grad der intensiven Wirksamkeit der Exekutivgewalt. — *

* Anmerk. Da man unter den *Majestätsrechten* und unter der *Landeshoheit* nichts anders versteht, als den ganzen Umfang derjenigen Rechte, deren Ausübung zu der *Realisirung des allgemeinen Staatszweckes von Seite des ganzen Staates* erforderlich ist; so folget, daß diese drei höchsten Staatsgewalten jene Majestäts- und Landeshoheitsrechte gänzlich in sich schließen. Denn sie sind für sich schon zureichend, um diese Bestimmung vollkommen auszufüllen. — Die Aufzählung aller Regalien und die Eintheilung derselben in höhere und niedere, um auf diesem Wege eine Erörterung von der Landeshoheit zu entwerfen, ist nicht nur äußerst weitschweifig, sondern auch in der Regel unvollständig und noch besonders deswegen unnütz, da dieselben nicht nur sämmtlich aus der gesetzgebenden Gewalt hervorgehen (welche mit Berücksichtigung des Staatszweckes das Ver-

Verhältniß des Staates, als solchen und der einzelnen Bürger unter einander bestimmt); sondern auch nicht zu allen Zeiten eins und daselbe bleiben. Der Staat kann gewisse Rechte für sich ausschliessend vindiziren, wenn es der Staatszweck erfordert, wie dieses zum Beispiele mit der Jagd- und Fischereigerechtigkeit, mit dem Bergbaue u. dgl. m. der Fall ist; oder er kann dieselben seinen einzelnen Bürgern überlassen, wenn ihn gleichmäfsige Gründe hiezu bewegen. In dem ersten Falle werden besondere Regalien durch die *gesetzliche* Vindikation jener Rechte erzeugt. In dem letztern Falle aber überläßt der Staat entweder *allen* seinen Bürgern ihre unbeschränkte Freiheit, oder ertheilet sie derselbe nur Ausnahmsweise einigen Wenigen. In der erstern Hinsicht kann wohl von einer besondern Erwerbart, z. B. *primo occupanti*, keinesweges aber von einem Regale die Rede seyn. In der zweiten Hinsicht findet auf Seite der Besitzer allerdings ein *Privilegium*, schlechterdings aber kein Regale Statt, als welches, seinem Begriffe gemäß, nur der Landeshoheit ausschliesslich eigen seyn kann. —

Unter den Majestätsrechten unterscheide man jedoch die schlechthin *nothwendigen* von den eigentlich *zufälligen*. Zu den Erstern gehören alle diejenigen, welche *a priori* und somit *schlechthin nothwendig* mit der Wesenheit der drei Staatsgewalten verbunden sind. Zu den Letztern aber sind alle diejenigen zu rechnen,

wel-



welche den empirischen Umständen gemäß für den Staat als solchen ausschliesslich vindiziret werden müssen, weil dieses zu der Wirklichmachung des Staatszweckes erforderlich ist.

§. 102.

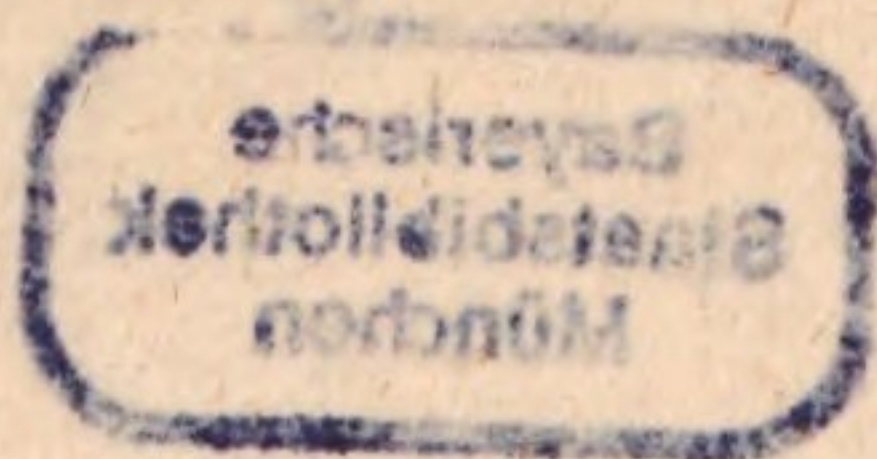
Oberrichterliche und unterrichterliche Gewalt.

Der Gesetzgeber übt nun die richterliche Gewalt entweder *in eigener Person* und *unmittelbar* aus, oder thut er dieses *mittelbar*, nämlich *durch andere Personen*. — Im zweiten Falle erscheint der Gesetzgeber unter dem Charakter des *obersten Richters*, seine Abgeordneten aber, denen er die Justizpflege in seinem Namen übertrug, werden die *Unterrichter* genennet.

§. 103.

Fortsetzung.

Ob der Gesetzgeber als oberster Richter das Recht habe, andere Personen mit der ihm anvertrauten richterlichen Gewalt zu belehnen, oder nicht, erhält seine Entscheidung erstens aus der Unmöglichkeit, seinen unmittelbaren Einfluß auf ein jedes einzelne Glied des Staates und bei jedem einzelnen Fall zu zeigen, welche Unmöglichkeit durch den grossen Umfang seines Wirkungskreises bei seinen so mannichfaltigen Geschäften zu Genüge am Tage liegt, und besonders durch die Grösse seines Staates ausser allem Zweifel gesetzt wird. — Zweitens steht jedem Delegirten schon nach den Begriffen des allge-
mei-



meinen Rechtes die Befugniss zu, im Verhinderungsfalle an seiner Statt einen Subdelegirten zu ernennen. — Das Zutrauen, welches der Machtgeber in seinen Delegirten setzt, vermöge welchem er die Handlungen desselben zum voraus gut spricht, enthält den Grund zu dieser Befugniss in sich, und zwar dieses um so mehr, wenn das gedachte Zutrauen ein *unbeschränktes*, wie jenes des Volkes gegen seinen Gesetzgeber ist. Drittens kann sich die Nation das Recht, im Verhinderungsfalle des Gesetzgebers die Subdelegirten zu ernennen, nicht anmassen. Denn der Nation steht nicht nur die nöthige Einsicht, auch die *Tauglichsten* und *Würdigsten* in jedem Falle auszuwählen, nicht zu (§. 46.); sondern es wäre ihr selbst unmöglich, nur bei einem mittelmässig grossen Staate dieses Bedürfniss desselben zu befriedigen. Wie nicht minder viertens, würde diese Anmassung von Seite der Nation nothwendig als eine gewaltsame Trennung der richterlichen Gewalt von der gesetzgebenden betrachtet werden müssen, welche dem Zwecke des Staates der obigen Darstellung gemäss widerspricht (§. 96.). Und endlich fünftens läst es sich erwarten, dass die Justizmittheilung, welche in der richterlichen Subsumtion der einzelnen Fälle unter den ihnen entsprechenden Gesetzen besteht, am besten von denjenigen Subjekten verwaltet werde, die von dem Gesetzgeber selbst, als der Quelle der Gesetze, ausgewählt und ernannt worden sind. *

* Anmerk. Das Recht des Gesetzgebers, die ihm untergeordneten Staatsämter zu vergeben,

gehört zu den *nothwendigen* Majestätsrechten (§. 101. Anmerk.), wie aus den oben angeführten Gründen zu Genüge erhellet. Der Gesetzgeber kann daher dieses Recht weder freiwillig veräußern, noch kann ihm dasselbe auf je eine Weise rechtlich entzogen werden.

§. 104.

Verbindlichkeiten des Oerrichters in Ansehung der Unterrichter.

Bei der Auswahl der Richter sowohl als nach derselben liegen dem Gesetzgeber als *Oerrichter* mehrere Verbindlichkeiten ob, die aus der Natur dieses rechtlichen Geschäftes erwachsen.

§. 105.

a) *Bei der Auswahl der Unterrichter.*

Die Verbindlichkeiten des Oerrichters bei der Auswahl der Unterrichter sind in dem Grundsatz enthalten: *dass der Oerrichter jederzeit nur den Würdigsten wähle, und die hiezu erforderlichen Wege einschlage, um mit der vollkommensten Gewissheit wissen zu können, welcher diese Auszeichnungen am meisten verdiene.* —

§. 106.

Gründe dieser Verbindlichkeiten.

Diese Verbindlichkeit geht aus dem Staatsgrundvertrage hervor (§. 26.), vermöge welchem jeder Bürger

ger das Recht hat zu fordern, daß unter den vorräthigen Mitteln zur Erreichung des Staatszweckes diejenigen ausgewählt werden, welche den gedachten Zweck am vollkommensten wirklich machen. Sie ist auf diese Art das Resultat eines wohl erworbenen Rechtes aller Bürger gegen seinen Gesetzgeber, und ein dem *Verdienstvollsten* zuständiges *Urrecht*, * wie ich schon (§. 37.) gezeigt habe.

* Anmerk. Eine sehr weit getriebene Arroganz würde es demungeachtet bleiben, wenn dieser *in abstracto* ewig wahre Satz so geradezu von Manchem zum Fundamente seiner Klage über ein verletztes Urrecht, zu Folge seiner *gewissen* Voraussetzung: daß er vor allen Andern der Würdigste sey, mißbraucht werden würde, im Falle das Resultat der Ueberzeugung des Obergerichtes nicht mit jener Voraussetzung übereinstimmte. Denn diese Beurtheilung ist eben wegen ihrer Wichtigkeit nicht sowohl den Competenten, als vielmehr ausschließlich dem Obergerichter anheimgestellt; daher jene hierüber ein kategorisches Urtheil zu fällen nie befugt sind; es sey dann, daß die von dem Obergerichter getroffene Auswahl *offenbar* und *ohne allen Zweifel* der obigen Verbindlichkeit des Obergerichtes zuwieder wäre. — Und selbst in diesem letztern Falle darf dem Obergerichter zwar allerdings ein *Irrthum* zugemessen werden, vermöge welchem er, durch die schimmernde Aussenseite eines der Verstellungskunst im hohen Grade mächtigen Lovelakes geblend-

det,

det, das stille und bescheidene Verdienst des ehrlichen Mannes verkannte; keinesweges aber könnte der Vorwurf eines *beabsichtigten Angriffes* gegen das Urrecht des Uebergangenen von der gerechten Beschuldigung eines strafbaren Frevels getrennt werden, da die Handlungsweise des Oberrichters eine groſse Vermuthung der strengen Rechtlichkeit für sich hat. —

§. 107.

Requisite der Würdigkeit.

Die *Würdigkeit* zu einem Amte im Staate aber besteht: Erstens, in dem vollständigen Besitze derjenigen Wissenschaften, deren Ausübung den Beruf des gesuchten Amtes ausmacht. — Der Mangel an den nöthigen Berufskenntnissen läßt nicht nur den bestimmten Wirkungskreis ungebaut; sondern veranlaßt noch die jämmerlichsten Gebrechen, welche den Staat an der Erreichung seines Zweckes hindern. — Zweitens ist zu dieser Eigenschaft ein sittlich guter Charakter unumgänglich nöthig. — So wenig sich von einem Manne erwarten läßt, der ohne zuvor zu *wissen*, was er leisten soll, das wirklich leisten werde, was ihm zu Folge seines ihm unbekannten Berufes obliegt; eben so wenig kann man vernünftiger Weise hoffen, daß ein Mann von sittlich - böser Denkart stets das verfügen werde, was die Gerechtigkeit und sein Beruf erfordert! — Die Habsucht wird in solchen Fällen die Mutter von Ungerechtigkeiten und von Erpressungen aller Art, welche

welche durch ihre verschlagene Weisse ihren Urheber doch immer sicher stellen. — Ein unbändiger Stolz wird die Untergebenen niederbeugen, und das böse Beispiel des Vorstehers wird sogar zuletzt durch den schädlichsten Einfluss auf die Handlungsweise der Untergebenen das Uebel vollenden, welches aus einer solchen unglücklichen Wahl entsteht. * Drittens, ist Thatkraft und rastloser Fleiß erforderlich, welcher sich nie genüget, die Schranken der Mittelmäßigkeit erreicht zu haben, mit denen man zur Noth auskommen könnte; sondern der vielmehr mit unverwendetem Auge die Erfüllung seines Berufes immer mehr der Vollkommenheit näher zu bringen strebt. **

* Anmerk. Aus diesem Grunde stimme ich vollständig mit *Justi* überein, wenn derselbe in seiner Policeywissenschaft 1ten Th., von der Handhabung der Gerechtigkeit, sagt: „man könne eher den Mangel von Gelehrsamkeit, als den Abgang eines guten Herzens nachsehen.“ —

** Anmerk. Wie sehr es dem Staate angelegen seyn müsse, stets *würdige* Staatsdiener zu haben, zeigt Hr. Hofrichter *Seufert* in seinem gründlichen Werke „von dem Verhältnisse des Staates und der Diener des Staat gegen einander“ §. 29. — Ich glaube, für den Leser nicht unwillkommen zu handeln, wenn ich aus diesem Buche folgende Stelle ausziehe, und hier beifüge, weil sie mit so viel Wärme für das Gute den

den vielumfassenden Wirkungskreis eines Staatsbeamten, die großen Vortheile, welche aus der Erfüllung der Verbindlichkeiten eines solchen Mannes entstehen, und den unübersehbaren Nachtheil, der aus deren Hintansetzung erwächst, in gedrängter Sprache darstellt. —

„Von dem ersten Staatsmannne herab, sagt der gelehrte Hr. Verfasser, bis zu dem wenig geachteten Amts- und Polizeidiener hat ein Jeder einen wichtigen Wirkungskreis, und die Maschine des Staates gerathet in Stockung, sobald ein einziges auch noch so geringes Glied in der Kette der Staatsdiener seine ihm angewiesenen Verrichtungen nicht erfüllen kann, oder nicht will, wie es sein Amtszweck erheischt. Wie viel Gutes und wie viel Böses kann, zum Beispiele der Beamte auf dem Lande wirken? Der Beamte, welcher die seiner Leitung anvertrauten Staatsbürger über ihren moralischen und physischen Wohlstand aufklärt; welcher über die Erziehung der Jugend wacht, und die Bemühungen der Seelsorger und Schullehrer unterstützt; eine strenge und wohlthätige Polizei handhabt; und durch zeitige Vorkehrungen gegen Verschwender manche Familien vom Umsturze rettet; welcher der Zank- und Streitsucht durch weise und sanfte Ermahnungen steuert, mithin Prozesse verhütet, dagegen Klagen, die im Wege Rechtens bei ihm angebracht werden, schnell und unpartheiisch entscheidet; welcher in Bekämpfung der Vorurtheile von jeder Gat-

tung,

tung, im Fleiße und der Betriebsamkeit, in der Geduld, Verträglichkeit, Uneigennützigkeit, der Liebe der Armen, der Gerechtigkeit seinen Amtsuntergebenen mit einem steten Beispiele vorangeht. Vermag ein solcher Beamter nicht, das ihm anvertraute Volk umzubilden, es glücklich und zufrieden zu machen? Was schadet dagegen ein Beamter, welcher selbst auf dem Felde und in der Amtsstube an Vorurtheilen hängt, die Erziehung der Jugend für eine Sache der Geistlichkeit allein hält, und unbekümmert über die Bildung der künftigen Generation ruhig ihrer Verwilderung zusieht: welcher für die Polizei nur dann, wenn sie schon übertreten ist, mithin ihm Etwas einträgt, zu eifern pflegt, Müßiggänger und Verschwender aus Schwachheit, oder Lauigkeit, oder in der Hoffnung, von den Ueberbleibseln ihres zerrütteten Vermögens einige Kreutzer einzuerndten, dultet oder hegt, jeden Streit als eine Quelle neuer Einkünfte willkommen aufnimmt, und mit rabulistischen Kunstgriffen in eine für ihn fruchtbare Länge zu ziehen sucht, sich jeden Schritt, jede Zeile, die er schreibt, jedes Wort, das er ausspricht, bezahlen läßt, wohlthätige Landesanstalten aber, weil sie ihm nichts eintragen, vernachlässiget. Ich schaudere zurück vor diesem Gemälde; auch wenn es nur nach einigen Zügen existiret; so verbreitet der Mann, den ich schilderte, unnennbares Wehe auf ganze Generationen. Noch unschädlicher ist

ist ein unwissender und unredlicher Mann in einer aus mehreren Mitgliedern bestehenden Landesstelle: Denn für sich und allein vermag er nicht, oder doch nicht so leicht zu wirken; das ganze Collegium ist seine Controlle. *Dieses*, nicht *er* entscheidet; der Beamte auf dem Lande aber handelt allein, und wenn er gleich einer Regierung oder andern Landesstellen untergeordnet, und einer landesherrlichen Untersuchung ausgesetzt ist; so entdeckt man doch öfter den Unfug desselben nicht eher, als bis die Klagen zu schreiend werden, und sein Amt schon verdorben ist, daß mehrere Jahrzehende dazu gehören, um es wieder in Ordnung zu bringen.“ —

§. 108.

*Mittel, dieselbe in besonderen Fällen zu entdecken. **

Da es nach dem bisher gezeigten ein so überaus wichtiges Bedürfnis für den Staat ist, *brauchbare* und *rechtschaffene* Staatsdiener zu haben; so verdienen die Wege, auf welchen der Gesetzgeber am zuverlässigsten die Befriedigung jenes Bedürfnisses hoffen kann, allerdings hier kürzlich berührt zu werden. — Vor allem muß es dem Gesetzgeber eine heilige Angelegenheit seyn, die höchsten Stellen des Landes mit solchen Personen zu besetzen, welche *Er Selbst* mit der größten Genauigkeit beobachtet, ihren Charakter mit dem Scharfblicke eines Menschenkenners studiert, ihre Kenntnisse hinlänglich

lich geprüft, und dieselben somit in moralischer Hinsicht sowohl, als im wissenschaftlichem Anbetrachte, würdig gefunden hat, zunächst Ihm die erhabene Stelle der Väter der Nation zu vertreten. — Es ist ein groser und wichtiger Beruf, der Rathgeber eines Fürsten zu seyn, der ganze Völker regieren, und wenn ich so sagen darf, an Gottes Statt, sie zum Besitze des höchsten Gutes der Menschheit durch eine weise Leitung hinführen soll! — *Wenn das Haupt gut ist; dann ist schon für die übrigen Glieder auch das Meiste gethan!* — Dieses gut zu schaffen, ist dem Beobachtungsgeiste des Regenten sogar von dem *grössten und weitläufigsten* Staate möglich! —

* Anmerk. Diejenigen Mittel, welche nun als die Bedingungen der guten Auswahl der Staatsdiener angegeben sind, behaupten durchaus bei den Besetzungen *aller* Staatsämter ihre Gültigkeit; obgleich hier, bei der besonderen Erörterung der *richterlichen* Gewalt von der Subdelegation der dem Gesetzgeber als obersten Richter untergeordneten Gerichtsstellen vorzüglich die Rede zu seyn scheint. Indem ich dieses kürzlich bemerke, werde ich im Verlaufe überhoben seyn, Wiederholungen dieser schon dargestellten Grundsätze zu bedürfen, und vielmehr mich nur kürzlich auf das hier Gesagte berufen können.

§. 109.

Fortsetzung.

— Die Bestimmung des Personale der *unteren* Staatsämter aber kann in grösseren Staaten nicht der eigenen Beobachtung des Regenten zugemuthet werden. Demungeachtet stehen demselben solche Mittel zu Gebote, welche seine gute Auswahl so sehr sichern, als es immer bei der äusserst gefährlichen Beurtheilung eines Menschen möglich ist.

§. 110.

Fortsetzung.

Diese Mittel sind nun folgende: Erstens, müssen die Competenten einer *strengen* Prüfung ihrer Wissenschaften unterworfen werden. Bei einer leichten und oberflächlichen Prüfung wird es dem mittelmässigen Kopfe möglich, eine sehr gute Arbeit zu liefern, der geübte Denker aber fühlt den Mangel der Gelegenheit, die Resultate seines Scharfsinnes zu zeigen; daher in diesem letztern die schädliche Folge unausbleiblich eintreten müßte, daß die Ausmittlung des Unterschiedes schwer und sehr gewagt bleiben würde. Zweitens, muß die gedachte Prüfung alle Theile des fraglichen Wirkungskreises enthalten, vorzüglich aber dazu geeignet seyn, die Kenntnisse der praktischen Philosophie der Competenten zu sichten. — Denn diese Wissenschaft ist nicht nur die Erleuchterin einer jeden andern Wissenschaft, sondern sie äussert zugleich ihren mächtigen Einfluß

fluß auf die gesammte Denk- und Handlungsweise ihres wissenschaftlichen Sohnes. — Ein Gesetzgelehrter, ein Arzt, ein Theolog ohne Philosophie gleicht einer Laterne ohne Licht! — Der Gesetzgelehrte und der Theolog halten dann ihre Statute für das *non plus ultra* alles Rechtes und aller Wahrheit. Beide werden somit die Kultur der Bürger nicht nur nicht befördern helfen; sondern sogar noch mit dem Nebel ihrer finstern Begriffe umhüllen und rückgängig machen. — Im entgegengesetzten Falle aber werden sie zwar nicht eigenmächtige Abänderungen treffen; denn dieses steht ihnen nicht zu, wohl aber der Sache eine solche Tendenz unterzulegen wissen, daß sie zweckdienlich wird. Ja sie werden sogar durch ihr Bestreben die Abänderung mancher veralteten Gewohnheiten veranlassen! — Der Arzt aber wird unvermeidlich ein allgemein schädlicher Quacksalber, welcher durch seine Experimente, denen die feste Grundlage gebricht, Kirchhöfe ausfüllet und den Staat entvölkert. — *

* Anmerk. Es ist kein Grund vorhanden, welcher zureichend wäre, den Grad der Vortrefflichkeit der geleisteten Prüfungen der einzelnen Kandidaten geheim zu halten. Im Gegentheile hat die höchstmögliche Gewissheit: daß das vorzüglichste wissenschaftliche Verdienst zunächst einem sittlich guten Charakter das einzige Moment zur nächsten Beförderung sey; den vortrefflichsten Einfluß auf den Fleiß und die Verwendung der Kandidaten, und ist zugleich im ausgezeichneten Grade geeignet, das Ver-

Vertrauen des Volkes gegen seine neuen Vorsteher *vorläufig* zu erregen; weil das Volk durch eine solche Offenheit dieses Geschäftsganges vernünftig annehmen muß, daß es mit Zuversicht eine einsichtsvolle Leitung von denjenigen Subjekten zu erwarten habe, welche durch ihre Beförderung von der höchsten Behörde des Staates das Zeugniß ihrer vorzüglichsten Tüchtigkeit erhalten haben. — Diese beiden Gründe treffen in den vorliegenden Fällen schlechterdings nothwendig ein, und wiegen jeden Scheingrund auf, welchen man ihnen entgegensetzen könnte! —

§. 111.

Fortsetzung.

Um sich aber drittens von der *Moralität* dieser Bittsteller auf die bestmögliche Weise zu überzeugen; so muß der Regent den Professoren der ganzen akademischen Laufbahn der Competenten sowohl, als denjenigen Behörden, bei welchen sie sich vorzüglich zu praktischen Geschäftsmännern zu bilden gesucht haben, die nachdrucksame Weisung geben, daß sie die Handlungsweise derselben gehörig beobachten, und die Resultate dieser Beobachtungen, nöthigen Falls mit Thatsachen unterstützt, in einem verschlossenen* Zeugnisse an die Prüfungscommission einsenden sollen. Um aber zugleich solchen Zeugnissen desto mehr Zuverlässigkeit zu geben; so muß nicht nur jede Partheilichkeit, welche gegen eine solche Behörde bewiesen werden könnte, mit
der

der geschärften Strafe der falschen Zeugschaft verpönt, sondern auch alle Zeugnisse der Geprüften müssen durch den öffentlichen Anschlag bekannt gemacht werden, wodurch das Publikum selbst die Controlle derselben wird. ** Bei etwa statthabenden Anzeigen, welche je einem Zeugnisse zuwider sind, muß der Regent die Sache kürzlich, aber genau untersuchen lassen, dem betreffenden Candidaten die Verantwortung gestatten, und denselben nach Befinden entweder bis auf hinlängliche Beweise seiner Besserung zurückweisen, oder, seinem Verdienste gemäß, zu der (nöthigen Falls bisher von einem Andern provisorisch administrierten) Stelle befördern. — *** Der Denuntiant muß aber durchaus dem betreffenden Candidaten genennt werden; denn der Regent muß vor allen Bürgern am wenigsten die boshaften Ränke der Pasquillanten und der geheimen Verläumder veranlassen; sondern ist vielmehr gehalten, stets diejenige Aufrichtigkeit und Offenheit in seinen Verfügungen zu zeigen, welche der in ihm personifizirten Gerechtigkeit würdig sind. **** Demungeachtet aber sind die Denuntianten nicht eher zur Strafe und zur Genugthuung zu ziehen, als bis ihnen die bössliche Absicht vollständig erwiesen ist. Denn sie müssen allerdings durch ihre Denuntiation als die Beförderer der Wohlfart des Staates angesehen werden. Ist der Denuntiat ein wahrhafter Biedermann; so wird er den schuldlosen Irrthum seinem Denuntianten verzeihen; weil die Handlungsweise des Letztern aus einer edlen Quelle kam. — Ist derselbe aber in der That ein böser

böser Mensch; so belohnt der Staat die gemeinnützige Handlungsweise des Denuntianten, und schützt denselben vorzüglich gegen die Rache jenes Unwürdigen.

* Anmerk. *Verschlossene* Zeugnisse sind deswegen ungemein rathsamer als die *offenen*, weil der Zeugnisaussteller durch die erstern allen Verlegenheiten überhoben wird, welche ihn öfters von der genauen Abwägung der Wahrheit und des Verdienstes zurückzuhalten vermögen, und demungeachtet so häufig eintreten können. Hiernächst ist bei der Beobachtung dieses Vorschlages auch keinesweges derjenige nachtheilige Einfluß zu befürchten, welcher überhaupt so gerne aus Verheimlichungen entspringet; wenn die nachstehenden Vorschläge nur nicht ausser Acht gelassen werden.

** Anmerk. Wenn auch alle hier bemerkten Vortheile zur Zeit noch nicht in der Ausführung zu hoffen wären (wovon ich doch nicht überzeugt bin.); so würde diese Verordnung doch für das Ehrgefühl der Zeugnisaussteller ein Zaum seyn, daß sie sich nicht vor den Augen des Publikums entweder als schändliche Lügner, oder als kurzsichtige Menschen darstellen. Jene Vortheile würden sogar bei der steigenden Cultur des Publikums zuverlässig immer mehr ihre Realität finden! —

*** Anmerk. Es werden hiedurch weder langwierige Prozesse, noch Hindernisse bei der Besetzung der Staatsämter veranlaßt werden. Denn die Sache dürfte nur summarisch, und zwar unmittelbar von einer bestellten Commission in der höchsten Instanz verhandelt werden; wie nicht minder müßten zu bestimmten Zeiten die öffentlichen Prüfungen *provisorisch* gehalten werden, ohne erst dieselben durch mehrere Vakaturen zum *schleunigen* Bedürfnisse zu machen.

**** Anmerk. Alle geheimen Anzeigen, mögen sie zum Vortheile oder zum Nachtheile eines Candidaten gereichen, öffnen dem Faktionsgeiste Thür und Angel, und dürfen besonders deswegen nicht zugelassen werden, weil selbst der ehrliche Mann, welcher jenes Geschäft über sich nimmt, sich trügen, und der weniger ehrliche Mann dem Staate und dem betreffenden Subjekte nachtheilig werden könnte! —

§. 112.

b) *Nach der Auswahl derselben.*

Nach der Auswahl der subdelegirten Richter liegt dem Oberrichter ob: die schärfste Aufsicht auf jene zu haben, daß sie die Iustitz gehörig mittheilen, die Anwendung der ihnen vorgeschriebenen Gesetze genau beobachten, und in der Ausübung ihres Berufes den Eifer eines Mannes beweisen, dessen heiligster Wunsch ist, ganz das zu seyn, was er seyn soll. —

Besondere Zweckdienlichkeit der Subdelegirten.

Wenn sich der Gesetzgeber, als oberster Richter in den Personen seiner Subdelegirten vervielfältiget; so ist demselben um so eher möglich, durch diese jeden Vorgang in seinem Staate genau zu beobachten, sein Blick spähet durch die erwähnten Abgeordneten jeden Winkel auf seinem Gebiete aus, und die Aufmerksamkeit, der Beobachtungsgeist und die vereinte Thatkraft mehrer tausenden Oberaufseher erzeugen das mächtigste Resultat für die ganze Republik; weil der Befehl des Gesetzgebers sie in Bewegung setzte, und zugleich in einer solchen Ordnung erhält, welche nur durch ein regelmässiges Ineinandergreifen aller einzelnen Glieder möglich wird, und auf diese Art das auszuführen vermag, was öfter alle menschliche Erwartung übersteigt, und eigentlich das Geschöpf der Intelligenz ist, die mit allmächtiger Hand ihre Zwecke durchsetzet, ohne je ein Hinderniß zu fürchten, welches sich ihr entgegenzusetzen scheint! —

Fortsetzung.

Der Gesetzgeber ist somit die wichtigste Potenz, auf welche sich der gesammte Mechanismus des Staates, wie in einem Brennpunkte, vereinigt. Jede seiner Verfügungen ist durch den Zusammenhang aller Theile der Staatseinrichtung die Ursache von einer unübersehbaren Wirkung, welche auf
jeden

jeden Theil des Staates, und auf ein jedes Individuum seinen Einfluß äussert.

§. 115.

Nothwendige Einheit aller Staatsämter.

So sehr, der gegebenen Einsicht gemäß zu wünschen ist, daß die Thatkraft des Gesetzgebers durch die best-möglichste Einheit des ganzen Staates bis auf den vollkommensten Grad erhöht werde, so sehr ist der genaueste Zusammenhang aller Kräfte im Staate ein Bedürfnis für ihn. Wenn der Gesetzgeber mit dem besten Willen die vortrefflichsten Gesetze erläßt; so gleicht derselbe doch, im Falle seine Abgeordneten nicht über deren Erfüllung wachen, einem großen Hebel, welcher dazu bestimmt ist, einen ungeheueren Mechanismus in Bewegung zu setzen, dessen letztes Resultat eine beinahe allmächtige Kraftäusserung wäre, der aber, wegen einer in dem Mechanismus vorrathigen *Lücke*, nur die nächsten Triebräder zu bewegen vermöchte, und die Einwirkung auf alle entfernten Theile, eben wegen jener Lücke, aufgeben müßte, wodurch jenes bezweckte große Resultat schlechterdings unausgeführt bliebe. —

§. 116.

Fortsetzung.

Dem Gesetzgeber muß daher diese Einheit des Ganzen ebenso wichtig seyn, als ihm sein unmittelbarer Wirkungskreis, welcher in seiner Gesetzgebung bestehet, am Herzen liegt.

Organisation der Unterrichter.

Diesem zu Folge ist es eine weise Einrichtung, wenn in einem jeden besondern Distrikte einer Provinz nicht nur ein mit der Gerichtsbarkeit nach allen ihren Zweigen belehnter Staatsdiener abgeordnet ist; sondern, wenn demselben auch eine von ihm ganz unabhängige Person als Controlleur zur Seite gesetzt wird, dessen Beruf darin bestünde, die gerichtlichen Verhandlungen durch seine Gezeugenschaft glaubwürdiger zu machen, und welcher dahin angewiesen würde, daß er über die genaueste Handhabung der Gesetze von Seite des aufgestellten Richters beständig wachen, und sofort, wie dieses von jenem geschehen sey, zu bestimmten Zeiten unter dem Rechtsnachtheile an die höhere Behörde zu berichten habe; daß er im entgegengesetzten Falle als Mitschuldiger und Theilhaber der Nachlässigkeit oder der bösen Absicht des Richters erklärt, und mit der nämlichen Strafe belegt werden würde, welche der Richter selbst unfehlbar zu gewärtigen hätte.

Fortsetzung.

Bei einer so geeigneten Einrichtung wird der Richter bis in die geheimsten und verborgensten Winkel seines Wirkungskreisses von der Beobachtung dieser zweiten Person verfolgt. Die Gewissheit, daß der vorzügliche Beruf dieser Person der des öffentlichen Anklägers ist, und daß in diesem Falle

Falle der Richter keine seiner Verfügungen verheimlichen kann, hält ihn mehr in den Schranken der Gerechtigkeit, und spornt ihn ungleich stärker an, sich keine Nachlässigkeit zu Schulden kommen zu lassen, als dieses je auf eine andere Weise möglich wird, bei welcher dem pflichtvergessenen Richter doch immer noch Hoffnung übrig ist, unentdeckt zu bleiben.

§. 119.

Fortsetzung.

Um aber die berufswidrige Harmonie dieser Beiden höchst gefährdet zu machen, und, soviel möglich ist, an das Licht zu bringen, handelt der Gesetzgeber sehr wohl, wenn er, nebst diesen beiden Staatsdienern, welche er in jeden Distrikt einer Provinz gesetzt hat (§. 117.), noch besondere *Oberaufseher* beordert, deren eigentlicher Beruf dahin geht, ununterbrochene Sorge zu tragen, daß die angehörigen Distriktsbeamte nicht nur in keinem Falle die Mittheilung der Justitz vorenthalten, oder durch eine *offenbar* beschwerende Verfügung Einem oder dem Andern einen unverbesserlichen Schaden zufügen, sondern auch, daß sie die durch den Staat beabsichtigte Ordnung und Sicherheit aller einzelnen Bürger handhaben, wie nicht minder durch die Befolgung der dahin abzweckenden Gesetze befestigen. Keinesweges aber darf sich derselbe auch auf die Revision der Urtheile der Richter erstrecken, wenn sie nicht nach einer von diesen gegebenen Ansichten betrachtet werden müssen. —

Fortsetzung.

Wenn man erwäget, wie oft selbst die vortrefflichsten Gesetze für die allgemeine Sicherheit und Wohlfarth unausgeführt bleiben, und doch die Regierung von dieser Nachlässigkeit nicht unterrichtet wird; da sie das Interesse der Einzelnen nur *mittelbar* treffen, und öfter dem gemeinen Manne von einer solchen Seite erscheinen, daß er den daraus entspringenden Vortheil für zu unbedeutend hält, als daß er sich mit einer Anzeige befassen sollte, die ihm zuletzt vielleicht noch schädlich werden könnte, auf welche Art die Mängel und Gebrechen des Staates nie getilgt, und die Fortschritte seiner Kultur vor der langsamen Bewegung einer Schnecke wenig zum voraus haben würden; * wenn man ferner erwäget, wie oft Manche das ihnen zugefügte Unrecht mit Geduld ertragen, und stille dazu bleiben, weil sie entweder zu wenig Muth haben, sich vor die höchste Stelle des Staates zu wagen, deren politischer Abstand sie zurückschreckt, oder weil sie durch allerlei andere Umstände abgehalten werden; indem sie öfters die große Entfernung ihres Wohnortes von dem Sitze der Regierung, die längere Dauer der Untersuchung (welche aus der Menge der dort vorräthigen Geschäfte entsteht) und die unvermeidlich hiemit verbundenen größeren Kosten scheuen; wenn man dieses Alles gehörig beherzigt, so wird gewiß jeder rechtschaffene Bürger die Weisheit einer Regierung sehen, welche ein wohlthätiges

ges

ges Auskunftsmittel trifft, und in jedem Theile des Staates, gleichsam im Schoosse der Bürger, den höheren Zufluchtsort eröffnet, von welchem sie weder durch allzugroße politische Differenz, noch durch die Beschwerlichkeit der Reise, noch durch die lange Dauer der Untersuchung und durch die daraus entspringende GröÙe der Kosten zurückgeschreckt werden, ihre Beschwerden einzureichen. Diese Oberaufseher können leicht ihre angewiesenen Distrikte durchreisen, bei ihrem kleinern Wirkungskreise, als jener der höchsten Stelle des Staates ist, sich ohne Hintansetzung wichtigerer Geschäfte um jedes einzelne Individuum interessiren, und jeder einzelne Bürger wird dadurch, daß er seinen Oberaufseher öfter sieht, auch beherzter sich im Nothfalle an ihn wenden. —

* Anmerk. Sind denn die mannichfaltigsten Fälle nicht schreiend genug, bei welchen man mit *Cicero* in seiner Rede gegen den *Catilina* klagen könnte: „*Habemus enim hujusmodi Senatusconsultum; verum tamen inclusum in tabulis, tanquam in vagina reconditum!*“ —

§. 121.

Fortsetzung.

Diese Oberaufseher müssen dem ihnen vorgesetzten Justitzkollegium von allen ihren Handlungen, und über den Zustand der ihnen angewiesenen Distrikte von Zeit zu Zeit strenge Rechenschaft ablegen.

Fortsetzung.

Zur Sicherstellung gegen den zu befürchtenden Nachtheil, der durch rechtswidrige Urtheile (deren Veranlassung öfter in einem Irrthume, nicht selten aber auch in einer vorsetzlichen Rechtsverdrehung bestehen kann) dem schuldlos Verurtheilten zufließen würde, ist *die Berufung an einen höheren Gerichtshof*, dem die schleunigste Revision der Urtheile der Unterrichter zusteht, unvermeidlich nöthig. — Dieser muß mit der größten Genauigkeit die erlassenen Erkenntnisse der Unterrichter prüfen, und mit unnachsichtlicher Schärfe die Fehler derselben rügen, aus denen die Nachlässigkeit, oder die böse Absicht derselben erhellet. Dem Gesetzgeber aber, als oberster Richter, steht endlich das Recht zu, selbst die Handlungen der letzten Instanz zu beobachten, und von ihr bei offenbaren Ungerechtigkeiten, oder bei der Verweigerung der Justiz, Rechenschaft zu fordern und sie zur schuldigsten Befolgung ihrer Verbindlichkeiten nachdrücklich anzuweisen. *

- * *Anmerk.* Es ist rathsam, wenn sich der oberste Richter nur in beiden obigen Fällen in die Justizverwaltung mischt, um eines Theils seinen sonst so häufigen und ungleich wichtigeren Regierungsgeschäften nicht die Zeit zu rauben, andern Theils aber, um nicht bei einer bloß oberflächlichen Durchsicht der Verhandlungen ein an sich rechtswidriges Urtheil zu erlassen, des-

dessen Folgen eben deswegen, weil keine höhere Hülfe mehr vorrätig wäre, einen unausbleiblichen Schaden für einen der streitenden Theile bewirken könnten.

§. 123.

Verbindlichkeiten des Staates gegen seine Beamten.

a) *Ehrenvolle Auszeichnung.*

Damit aber der Bürger geneigter seyn möge, sich den zur allgemeinen Wohlfarth abzweckenden Anordnungen der subdelegirten Richter zu fügen; so ist durchaus ein hoher Grad von Ehrfurcht nöthig, welche den Bürgern gegen die von ihnen bekleideten Ehrenstellen eingeflöst werden muß. — Der Richter vertritt als Staatsdiener bei seinen Funktionen die Stelle der höchsten Gewalt im Staate, seine Person muß daher durchaus unverletzlich seyn, und jeder Frevel gegen dieselbe die schärfste Ahndung nach sich ziehen, es wäre denn, daß das Recht der Nothwehre zur schleunigen Selbsthülfe berechtigte. — * Der oberste Richter darf daher nie den nöthigen Grad von Achtung vergessen, den er dem Amte des Unterrichters schuldig ist; sondern er muß vielmehr durch sein großes Beispiel desto nachdrücklicher den Bürgern an das Herz legen, daß diese zur *Ehrfurcht* gehalten seyen! —

* Anmerk. Das Recht der Nothwehre tritt aber nur dann ein; wenn ein *unwiederbringlicher* Schade durch die rechtswidrige Verfügung der Obrigkeit an den Urrechten eines Bürgers zu be-

befürchten stehet. Sobald jene Eigenschaft nicht nach der gehörigen Strenge statthaft ist, und die Verletzung durch die Hinzukunft eines höheren Gerichtshofes wieder gehoben werden kann; so fällt das Recht der Nothwehre im Staatszustande schlechterdings hinweg: obgleich der fragliche Fall im aussergesellschaftlichen Zustande zu dem erwähnten Rechte geeigenschaftet ist. — Unter dieser strengen Beschränkung findet das Recht der Nothwehre selbst gegen sanktionirte Personen im Staate nach den Prinzipien der absoluten Rechtswissenschaft eben so unbezweifelt Statt; als jenes Recht selbst durch die statutarischen Gesetzgebungen anerkannt ist. Denn es ist immer der Fall denkbar, daß der Rechtsstand eines Bürgers durch die menschlichen Schwachheiten der Richter unwiederbringlich verletzt werden könne, nach welcher Voraussetzung der Verletzte und der verletzende Richter keinesweges in dem Verhältnisse des Staates betrachtet werden können, dem zu Folge alle Selbsthülfe unterbleiben müßte, weil dieselbe durch die gehörige Mittheilung der Gerechtigkeit unzulässig gemacht würde.

§. 124.

b) *Befestigung des Zutrauens der Bürger.*

Nicht weniger muß der oberste Richter das Zutrauen der Bürger gegen die Person des Unterrichters

ters

ters immer zu befestigen suchen, * wodurch diese, in der Ueberzeugung der wohlthätigen Obsorge ihres allgemeinen Vaters anvertraut zu seyn, mit desto unbegrenzterem Zutrauen seiner gemeinnützlichen Leitung folgen. —

* Anmerk. Zur Begründung des allgemeinen Zutrauens könnte wohl die Anordnung nicht zwecklos seyn, von welcher ich schon zum Theile Meldung gethan habe (§. 111.), daß sowohl die Belege der sittlich guten Aufführung, als die Resultate der wissenschaftlichen Proben der Compententen durch öffentlichen Anschlag bekannt gemacht, und zur eigenen Einsicht der Bürger gebracht würden. — Das Wohlwollen der Bürger würde den Beförderten vorangehn, und auf die zuverlässigste Weise die Befestigung des allgemeinen Zutrauens gegen sie begründen.

§. 125.

c) *Eine angemessene Bestallung.*

Nebst der ehrenvollen Auszeichnung und dem besonderen Schutze ist der Staat seinen Dienern ein anständiges Auskommen schuldig. — Unter dem anständigen Auskommen versteht man aber ein solches Aequivalent, welches, zwar keinesweges einer bereicherenden Pfründe gleich, die Lasten des Staates vermehrt, sondern vielmehr zur Entschädigung für die unmittelbaren Dienste, die der Staatsdiener dem Staate mit Hintansetzung seines häuslichen Erwerbes leistete, demselben gegeben wird, und hinlänglich ist, ihn nicht nur vor allen Nahrungssorgen zu

zu sichern, sondern auch zureicht, die Kosten der nöthigen Distinktion in seinem äussern Zustande, bei einer zweckmässigen häuslichen Oekonomie, gehörig zu bestreiten. —

§. 126.

Grund und Maasstab derselben.

Die Besoldungen der Staatsdiener sind also schlechthin keine *Belohnungen* für die geleisteten *Arbeiten*; denn diese bezwecken die Wirklichmachung eines *absoluten* — *unschätzbaren* Gutes, für welches eben deswegen durchaus kein *Aequivalent* gedenkbar ist. Sie haben vielmehr nur die *Entschädigung* der Staatsdiener zum Zwecke, wozu der Staat verbindlich ist; da sie mit Vernachlässigung ihres häuslichen Nutzens alle ihre Kräfte für seine Zwecke verwenden mußten. Je gröfser also der Umfang von Arbeiten des Staatsdieners für den Staat ist, je mehr Zeit und Anstrengung dieselbe erfordern, je weniger somit demselben freie Mufse übrig bleibt, für seine eigenen Angelegenheiten zu sorgen, desto gröfser muß das *Aequivalent* seyn, welches ihm der Staat zur Entschädigung zu reichen verbunden ist. *

* Anmerk. Man sehe hierüber das schon angeführte Werk des Hrn. Hofrichters *Seufert* §. 20. u. 35.

§. 127.

Fortsetzung.

Allein hierin kann nicht allein der Maasstab liegen, wonach die Grösse des gedachten Entschädigungsquantums bestimmt werden muß. Denn sonst würde daraus folgen, daß öfter ein mechanischer Bogenschreiber, der den ganzen Tag und nicht selten auch einen Theil der Nacht für seinen Beruf verwenden muß, besser bedacht würde, als ein ungleich wichtigerer Mann, der mit Gewandtheit des Geistes bei ungleich wenigerem Zeitaufwande die vielumfassendsten Pläne entwirft und ausführt, und dessen Einfluß für das Ganze mit dem Einflusse Jenes sich gar nicht vergleichen läßt! —

§. 128.

Fortsetzung.

Der politische Abstand (der in der ganzen äussern Lage solcher Männer beobachtet und eingehalten werden muß, um auch in Hinsicht der verhältnismässigen Auszeichnung derselben vor den niedrigen Klassen nichts zu vergessen) und der Aufwand von Kosten, welcher zur Erlernung aller derjenigen Wissenschaften und Kenntnisse erforderlich war, die zur Erfüllung eines solchen höheren Berufes nöthig sind, müssen als das zweite Moment betrachtet werden, welches der Staat bei der Bestimmung dieser Besoldungen zu berücksichtigen hat. *

* Anmerk. Es ist aber hiebei das Prinzip der Staatsklugheit zu bemerken: daß *allzureiche* Besoldungen der Staatsdiener die Treue und den Eifer derselben eben so sehr zu schwächen vermögen, als dieses die manichfaltige Folge ist, wenn der Staat kärglich gegen sie verfährt! — — Allzugroße Renten erzeugen den Luxus mit einem Heere von schädlichen Neigungen und Leidenschaften, welche den nachtheiligsten Einfluß auf den Gemüthszustand des Staatsmanns haben. — Der Staat hat also weislich das Sprüchwort, *medium tenere beati*, zur Richtschnur zu nehmen, und sich genau an den gegebenen Maasstab mit Rücksicht auf den herrschenden Preis der Bedürfnisse — zu halten. — Es ist überhaupt räthlich, dem Staatsdiener die Ueberzeugung beizubringen: daß ein rein - moralisches Interesse nur die *einzige* seinem Verdienste angemessene *Belohnung* sey. — *Friedrich der Einzige* dienet hier ebenmälsig wie in den mehresten seiner Regierungsmaximen zur genauen Vorschrift! —

§. 129.

d) *Dauer der Verleihung der Staatsämter.* *

Endlich müssen alle Staatsämter *auf lebenslänglich* gewissen Personen verliehen betrachtet werden. Denn der Zweck des Staates muß auf die bestmögliche Erfüllung der Dienstpflichten hingehen, zu welcher die längere Praxis geschickter macht, und die

die Verbindlichkeit, welche daraus entsteht, daß ein Staatsdiener sein ganzes Leben für seinen Beruf verwendet, und somit die Gelegenheit vernachlässiget, sich für sonst einen Nahrungszweig zu bilden, die Verbindlichkeit, sage ich, einen solchen Mann nicht in einen Zustand der Dürftigkeit zu versetzen (welches durch die willkührliche Hinwegnahme seines ihn zugleich ernährenden Postens geschehen würde), liegt dem Staate ohne Zweifel ob; da derselbe seinem Diener eine *vollständige* und eben so *zuverlässige* Entschädigung schuldig ist, als er von demselben die eifrigste und vollständigste Erfüllung seines Berufes mit Recht fordern kann! — **

* Anmerk. Siehe den §. 123.

** Anmerk. Da nach Rechtsprinzipien eine vollkommene Gleichheit unter allen rechtsfähigen Subjekten Statt findet; so wirkt diese Verbindlichkeit des Staates in Hinsicht der lebenslänglichen Dauer der Staatsämter eine gleiche Verbindlichkeit für die Staatsbeamten gegen den Staat: daß nämlich diese, wenn sie einmal das ihnen von dem Staate übertragene Amt übernommen haben, dasselbe nicht willkührlich niederlegen können, im Falle der Staat nicht in ihre Entlassung willigen, oder auf je eine Art beträchtlich ungerecht an sie handeln würde. Denn nebst dem obigen Rechtsgrunde der vollkommenen Gleichheit, welcher für sich schon zum hinlänglichen Beweise dieser Behauptung geeignet ist, treffen auch alle Gründe, welche die

die lebenslängliche Dauer der Staatsämter dem Staate zur Verbindlichkeit machen, auch in diesem Falle in Ansehung der Verbindlichkeit der Staatsbeamten gegen den Staat ein, und setzen die Richtigkeit dieser Behauptung ausser allem Zweifel. —

Endlich führe ich hier noch an: daß es der Willkühr des Staates nicht anheimgestellt sey, dem Personale besonderer Aemter die Rechte der *Staatsdiener* zu ertheilen, oder nicht. Es ist vielmehr darauf zu sehen, ob die Beschaffenheit derjenigen Aemter, welche sie begleiten, als ein Ausfluß der *nothwendigen* Majestätsrechte (§. 101. Anmerk.) schlechthin zu betrachten sey, oder nicht? — Im ersten Falle sind jene Aemter unumgänglich nothwendig mit den Vorzügen der *Staatsämter* angethan. Im letzten Falle aber können sie durchaus keinen Anspruch auf die Würde der Staatsämter machen; ja nicht einmal ausdrücklich dazu erhoben werden. — — — Diese rechtliche Ansicht der Staatsämter schließt jedoch die Befugniß des Staates nicht aus, selbst wirkliche Staatsämter *aus zureichenden Gründen der Staatsklugheit* bloß *provisorisch* administriren zu lassen; wenn nur diese Absicht *ausdrücklich* dem betreffenden Personale bei seiner Anstellung eröffnet wird. —

§. 130.

Fortsetzung.

Diesem zu Folge erlediget *nur der Tod oder die Unfähigkeit, das Bedürfnis des Staates zu erfüllen*, die Staatsdienste, und wenn die gedachte Unfähigkeit nicht die Schuld des Staatsdieners ist (wie dieses einzig bei groſser Nachlässigkeit und treuloser Amtsführung Statt hat); so ist der Staat zwar befugt, einen Substituten zu ernennen, allein seinem unglücklichen Diener verbleibt denn doch immer das wohl-erworbene Recht zu einem nach der Billigkeit bemessenen Gehalte. *

* Anmerk. Der Grund, warum die Frauenzimmer von Staatsdiensten ausgeschlossen sind, liegt so klar am Tage, daß man denselben, ohne einige weitgesuchte Philosopheme nöthig zu haben, in ihrer eigentlichen Bestimmung und in ihrer geistigen und körperlichen Einrichtung, die bloß auf die genaue Erfüllung ihres weiblichen Berufes abzwecket, deutlich genug vorfindet. Wer sich hierüber nicht selbst überzeugen kann, lese das lehrreiche Werkchen: Väterlicher Rath für meine Tochter von *J. H. Campe*, und er wird genug Beweise finden, daß selbst die Intelligenz diesen Ausschluss der Frauenzimmer von Staatsämtern wolle! —

I. Hauptstück.

VI. Abschnitt.

Von der Garantie des absoluten Rechtsstandes im Staate.

§. 131.

Sicherstellung der rechtlichen Schranken der Staatsdiener.

Der gegebenen Ansicht gemäß wären die drei Gewalten des Staates nach Rechtsprinzipien organisiert und die Bürger könnten sich mit Grund ihres vollkommenen Rechtszustandes freuen, wenn es nicht noch auf einen einzigen Punkt anzukommen hätte, in welchem zugleich eine der wichtigsten Aufgaben der Staatsklugheit besteht. Dieser einzige Punkt aber liegt in dem unumgänglichen Bedürfnisse, daß alle Gewalthaber im Staate zu Folge der Intention ihres Berufes als Staatsdiener die ihnen vorgezeichneten Schranken nicht nur pünktlich einzuhalten, sondern auch mit aller nur möglichen Thatkraft auszufüllen bestrebt seyn mögen. — Auf welche Art daher die Sicherstellung der rechtlichen Schranken der dem Gesetzgeber subordinirten Staatsdiener sowohl als jener des Gesetzgebers selbst am zuverlässigsten realisirt werden könne, muß hier noch zur Vollendung des Ganzen seine Erörterung finden.

§. 132.

a) *In Ansehung der untern Staatsdiener.*

Die dem Gesetzgeber subordinirten Gewalthaber erhalten ihre Existenz, als solche, von dem Gesetzgeber und ihr ferneres Seyn hängt eben so von demselben ab, welches sie sich durch die Erfüllung ihres amtlichen Berufes (§. 130.) sichern können. Die Stufenweise höhere Aufsicht (§. 119. u. f.) aller dieser subordinirten Behörden ist der Bürge, daß dieselben die ihnen anvertrauten Gewalten ausschließlich zu dem wahren Staatszweck gebrauchen, keinesweges aber sich derselben als ein Mittel zur Realisirung ihrer Willkühr bedienen.

§. 133.

Fortsetzung.

So weit diese Aufsicht geht, wäre somit keine Gefahr zu befürchten, welche nicht auf eine leichte Weise entdeckt, und ohne den Staat zu beunruhigen, schon bei ihrer Geburt gedämpft werden könnte. Denn die Macht einer jeden untergeordneten Behörde steht mit jener des Gesetzgebers in gar keinem Verhältnisse, in dessen Händen die Nation alle ihre Kräfte niederlegte. Jeder meineidige Staatsdiener sinkt vor der Gesamtkraft des Gesetzgebers in sein voriges Nichts zurück, ohne vernünftiger Weise auch nur den Gedanken zu fassen, sich mit ihr messen zu wollen! —

§. 154.

b) *In Ansehung des Gesetzgebers.* *

Die gewissenhafte Erfüllung des Berufes aber, welchen die Nation dem Gesetzgeber übertrug, ist der große Punkt, welcher der Nation garantirt werden soll, und dessen Berichtigung so innig mit der Stetigkeit des Rechtszustandes verwebt ist! —

* Anmerk. Siehe den §. 131.

§. 155.

Fortsetzung.

Der Gesetzgeber ist als Bürger — als Privatperson — den Gesetzen des Staates unterworfen. — Der Gesetzgeber soll, als solcher, nur solche Normen als Gesetze aufstellen, welche, nach dem schon erörterten Grundsatz, für jede nur mögliche Gesetzgebung (§. 53.) die erforderlichen Mittel zur Erreichung des Staatszweckes ausmachen. — Der Gesetzgeber soll als oberster Richter nicht nach Willkür, sondern nach den bestehenden Gesetzen entscheiden (§. 90.). — Der Gesetzgeber soll endlich als höchster Vollstrecker des Gesetzes den einzig wahren Zweck der Exekutivgewalt vor Augen haben, und diesen allein, mit Ausschluss jeder willkührlichen Gewalt, wirklich zu machen streben (§. 70.)! —

§. 156.

Fortsetzung.

Wenn nun derselbe, übermüthig durch die Höhe, auf welcher er stehet, und trotzend auf seine unumschränk-

schränkte Gewalt, als Bürger den bestehenden Gesetzen durch seine eigene Handlungsweise Hohn spricht; wenn er als Gesetzgeber die feindseligste Gesinnung gegen die menschliche Natur äussert und sogar die allgemeine Befehdung derselben durch solche Gesetze, welche ihre wesentlichen Eigenschaften zernichten, zur allgemeinen Norm erhebt; wenn derselbe als oberster Richter entweder die leidende Unschuld ungehört zurückstößt, oder Machtsprüche an die Stelle rechtlicher Entscheidungen setzt; wenn er als höchster Vollstrecker einem tobenden Ungewitter gleicht, das Verderben und Elend über Gute und Böse verbreitet; so sind dieses Schrecknisse, auf deren Abwendung in einem Reiche des Rechtes Alles ankömmt! —

§. 137.

Fortsetzung.

Demungeachtet zerstößt sich die Staatsklugheit vergebens den Kopf, um eine Staatsconstitution zu entwerfen, durch welche die Schrecknisse durchaus unmöglich gemacht werden möchten. — Man kann sich zu Genüge durch die Annalen der Menschheit überzeugen, wie sehr schon der menschliche Forschungsgeist sich bestrebt, ein untrügliches Mittel zu entdecken, welches dieses große — der Menschheit überaus wichtige — Problem lösen, und das Bedürfnis befriedigen würde, worauf der unerschütterliche und ewige Rechtsstand beruht. — Vergebens beschloß man, die gesetzgebende Gewalt

zu

zu beschränken, oder sie gar einem höhern Forum zu unterwerfen. — Widersprüche * mit der eigentlichen Natur des Staates waren die unmittelbaren Folgen, welche den Staat schlechterdings um so weniger geeignet machten, seine Bestimmung zu erreichen, Faktionen und Bürgerkriege giengen aus diesen Constitutionen hervor, und diese brachten jederzeit mehr Uebels unter die Menschen, als selbst der häßlichste Tyrann zu vollbringen fähig ist; da mit entflammten Ingrimme Bürger gegen Bürger sich waffneten, um in dem Blute ihrer Gegner die willkührlichen Zwecke zu erreichen, welche sich ein Jeder in dieser Epoche der Anarchie vorgesteckt hatte. — Was gewann wohl *Rom* durch seine Volkstribunen, deren Beruf eigentlich darinn bestehen sollte, die Consularregierung und den Senat zu beschränken, und wie schädlich wurde *Athen* an dem Gängelbände eines *Perikles*, eines *Alzibiades* u. dgl. m. geführt; ob es sich gleich überredete, im Besitze der strengsten Demokratie zu seyn! — —

* Anmerk. Man erinnere sich derjenigen unumstößlichen Gründe, welche oben bei der Darstellung der absoluten Souveränität der gesetzgebenden Gewalt angeführt worden sind.

§. 138.

Fortsetzung.

Der Grund, warum ein solches Bemühen der Staatsklugkeit nothwendig fehlschlagen muß, ist wohl kein anderer als dieser, dafs dieselbe zwar die
Be-

Begründung eines Staates sich vorsetzt; dieselbe aber durch die Beschränkung der ihrer Natur nach nicht zu beschränkenden Gewalt des Gesetzgebers durchaus unmöglich macht! — Der Gesetzgeber kann schlechterdings kein höheres Forum anerkennen, als das Forum der *Intelligenz*, welche ihm die ewigen Gesetze an die Hand giebt, und ihre Geltendmachung durch die zweckmässigsten Mittel von ihm fordert. Jede Abhängigkeit derselben von einer Macht, welche von der reinen Intelligenz verschieden ist, zerstört, wie wir schon gesehen haben (§. 50.), die Wesenheit der Gesetzgebung, und führt somit nothwendig den Gräul der Anarchie herbei. —

§. 139.

Antinomie in Hinsicht dieses Bedürfnisses.

Denn doch würde es 'mit der Einheit der Intelligenz nicht zu vereinigen seyn: wenn sie zwar die Begründung eines Staates der Menschheit zum unumgänglichen Bedürfnisse gemacht; allein die Sicherstellung der Grundfeste desselben vernachlässiget hätte, indem sie kein zuverlässiges Mittel anzugeben wüßte, welches zureichte, die gesetzgebende Gewalt (welche als die Seele des Staates zu betrachten ist, die auf alle Theile desselben Leben und zweckmässige Thätigkeit verbreitet), für den ewigen Zweck des Staates im beständig vollkommeneren Grade geeignet zu machen.

Auflösung derselben.

Es kann daher kein Zweifel obwalten, daß das Problem durch die Intelligenz gelöst sey; wie der Staat sich der absoluten Rechtlichkeit des Gesetzgebers nach einer jeden seiner verschiedenen Eigenschaften (§. 135.) versichern könne? — Man irret aber sehr, wenn man diese Lösung durch je eine besonders modifizierte Constitution, als einer der gesetzgebenden Gewalt entgegengesetzten Oberaufseherin, zu erhalten glaubt; denn ihre Unmöglichkeit erhellet aus dem bereits Gesagten zu Genüge. —

Fortsetzung.

Da nämlich die gesetzgebende Gewalt das *Höchste* im Staate ist, und nothwendig seyn muß; so kann die über sie dominirende Kraft durchaus nicht mehr in der Sphäre des Staates liegen; sondern sie muß vielmehr in einem höheren Gebiete aufgesucht werden, als jenes des Rechtszustandes ist. — *

* Anmerk. *Landstände* können wohl zum *Anfragen* und *Antworten* organisirt, keinesweges aber kann ihnen das Recht des Einspruches oder der Sanktion der Gesetze ohne Widerspruch eingeräumt werden. Denn sonst wären die *Landstände* entweder selbst Theilhaber der gesetzgebenden Gewalt, und die eingeschlagene Cautel, der gesetzgebenden Gewalt durch die Da-

zwi-

zwischenkunft jener Behörden Schranken zu setzen, würde gar nicht Statt haben; oder sie müßten als die Antipoten aller Gesetzgebung betrachtet werden; indem die Gesetze durch ihrem von jenem des Gesetzgebers verschiedenen Willen bedingt wären (§. 68.).

Möchte es jedoch wohl nicht am zweckmässigsten seyn, wenn die *Fakultäten* der Landesuniversitäten zu jenem wichtigen Berufe der *Landstände* erhoben würden; da die *Fakultäten* zu Folge ihres kategorischen Berufes: *der objektiven Wahrheit stets näher zu dringen und dieselbe auch immer mehr und mehr zur allgemeinen Erkenntniß zu bringen*; am besten zum *Umfragen und Antworten* geeignet wären? — — Sie müßten aber, um desto sicherer die gute Sache handhaben zu können, *durch die Grundverfassung des Staates*, als ganz unabhängig von dem Gesetzgeber, erklärt seyn. — Das *Volk selbst* müßte für ihren Unterhalt sorgen, und *nur Sie Selbst* dürften das Recht auf die Ernennung neuer Mitglieder, wie auch auf die Ausschließung eines oder des andern aus ihrer Mitte haben, und zwar so, daß sie ausschließlicly nur *als Bürger* der höchsten Staatsgewalt unterworfen wären. — — —

§. 142.

Garantie der rechtlichen Schranken des Gesetzgebers.

Im Gebiete der *Ethik* läßt sich die einzig mögliche, aber auch die vollkommenste Garantie der recht-

rechtlichen Schranken des Gesetzgebers auffinden. Denn diese realisirt ihre Zwecke mit einer Allmacht, welche der Forscher in der Geschichte der Menschheit mit heiligem Erstaunen unverkennbar bemerkt! — Die *Ethik* ist es, welche einen Jeden aufruft, seine bessern Einsichten, so viel ihm möglich ist, allgemein zu verbreiten. Die sittliche Anlage im Menschen ist die mächtige Triebfeder, die von jeher und in jeder Epoche Männer weckte, welche, im Bewusstseyn ihrer spekulativen Kraft, und mit dem wärmsten Gefühle für Alles, was wahr und gut ist, die großen Erleuchter und Führer der Menschheit wurden, die *Ethik* ist es, sage ich, welche Männer weckte, die mit Verachtung eines jeden irdischen Uebels, welches sie sich von wahrheitsscheuen Gewaltigen zuziehen mußten, diesem großen innern Aufrufe folgten, der das unmittelbare Resultat ihrer moralischen Stärke war. — Und ihre Bemühungen trugen tausendfache Früchte! — *

* Anmerk. Dafs jedes wahrhaft Gute tausendfache Früchte tragen müsse, beweist, nebst der Geschichte, der Glaube an die *moralische Weltordnung*, welcher ein unausweichbares praktisches Bedürfnis der Intelligenz ist. —

§. 143.

Fortsetzung.

Darin also setzte die Intelligenz das einzige Mittel, die Güte der Gesetzgebung dem Staate zu garantiren, dafs ein Jeder sich bemühe, mit aller ihm mög-

möglichen Thatkraft der Vollkommenheit näher zu schreiten, und daß der einsichtsvollere und weisere Theil der Nation mit wahrer Energie, welche ihrer GeistesgröÙe würdig ist, unaufhaltsam sich bestrebe, Wahrheit, Licht und Sittlichkeit unter seine Mitmenschen zu verbreiten. —

§. 144.

Fortsetzung.

Durch die immer steigende Aufklärung, durch den stets der Vollkommenheit entgegenreifenden Zeitgeist läßt sich erwarten, daß in einem *Wahlreiche* für die repräsentative Gewalt stets die weise-
sten Männer gewählt werden, deren Gesetzgebung somit dem Grade ihrer eigenen Vollkommenheit entsprechen, und mit der ins Unendliche steigenden Kultur der Nation durch die immerwährenden Vorzüge der Repräsentanten sich immer mehr dem Urbilde der Vollkommenheit nähern wird, welches die Intelligenz uns als das Ziel unserer edlen Nacheiferung vorhält; — daß ferner in einem *Erbreiche* der Fürst und seine Nachkommenschaft mit dem herrschenden Zeitgeiste und dessen ins Unendliche steigenden Vervollkommnung fortgerissen werde, und zwar so, daß derselbe entweder aus *reiner Achtung* für Wahrheit und Sittlichkeit seinen großen Beruf erfüllet, oder doch wenigstens *scheinen will*, als wären diese erhabenen Gegenstände der menschlichen Verehrung auch die Objekte seiner eigenen Ehrfurcht. — *

* Anmerk. Hierin liegt noch ein fernerer Grund, aus welchem die schon an Ort und Stelle (§. 52. Anmerk.) gezeigte Nothwendigkeit und Nützlichkeit der Beisetzung der Bestimmungsgründe zum Gesetze erhellet. — Die Erfüllung die er Anforderniß dienet dem guten Gesetzgeber so gleich zur Legitimation seiner gleichfalls guten Absicht; der böse Gesetzgeber aber hätte hiedurch unausweichbar zu fürchten, sich den Augen seines Volkes in seiner wahren Gestalt dargestellt zu sehen. —

§. 145.

Fortsetzung.

Laut genug legte die Intelligenz die Stimme zum Wahren und Guten in den Menschen. Wenn es auch Bösewichte giebt, denen es gelingt, sich insgeheim über dieselbe hinwegzusetzen; so ist ihm doch der Gedanke, daß Andere seine Niedertrachtigkeit entdecken, und mit dem verdienten Abscheu belegen würden, öfter ein Abhaltungsgrund von einer Handlung, welche der wahre Abdruck seines häßlichen Charakters seyn würde. — Das unveräußerliche Gefühl für Ehre, der in die Natur des Menschen innigst verwebte Anspruch auf nicht bloß politische, sondern auch moralische Achtung sind gemeiniglich die stärksten Triebfedern guter Handlungen der Menschen. * —

* Anmerk. Warum sucht sonst der Böse allerlei Scheinvorwände zur Beschönigung seiner

Aus-

Anschläge; warum empört sich derselbe gegen einen jeden Vorwurf seiner Niederträchtigkeit? — — Dieses sind die letzten Zuckungen seines moralischen Todes, und die Resultate jener schlechthin unvertilgbaren Stimme des Gewissens. Er will in den Augen anderer für besser scheinen, als er in der That ist, und will sich gerne selbst überreden: daß er kein solches Ungeheuer sey, um die Gewissensbisse zu übertäuben, welche ihm die Abscheulichkeit seiner Handlungsweise darstellen. Diese Vorgänge im Gemüthe sind die nothwendigen Folgen der moralischen Anlage des Menschen, und daher eben so unveräußerlich, als jene! —

§. 146.

Fortsetzung.

Wahre Aufklärung welche die gleichzeitige Erhöhung der moralischen Cultur des Volkes mit der verhältnißmäßigen Erweiterung seines Erkenntniskreises vereinigt, * bildet, erhöht und stärket unleugbar auch jene Gefühle. — Ein erweiterter Grund zu der Voraussetzung, daß diese Gefühle auch in der Seele der Gewalthaber durch Verbreitung der wahren Aufklärung nicht nur nicht unmittelbar wirksamer gemacht werden können, sondern daß dieses auch mittelbar durch die Furcht eintritt, vermöge welcher sie das Urtheil ihrer Nation und eines jeden Bürgers fürchten, das sie als böse Fürsten mit Abscheu belegt! —

* An-

* **Anmerk.** Diejenige Aufklärung, welche sich bloß auf das *Wissen* des Menschen beschränket, das Herz desselben aber unveredelt läßt, gleicht im Gegentheile einem vielköpfigten Ungeheuer, welches die Mutter der schlimmsten Ereignisse wird. — Sie lehrt den vormals unschädlichen Bösewicht die Mittel, seine selbstsüchtigen Absichten zu erreichen, und seinem lasterhaften Herzen kostet es keine Ueberwindung, zur Realisirung seines schändlichen Zweckes noch abscheulichere Mittel zu wählen; sie wird somit das Mordinstrument, mit welchem solche Leute die rechtliche Ordnung stören, der Sittlichkeit, der Religion und dem Bürgerglücke seinen Untergang bereiten. — Hieraus erkläre man, warum man manchen *theoretischen* Weisen seinen Freund verrathen sieht, warum öfter die heiligsten Gegenstände der menschlichen Verehrung das Ziel unverschämter Spötter werden, und warum manchmal in dem Herzen des vortrefflichsten Sittenlehrers die Tücke einer satanischen Seele verborgen liegen, welche ihre Existenz zum Verderben manches ehrlichen und arglosen Mannes an den Tag legen! — —

§. 147.

Fortsetzung.

Dafs ein Mensch diese edlen Gefühle, welche den Abdruck der Göttlichkeit der menschlichen Natur enthalten, so weit abstumpfen könne, dafs sie ihm ganz unmerklich werden, kann ich bei dem

Glau-

Glauben an die originelle Güte der menschlichen Natur durchaus nicht fürchten; daß dieselbe durch die mannichfaltigsten Umstände und Schicksale geschwächt werden können, ist Thatsache für den Beobachter des Menschen.

§. 148.

Fortsetzung.

Um dieser Besorgniß bei einem *Erbreiche* zuvorzukommen, ist es eine der heiligsten Pflichten des Fürsten, die Erziehung seiner männlichen Nachkommenschaft den besten Händen anzuvertrauen. — Männer mit gründlichen Kenntnissen und mit einem edlen Streben nach Wahrheit, welche durch ihre habituell gewordenen Grundsätze der Gegenstand der allgemeinen Verehrung und selbst der Achtung ihres Fürsten würdig sind; solche Männer muß der Fürst im Gefühle seiner Pflicht auswählen, um durch sie schon von früher Jugend an die künftigen Väter der Nation zu bilden, welche würdig sind, als die Weisesten und Besten ihres Volkes die erhabenen Führer desselben zu werden. Der Fürst ist hiernächst verbunden, seiner Nation Rechenschaft abzulegen: ob und wie er diese seine überaus wichtige Pflicht in Erfüllung gebracht habe; wenn er anders die Thronfolge für sein Haus gegen alle rechtliche Einsprüche der Nation sicher stellen will. —

Fortsetzung.

Wahre Aufklärung also ist das groſse Mittel, welches die Intelligenz zur einzig möglichen Beschränkung der höchsten Gewalt im Staate darbietet. — * Jeder Edle strebe mit rastloser Thätigkeit, jene zu erhöhen, und das selige Bewußtseyn, zur Herbeiführung des absoluten Rechtszustandes mitgewirkt zu haben, wird sein unschätzbarer Lohn seyn. Gute Fürsten werden die erhabenen Unternehmungen dieser Biedermänner unterstützen, und am Ende wird das wahre goldene Zeitalter reifen, wo ganze Nationen gleich einer groſsen Familie in Eintracht und mit dankbarer Ehrfurcht gegen ihren allgemeinen Vater das wahre Glück einer solchen Constitution fühlen, auf welche das Streben der Intelligenz gerichtet ist! —

* Anmerk. Das System des Staates, *wie er seyn soll*, geht auf diese Weise wieder in seinen ersten Entstehungspunkt zurück. — Die totale Vervollkommnung der Bürger ist, dem höchsten Grundsatz der Staatslehre gemäß (§. 22.), der höchste Zweck des Staates (§. 21.); und hier wird sie das *einzig zuverlässige* Mittel zur unerschütterlichen Dauer desselben. — Hiedurch wird daher die gänzliche Homogeneität jenes Systems und somit das System selbst gerechtfertigt. Ohne der totalen Vervollkommnung der Bürger im Gegentheile wird nie ein zuverlässiges System der Garantie des Rechtsstandes möglich

lich seyn; denn man drehet sich immer in einer Zirkelbewegung herum, — weil man es immer mit *Menschen* zu thun hat! —

§. 150.

Fortsetzung.

Die Fesseln, welche die wahre Aufklärung dem Gesetzgeber anlegt, sind kein lästiges Joch, noch weniger eine seinem Ansehen widerstrebende Gewalt. — Der gute Fürst wird sie vielmehr als die Gesetze der Gottheit selbst verehren, durch welche sie, ihre heiligen Zwecke unter den Menschen zu realisiren, die Absicht hat; Er wird mit Ehrfurcht sein Haupt vor ihnen neigen, und in ihnen die unmittelbare Anforderung seiner Autonomie erkennen. — *

* Anmerk. Es ist daher eine durchaus rechtliche Anforderung der Nation gegen die stathabende höchste Gewalt: daß letztere die *Prinzipien der Metaphysik des Staates* als die ewige und unverletzliche Staatsgrundverfassung sanktionire, und jedem Bürger *bestimmt* bekannt mache. Die höchsten Gewalthaber selbst müßten sofort eben so bei dem Antritte ihrer Würde, als wie jeder Bürger bei der Ertheilung des Staatsbürgerrechtes die Aufrechthaltung dieser Staatsgrundverfassung beschwören. — — Auf welche wahrhafte GröÙe würde hiernächst diejenige Regierung gerechten Anspruch machen

können, deren Mitglieder durch diesen Akt die schönsten und gründlichsten Belege gegeben haben: *dass durch sie alle Selbstsucht vom Throne verbannt ist, und dass das Diadem nur auf dem Haupte der personifizirten Intelligenz sitzt!* — —

§. 151.

Fortsetzung.

Dadurch, dass die wahre Aufklärung die Gränzen der gesetzgebenden Gewalt sichert, überhebt sie den Staat zugleich der Besorgniss für gewaltsame innere Ausbrüche. — Bürger, welche sich von Zeit zu Zeit dem Zustande der Weisheit (sowohl im spekulativen als im praktischen Sinne) nähern, werden die ächte Güte ihrer Regierung immer mehr einsehen, dieselbe verehren, und, wie folgsame Kinder, der Vorschrift ihres allgemeinen Landesvaters treue Folgsamkeit leisten. — Der Revolutionsgeist wird auf diese Weise am zuverlässigsten aus den Gränzen des Staates verbannt, Bürgerkriege werden nie mehr die innere Ruhe desselben stören, und der Gräul der Anarchie wird endlich zu den Sagen der grauen Vorzeit gehören, welche nie mehr die Wirklichkeit beschreiten wird. — Diesen Resultaten gemäß findet der Wahlspruch Salomons: *dass Wahrheit die sicherste Stütze des Thrones sey*, für den Staat sowohl als für die Person des Regenten eine gleich vortheilhafte Ansicht. — *

* Anmerk. Derjenige, welcher die Geschichte der Staaten mit einem philosophischen Blicke
stu-

studirt hat, wird mit lebhafter Ueberzeugung diese Sätze unterschreiben; weil er die Wahrheit derselben aus unzähligen Belegen in der Erfahrung eben so sehr einzusehen genöthiget ist, als er den Zusammenhang dieser Thatsachen mit den Vorgängen im Gemüthe zu Folge der nothwendigen Anlage des Letzteren zu vereinigen ganz leicht im Stande ist.

§. 152.

Fortsetzung.

Der böse Fürst aber fürchtet in der wahren Aufklärung mit Grunde seinen Feind. Sobald der Untergebene zur deutlichen Erkenntniß seiner Menschenrechte gekommen ist, treibt ihn auch eine mächtige innere Gewalt zur Geltendmachung derselben an, und indem er sich seiner erfüllten Bürgerpflicht bewußt ist, wird ihm seine innere Stimme: daß auch der Fürst seine Verbindlichkeiten gegen ihn erfüllen solle, desto fühlbarer. Denn doch wird sich aber eine wahrhaft aufgeklärte Nation mit mehr Großmuth gegen ihren entwaffneten Fürsten betragen, als sich derselbe von einem tumultuarischen und rohen Volke versprechen kann, das im Rausche seiner Leidenschaft das Joch abwarf, und mit kanibalischer Rachsucht die unglücklichen Opfer seiner Grausamkeit habhaft zu werden sucht! —

§. 153.

Staatsreform und Rebellion.

Die Befugniss, vermöge welcher die Nation im äussersten Falle berechtigt ist, ihrem meineidigen Fürsten seine Delegation abzunehmen, ist das letzte Mittel, wodurch derselben der Schutz gegen jede willkührliche Gesetzgebung garantirt ist. * Die Nation erklärt hiedurch, dafs der Gesetzgeber aufhöre für sie Gesetzgeber zu seyn; weil er seine Willkühr an die Stelle des allgemeinen Willens (der in der Wirklichmachung des Staatszweckes besteht) zum Gesetze aufgestellt habe. — Wenn sich eine Nation gegen ihren unrechtmässigen Repräsentanten, oder mit rechtlichem Grunde empört; so begeht sie eben so wenig das Verbrechen der *Rebellion*, als wenn dieses nur ein Theil derselben unternimmt. — Denn *Rebellion* heifst ein feindseliges Unternehmen gegen den Staat als Rechtszustand. — Im Gegentheile begeht eine ganze Nation eben so gut das Verbrechen der *Rebellion*, als dieses Einzelne thun können; indem sie sich gegen ihren rechtmässigen Repräsentanten mit einer unrechtmässigen Gewalt waffnet. Wenn ein solches Unternehmen von Einzelnen geschieht; so zweifelt Niemand mehr, dafs sich diese des Verbrechens der *Rebellion* schuldig machen, wenn aber die ganze Nation dieses unternimmt; so scheint es, als wenn dieser Fall nicht einträte, da der Repräsentant der Nation der erste Delegirte, und der Vertrag der Delegation an sich ein blofs willkührlicher ist, welcher daher von dem Geschäftserthei-

theiler nach Belieben zurückgenommen werden könnte. — Allein dieses Argument ist irrig. Die Stelle des Repräsentanten ist das erste Staatsamt, und die Staatsämter müssen, wenn nicht *ausdrücklich* eine Zeit ihrer Dauer bestimmt ist, als *lebenslänglich* erlassen angesehen werden (§. 129.). **

* Anmerk. Dieses Mittel liegt aber keinesweges *innerhalb* den Gränzen des Staatssystemes, sondern vielmehr *ausserhalb* denselben. Denn durch die Aufhebung der gesetzgebenden Gewalt in der Person des bösen Fürsten wird der Zustand der Anarchie erzeugt, welcher so lange andauert, bis die gesetzgebende Gewalt wieder in einer anderen Person sichtbar wird.

** Anmerk. Es ist höchst irrig, wenn man glaubt, das Verbrechen der Rebellion hänge einzig davon ab, ob eine *ganze Nation* sich empört, oder ob dieses nur *Einzelne* unternehmen. — Der *rechtliche Grund* zur Empörung ist vielmehr das einzige Moment, worauf es ankommt, daß das Verbrechen der Rebellion Statt findet, oder nicht. Denn so lange der Repräsentant der Nation als Gesetzgeber, als oberster Richter und als höchster Vollstrecker des Gesetzes seine Verbindlichkeit erfüllet, und durch seine dreifache Tendenz den Staatszweck realisiret; so lange erscheint die Nation in dem Zustande der Unterwürfigkeit gegen ihren Repräsentanten, als dem vollständigen Ebenbilde ihrer eigenen Gesetzgebung. Wenn sie daher

L

dem-

demungeachtet gegen einen solchen Gesetzgeber sich empöret; so ist dieses nicht anderst möglich, als daß sie aus dem Zustande der *Autonomie* in jenen der *Heteronomie* übertritt. — Sie empöret sich dann in der That *gegen sich selbst*, und zwar durch den Streit ihrer Animalität (als der Quelle der widerrechtlichen Triaten) mit der Personalität, als dem Prinzipie der absoluten Rechtlichkeit. — Wenn daher der rechtliche Grund fehlet; so ist alle feindselige Handlung gegen den Repräsentanten ein Verbrechen, es mögen *viele* oder *wenige* Theilhaber seyn; und wenn derselbe eintritt, so ist die feindselige Handlung das Resultat *der Nothwehre*, folglich ein mit dem Rechtsgesetze übereinstimmender Akt, welchen die Intelligenz in ihren Schutz nimmt; gleichfalls ohne alle Rücksicht auf die Anzahl der handelnden Personen. — Die obige Hypothese würde von dem nämlichen Gehalte seyn, wenn man sagen wollte: das Rechtsgesetz höre auf das zu seyn, was es ist, wenn es nur wenige rechtschaffene Leute gäbe; oder die Widerrechtlichkeit und das Laster würde die erhabene Eigenschaft der Rechtlichkeit und der Tugend erhalten, wenn einmal die Zeit des Faustrechtes und des höchsten Sittenverderbnisses zurückkehren würde!! — — —

§. 154.

Fortsetzung.

Die feindselige Handlungsweise gegen den rechtmässigen Repräsentanten ist und bleibt daher ein grosses Verbrechen, und zwar das grösste, welches Menschen begehen können. Denn hierdurch werden nicht nur einzelne Rechte verletzt; sondern die Urrechte aller Bürger stehen durch die hereinstürzende Anarchie in der Gefahr des Angriffes, und der Rechtszustand selbst wird seinem Untergange unvermeidlich ausgesetzt. — Daher ist der rechtmässige Repräsentant, gegen den die Rebellion geschieht, befugt, wenn er der gröfseren Gewalt der Rebellen nicht mehr zu widerstehen vermag, auswärtige Staaten um Hülfe anzurufen, und diese dürfen die rebellische Nation in die Schranken der vorigen rechtlichen Ordnung wieder zurückzwingen. Denn ein Haufe von Menschen ausser allem Rechtszustande, welche aus Feindschaft gegen ihre gerechte Constitution das Gräuel der Anarchie erzeugten, müssen als Feinde aller Rechtlichkeit, folglich auch als Feinde ihres rechtmässigen Repräsentanten sowohl, als auch als Feinde aller ihrer Nachbarn angesehen werden. —

§. 155.

Vorbeugungsmittel gegen dieselbe.

Die Vorbeugungsmittel gegen das Uebel der Staatsumwälzungen überhaupt bestehen einzig in einer solchen Gesetzgebung, welche sowohl in Hin-
sicht

sicht ihrer Rechtlichkeit, als im Anbetrachte der rechtlichen Klugheit den Endzweck des Staates und daher auch das allgemeine Bedürfnis der menschlichen Natur befriediget. — Je mehr es an dieser mangelt, desto mehr findet der rechtswidrige Druck Statt, und dieser veranlaßt eine verhältnismäßige Unzufriedenheit der Bürger, welche, wenn sie allgemein wird und einen hohen Grad der Stärke erreicht hat, den großen Haufen schwürig macht und zuletzt gewaltsame Ausbrüche zur unausbleiblichen Folge nach sich ziehet.

§. 156.

Fortsetzung.

Durch die Gesetzgebung, wie sie seyn soll, strebt der Staat, das *vollendete Gut* an sich selbst wirklich zu machen. Die Realisirung dieses Bedürfnisses ist ihm, als einer moralischen Person im Anbetrachte ihres Verhältnisses zu sich selbst, eine eben so unumgänglich nothwendige Verbindlichkeit, als dieses der Imperativ ist, welcher sich einem jeden einzelnen moralischen Wesen schlechthin ankündigt. — So innig aber verband die Intelligenz die Glückseligkeit der Bürger mit dem *absoluten* Rechtsstande, daß der Staat schlechthin kein anderes Mittel zur Herbeischaffung jener bedarf, als nur die Sicherstellung der höchsten Urrechte der Menschheit unumstößlich zu begründen. — Wenn der Staat auf diese Art seinen wahren und absoluten Endzweck beständig berücksichtigt; wenn er alle seine

Ver-

Verfügungen diesem höchsten durch die Intelligenz unmittelbar sanktionirten Gesetze unterwirft; so wird moralischer und physischer Wohlstand von der Cultur und von der frohen Zufriedenheit und Eintracht der Bürger zeugen, und ein jedes Individuum des Staates wird sich als ein Glied einer großen Familie betrachten, deren Regierung sanft und weise ist, es wird sich zugleich glücklich schätzen, sich Unterthan derselben nennen zu können, da es in ihr kein durch Vorurtheil oder despotische Macht geheiligtes Idol zu fürchten hat; sondern vielmehr die personifizierte Intelligenz verehret! — *

* Anmerk. Wenn man die wahre Bestimmung des Staates erwäget; so wird man sich bei einem vernünftigen Glauben an Unsterblichkeit leicht überzeugen, daß der Zustand der Menschheit nach dem irdischen Leben kein anderer seyn könne, als der Zustand *eines immer mehr der Vollkommenheit entgegenreifenden Staates*. — Denn der höchste Endzweck der Menschheit — die totale Vervollkommnung aller Anlagen des Menschen sowohl in wissenschaftlicher als in moralischer Hinsicht, — zu dessen Erreichung ein endloses Leben, d. i. Unsterblichkeit erfordert wird, kann nur durch den *Staatsverein* erreicht werden. — So nothwendig daher jener höchste Zweck für die Menschheit ist, so nothwendig ferner die physische Bedingniß zu der Erreichung desselben betrachtet werden muß, welche in einem ewigen Leben bestehet, eben

so nothwendig muß der Zustand des Staates als die moralische Bedingniß hiezu angenommen werden. — Es ist eine große, eine erhabene Bestimmung, einst ein Bürger eines der höchsten Vollkommenheit nahen Staates zu werden, und hierin liegt zugleich eine weitere Triebfeder, hier schon den Anspruch auf die Würde eines guten Staatsbürgers zu begründen, um nicht dort in dem vollkommeneren Rechtsstande wegen dem Mangel der erforderlichen guten Eigenschaften in eine solche Klasse versetzt zu werden, deren Angehörige die Verachtung, wo nicht gar der gerechte Abscheu der Besseren trifft! — —

Ende des ersten Heftes.

G e d r u c k t
bei Adolph Ernst Junge.

the first of these is the fact that the
the second is the fact that the
the third is the fact that the
the fourth is the fact that the
the fifth is the fact that the
the sixth is the fact that the
the seventh is the fact that the
the eighth is the fact that the
the ninth is the fact that the
the tenth is the fact that the

O. E. L. A. C.

del. Adolphus H. H. H.

Burkardt, Joseph Michael Vincenz,

Urgesetze des Staates und seiner nothwendigen Majestätsrechte

Bd.: 1,1

Erlangen 1806

Pol.g. 141-1,1/3

urn:nbn:de:bvb:12-bsb10768506-0